



Landtag von Baden-Württemberg

6. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 29. Juni 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Mittagspause: 12:44 bis 13:45 Uhr

Schluss: 14:56 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	111	Abg. Christoph Bayer SPD	135
Glückwünsche zum Geburtstag des Ministers Dr. Fran- kenberg	111, 122	Abg. Wilfried Klenk CDU	136
Begrüßung von Schülerinnen und Schülern sowie Be- gleitpersonen aus dem Körperbehindertenzentrum Oberschwaben in Weingarten	135	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	137
1. Aktuelle Debatte – Neue Chancen durch die Fö- deralismusreform – beantragt von der Fraktion der CDU	111	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP	139
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU	111, 118	Ministerin Dr. Monika Stolz	140
Abg. Wolfgang Drexler SPD	113, 119	Beschluss	142
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	114, 120	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 27. Juni 2006 – Zugehörigkeit von Mitglie- dern der Landesregierung zu Organen wirt- schaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/4, 14/52	142
Abg. Michael Theurer FDP/DVP	116, 120	Abg. Manfred Hollenbach CDU	142
Minister Willi Stächele	117, 122	Abg. Rainer Stickelberger SPD	142
2. Aktuelle Debatte – Verschärfte Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD	122	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	143
Abg. Ute Vogt SPD	123	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	144
Abg. Paul Nemeth CDU	123	Minister Willi Stächele	144
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	124, 131	Beschluss	145
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	125, 132	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 6. Juni 2006 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Druck- sachen 14/3, 14/53	147
Minister Ernst Pfister	126	Abg. Winfried Mack CDU	147
Abg. Gunter Kaufmann SPD	128	Abg. Rainer Stickelberger SPD	149
Abg. Veronika Netzhammer CDU	129	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	150
Minister Helmut Rau	133	Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	150
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulge- setzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/28	135	Minister Stächele	152
		Beschluss	153

6. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Anpassung der Abgeordnetenentschädigung – Drucksache 14/45	153	ventinnen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung	145
Abg. Bernd Hitzler CDU	153	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	146
Abg. Reinhold Gall SPD	154	Staatssekretär Rudolf Köberle	146
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	155	7.2 Mündliche Anfrage der Abg. Ursula Haußmann SPD – Einsatz des Ministerpräsidenten für den Einbezug der privaten Krankenversicherung in einen geplanten Gesundheitsfonds	146
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	156	Abg. Ursula Haußmann SPD	146, 147
Abg. Stefan Mappus CDU	158	Staatssekretär Dieter Hillebrand	146, 147
Beschluss	159	Abg. Ute Vogt SPD	147
7. Fragestunde – Drucksache 14/48		Nächste Sitzung	159
7.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Befristete Beschäftigung von Hochschulabsolventen und Hochschulabsol-			

Protokoll

über die 6. Sitzung vom 29. Juni 2006

Beginn: 9:35 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 6. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Herr Ministerpräsident Oettinger, Herr Minister Stratthaus und – heute Nachmittag – Frau Ministerin Dr. Stolz.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professor Dr. Hübner.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Minister Professor Dr. Frankenberg Geburtstag. Er ist zwar noch nicht hier,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist er? Sekt!)

aber unsere besten Wünsche begleiten ihn am heutigen Tag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch bekannt geben, dass nach einer Vereinbarung unter den Fraktionen der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, Drucksache 14/28, als neuer Tagesordnungspunkt 3 behandelt wird. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch entsprechend. – Kein Widerspruch. Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Neue Chancen durch die Föderalismusreform – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich darauf hinweisen, dass nach § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aktueller könnte diese Aktuelle Debatte zum Thema Föderalismusreform nicht sein: Morgen entscheidet der Bundestag über die Föderalismusreform, und am 7. Juli entscheidet der Bundesrat.

Die jetzt bewältigte erste Etappe ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem effektiven Wettbewerbsföderalismus. Ein effektiver Wettbewerbsföderalismus in gerechten Bahnen ist das Ziel dieser Föderalismusreform.

Meine Damen und Herren, diese Reform entspricht den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger: schnellere und transparentere Entscheidungen, eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten – auch wenn das nur der Anfang ist.

Bei aller aktuellen Diskussion in den vergangenen Tagen zum Thema Hochschulpolitik ist und bleibt der entscheidende Kern die Entflechtung der Zuständigkeiten, die in den Artikeln 84 und 85 (neu) gelungen ist.

Wir hatten 1949 bei der Schaffung des Grundgesetzes eine Zustimmungquote von ungefähr 20 % im Bundesrat. Sie ist im Laufe der Jahre auf über 60 % gestiegen, insbesondere durch die Veränderungen von 1966 bis 1969.

Diese Reform bringt Vorteile für Bund und Länder gleichermaßen. Sie bringt für den Bund Vorteile, weil die Länder weniger Zustimmungsrechte haben, wenn es um Verwaltungsangelegenheiten geht. Die Zustimmungquote wird von 60 auf 30 % reduziert. Auf der anderen Seite bekommt der Bund dort, wo es sinnvoll ist, die ausschließliche Zuständigkeit: Terrorismusbekämpfung, Waffenrecht und anderes mehr.

Der Gewinn für die Länder liegt in einem neuen Zuständigkeitsrecht, wenn durch Bundesentscheidungen Kostenfolgen für die Länder verbunden sind, und in Kompetenzgewinnen bei Versammlungsrecht, Gaststättenrecht, Ladenschlussrecht, öffentlichem Dienstrecht. Vor allem – das ist ganz entscheidend – erhalten die Länder im Schulbereich, im Bildungssektor die vollständige Kompetenz – ein großer Erfolg dieser Föderalismusreform.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die Hochschulpolitik, vor allem im Bereich des Hochschulbaus. Bisher bestanden komplizierte Antragsverfahren. Es gab Sitzungen von Kommissionen aus Vertretern des Bundes und der Länder und Abstimmungen, die zu Zeitverlusten führten. Jetzt

(Dr. Klaus Schüle)

spricht das Land direkt mit den Hochschulen. Das führt zu Zeitgewinn und Bürokratieabbau und damit auch zu einem finanziellen Gewinn in diesem Bereich.

Der Kompromiss im Hochschulbereich, was das Thema „Wissenschaft und Forschung“ angeht, ist problematisch, und zwar deshalb, weil sichergestellt werden muss, dass nicht über Bundesmittel, über Bundesprogramme auch Gelder an solche Länder kommen – im Sinne eines Nachholbedarfs –, die ihre Hausaufgaben in der Hochschulpolitik bislang noch nicht im erforderlichen Maß gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, wir waren uns in diesem hohen Haus im November 2005 einig, dass der ursprüngliche Entwurf, Kollege Kretschmann, Kollege Drexler, richtig war. Er ging im Bereich der Hochschulpolitik weiter. Damals hat dies aber Frau Bulmahn mit der Begründung abgelehnt – ich darf sie noch einmal zitieren –, der Vorsprung von Bayern und Baden-Württemberg würde damit zementiert.

Es ist richtig, dass diesem Kompromiss jetzt zugestimmt wurde, weil die Länder bei Bundesprogrammen ein Veto-recht haben. Jedes einzelne Land muss letztlich zustimmen. Wir als Baden-Würtemberger können uns wehren. Aber das Problem, das dahinter steht, ist die Tatsache, dass wir es im Hinblick auf den zweiten Schritt, den wir machen müssen – Finanzbeziehungen neu zu ordnen in Richtung eines echten effektiven Wettbewerbsföderalismus –, mit erheblichen Bremsen zu tun haben, insbesondere in der SPD-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Theu-
rer FDP/DVP)

Ich darf einen weiteren Nichtmitstreiter zitieren, Herrn Thierse, der im Fraktionsvorstand der SPD noch dagegen gestimmt hat – er wird morgen wohl dafür stimmen –, der gefragt worden ist: Warum haben Sie im SPD-Fraktionsvorstand gegen die Föderalismusreform gestimmt? Thierse:

*Mit der Föderalismusreform wird ein Paradigmen-
wechsel zum Wettbewerbsföderalismus eingeleitet.*

Und weiter:

*Alles läuft darauf hinaus, dass die Länder in verstärkte
Konkurrenz zueinander treten.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht die Denkweise, die wir brauchen, um im zweiten Schritt bei der Föderalismusreform voranzukommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deswegen kann ich nur sagen: Attempto. Attempto heißt, Frau Vogt: Bringen Sie Ihren Generalsekretär Tauss – bisher waren Sie auf Tauchstation, Herr Tauss war Verhinderer – dazu, dass er zum Turboantreiber der Föderalismusreform, zweiter Teil, wird.

(Abg. Ute Vogt SPD: Er hat doch zugestimmt! –
Abg. Reinhold Gall SPD: Bleiben Sie ruhig! Es
wurde doch zugestimmt! Wir wollen das gemein-
sam machen!)

Meine Damen und Herren, Frau Vogt hat in der letzten Woche eine Pressemitteilung abgegeben. Sie hat noch einmal wiederholt, sie sei gegen den Vorschlag des Ministerpräsidenten bei der Länderneugliederung; man solle beim Bishe-
rigen bleiben. Das wird uns nicht weiterbringen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Quatsch!)

Der erste neue Vorschlag: abgelehnt. Dann hat sie sich – –

(Abg. Ute Vogt SPD: Gegen Volksentscheid für al-
le, über die Köpfe anderer zu entscheiden! Lesen
Sie doch richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD:
Lesen sollte man halt können!)

– Hier ist die Pressemitteilung. Richtig, das war der neue Vorschlag. Da kann ich Ihnen nur sagen: Dann haben Sie sich auf den Grafen Eberhard berufen. Wir haben das, wie auch andere, recherchiert. Dieser Graf Eberhard ist am Ende auch Herzog geworden, unter anderem, weil er Württemberg-Urach und Württemberg-Stuttgart erfolgreich zusammengeführt hat. Länderneugliederung, meine sehr ge-
ehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Und
er hat den Teufel ausgetrieben! Erzählen Sie ruhig
die ganze Geschichte!)

Deswegen kann ich nur sagen: Wenn Sie wie Graf Eberhard wirklich zum Herzog werden wollen,

(Unruhe bei der SPD)

wenn Sie wirklich Oppositionsführerin werden wollen und das nicht Herrn Kretschmann überlassen wollen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wird nicht Her-
zog! Sie bleibt Vogt! – Abg. Reinhold Gall SPD:
Wir sind doch gemeinsam bei diesem Thema unter-
wegs! Werden Sie doch nicht polemisch!)

werden Sie mutiger und helfen Sie mit, wie das bisher alle Fraktionen gemacht haben, damit diese Föderalismusreform auch im zweiten Schritt ein Erfolg wird!

Ich bedanke mich für die CDU-Fraktion bei Herrn Kretschmann, der diese Föderalismusreform, Teil I, für die Grünen solidarisch mitgetragen hat. Herzlichen Dank an die Frakti-
on GRÜNE.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wir bedanken uns bei Herrn Drexler und bei der SPD-Frak-
tion, die solidarisch mitgearbeitet und zum Erfolg beigetra-
gen hat, ferner bei unseren Freunden von der FDP/DVP,
beim langjährigen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und bei
Günther Oettinger. Wir sind froh und dankbar. Wir sollten
das erste Ergebnis nicht kleinreden, sondern uns darüber im
Klaren sein, dass wir einen wichtigen Schritt vorangekom-

(Dr. Klaus Schüle)

men sind. Aber wir müssen genauso gemeinsam dafür sorgen, und zwar mit vereinten Kräften und mit allen, die dazu beitragen können, dass auch der zweite Schritt erfolgreich sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie einfach einmal den Rauch weg. Die SPD-Bundestagsfraktion wird zustimmen. Es war eine mühsame Geschichte, und zwar in allen Fraktionen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Es gibt Äußerungen von Bundespolitikern querbeet – auch aus der Bundestagsfraktion –, die diese Föderalismusreform nicht wollten.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wer war denn das?)

Insofern will ich noch einmal deutlich machen: Das war ein Konflikt zwischen den Ländern und dem Bund. Diesen Konflikt zwischen den Ländern und dem Bund werden wir bei der nächsten Stufe der Föderalismusreform noch viel stärker spüren, weil dabei auch noch ein Konflikt zwischen den schwächeren und den stärkeren Ländern stattfindet. Ich spreche nicht von den ärmeren und den reicheren Ländern, weil das ja nach dem Finanzausgleich nicht mehr stimmt, sondern von den schwächeren und den stärkeren Ländern.

Was haben wir erreicht? Wir haben erreicht, dass jetzt nicht mehr so viele Zustimmungsrechte beim Bundesrat sind. Es gibt eine Untersuchung, die besagt: Die Ministerpräsidenten verzichten auf 50 % ihrer bisherigen Zustimmungsrechte; dafür bekommen die Länderparlamente, also wir, mehr Rechte; und drittens kann der Bund endlich selbstständig über den Bundestag die Politik bestimmen. Der Vermittlungsausschuss, der teilweise „unselige“ Nachtsitzungen hatte und teilweise schwierige Kompromisse gefunden hat, wird nicht mehr diese große Rolle spielen. Das ist ein Riesenvorteil nicht nur für uns, sondern für die Politik insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

15 Gesetzesbereiche bekommen wir, sechs bekommt der Bund. Das ist einigermaßen vernünftig. Ich hätte mir gewünscht – das war ja auch unser gemeinsamer Beschluss, Herr Schüle, aus dem Jahr 2004, bei dem wir einstimmig beschlossen hatten, dass das unsere Reform sein soll –, dass die Gemeinschaftsaufgaben außer dem Hochschulbau noch stärker reduziert werden. Jetzt haben wir noch immer den Küstenschutz, wir haben noch immer den Agrarbereich, und wir haben noch immer die regionale Wirtschaftsförderung. Der Küstenschutz hätte zum Bund gehört. Das hätte der Bund allein machen können. Den Agrarbereich, aber auch den Bereich „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hätte man auflösen müssen; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Bereiche sind unsinnig.

Stellen Sie sich einmal vor: Das reiche Land Bayern bekommt unter dem Aspekt der regionalen Wirtschaftsförderung vom Bund noch 10 Millionen € pro Jahr für den Bayerischen Wald, nachdem die Bayerische Staatsregierung Landesmittel eher nach München oder Nürnberg steckt als in den Bayerischen Wald. Warum sollen wir daran beteiligt werden, diesem Land Bayern, das demnächst keine Neuverschuldung mehr aufnimmt, über den Bund noch 10 Millionen € zu geben? Diese Streichung war allerdings nicht möglich. Vielleicht wird sie beim nächsten Schritt möglich. Dies wäre gut gewesen.

Ich will noch einmal am Hochschulbau deutlich machen, was wir – nicht nur Baden-Württemberg, sondern auch die anderen Bundesländer – allein in diesem Bereich gewinnen. Es gibt ja noch immer ein paar, die sagen, das sei doch nicht vernünftig, und die Ungleichheit werde gefördert. Im Gegenteil! Ich erkläre Ihnen das einmal am Beispiel des Hochschulbaus. Bisher mussten die Länder immer 50 % der Mittel – die anderen 50 % brachte der Bund auf – für den Hochschulbau dazugeben. Herr Schüle hat das schon gesagt. Das erforderte meist drei Jahre lang Vorbereitung. Im Übrigen waren wir, die Parlamente, daran gar nicht beteiligt. Das haben die Bürokration in den Ländern und beim Bund gemacht. Ganze Abteilungen haben das Geld verteilt. Wir sind gar nicht gefragt worden.

Jetzt werden wir gefragt. Jetzt werden wir auch mehr arbeiten müssen; denn jetzt werden wir ein Hochschulbauprogramm auflegen müssen, weil die 700 Millionen €, die der Bund für diesen Bereich ausgegeben hat, zukünftig nach Länderquoten verteilt werden. Baden-Württemberg bekommt ab nächstem Jahr jährlich 102 Millionen € für den Hochschulbau, und zwar bis 2013. Damit kann man arbeiten. Wenn wir noch 102 Millionen € drauflegen, dann sind das 204 Millionen € pro Jahr allein für den Hochschulbau. Das haben wir dann jedes Jahr. Wir werden hier in diesem Parlament zu diskutieren haben, wie wir das ausgeben. Das ist ein riesiger Vorteil. Wir haben die Maschinerie aufgelöst.

Jetzt komme ich zu den kleineren Ländern. Wir haben das auch bei der Anhörung an einem Beispiel erklärt. Berlin konnte zum Beispiel nie die 50%-Quote bringen. Mecklenburg-Vorpommern konnte auch nie die 50%-Quote bringen. Wer hat sie gebracht? Baden-Württemberg. Deswegen waren wir zum Schluss teilweise mit 18 % an den Bundesmitteln beteiligt, obwohl uns nach der Quote eigentlich nur 12 % zustanden.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Zu behaupten, die Neuerung würde die Kleinen benachteiligen, ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall.

(Zustimmung des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich verdeutliche das einmal am Beispiel des Landes Berlin. Berlin bekommt ab nächstem Jahr zukünftig 34 Millionen € für den Hochschulbau, und zwar jedes Jahr,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Leider!)

ob es die 50%-Quote bringt oder nicht. Wenn Berlin früher 20 Millionen € aufgebracht hat, hat es noch 20 Millionen €

(Wolfgang Drexler)

dazubekommen und dann insgesamt 40 Millionen € gehabt. Jetzt bekommt es 34 Millionen €. Bringt es dann noch 20 Millionen € dazu, hat es fast 60 Millionen €. Das ist eine große Verbesserung auch bei den ärmeren Bundesländern. Als wir ihnen das mühsam erklärt haben, waren sie alle dafür.

Das Schlimme dabei ist, dass es Bundespolitiker gab, die ständig den Zwist zwischen Großen und Kleinen geschürt haben. Sie haben gesagt: „Die Baden-Württemberger rasieren euch doch.“ Das stimmt aber überhaupt nicht. Baden-Württemberg erhält jetzt weniger als vorher, als wir 50 % aufgebracht haben. Es ist also ein solidarischer Kompromiss.

So geht es dann auch beim Wohnungsbau und bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung, wo alles aus einem Topf und durch ein mühsames Verteilen zwischen 16 oder 17 Strukturen geregelt war. Was ab dem nächsten Jahr gilt, ist ein Riesenerfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darauf sollten wir stolz sein, weil wir dies alle gemeinsam erkämpft haben – von welcher Partei auch immer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Was jetzt noch kommen muss, ist der zweite Teil, nämlich die Finanzreform. Bei dieser Finanzreform wird es noch einmal hart, denn da gibt es eine Konkurrenz innerhalb der Länder. Schon in der Föderalismuskommission – da war ich in der Abteilung Steuern – war klar, dass die kleinen, die neuen Bundesländer diese Steuerhoheit nicht wollen. Insofern wird es jetzt bei den Verhandlungen darauf ankommen, Folgendes zu tun:

Der Ministerpräsident ist leider nicht anwesend, aber man kann der Landesregierung nur empfehlen, zu versuchen, in dem Kontext Bund – Land auch die Parlamente mitzunehmen. Wenn es Kommissionen gibt, sollten diese auch vonseiten der Länderparlamente besetzt sein. Es hat sich als recht gut erwiesen, dass nicht nur Ministeriumsvertreter am Tisch saßen, sondern dass auch Landesparlamentarier und Bundestagsabgeordnete die Situation aus ihrer Sicht geschildert haben.

Das ist deswegen ganz wichtig, weil man natürlich aufpassen muss, dass es nicht ins Klein-Klein geht. Wir haben jetzt einen riesengroßen Erfolg, aber wenn man das herunterzieht und einzelne Dinge wie das Heimrecht bemängelt, kommen wir nicht weiter.

Bei den Finanzen kommt es auf Folgendes an:

Erstens muss es eine Neuverteilung der Gemeinschaftssteuern geben, und zwar deswegen, weil wir in der Bildung erheblich mehr tun und mehr finanzieren müssen als bisher. Dem muss Ausdruck verliehen werden. Nach dem Grundgesetz sollen die Länder das Geld bekommen, das sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen – und zwar bei der Wachstumssteuer, der Mehrwertsteuer. Das ist der erste Teil: Es muss anders verteilt werden.

Zweiter Teil: Es muss auch über die uns eigentlich zu 100 % zustehenden Steuern diskutiert werden. Wir haben

jetzt zum ersten Mal das Recht, bezüglich der Grunderwerbsteuer die Sätze selbst und unabhängig von anderen Bundesländern festzulegen. Das ist der erste Erfolg. Aber was ist eigentlich mit der Erbschaftsteuer? Was ist mit der Kfz-Steuer, wenn wir sie behalten? Was ist mit der bisher nicht eingeführten Vermögensteuer? Und, und, und.

Dies alles sind hundertprozentige Ländersteuern, über deren Höhe der Bund bestimmt. Das ist ein unmöglicher Zustand. Das gibt es auf dem ganzen Erdball nicht, dass eine andere Ebene beschließt, wie hoch die Steuern sind, wann wir sie bekommen usw. Da müssen wir ein Stück mehr Kompetenz erhalten. Davor haben die kleineren, die schwächeren Länder Angst, weil sie meinen, wir würden dann ein Dumping veranstalten und Baden-Württemberg würde die Steuern senken, woraufhin alle nach Baden-Württemberg kämen. Ich nehme einmal einen Vergleich: In den USA hat New York die höchsten Vermögensteuern, während Nebraska überhaupt keine Vermögensteuer hat. Trotzdem geht wegen der Steuer keine Sau von New York nach Nebraska.

(Heiterkeit – Abg. Stefan Mappus CDU: Das kann auch andere Gründe haben, Herr Drexler! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das muss man so erklären, und wenn man es so erklärt, verstehen es die Leute auch. Man muss es anschaulich machen.

(Zuruf von der CDU – Heiterkeit)

– Der Kollege hat richtig gesagt: Schweine gibt es in Nebraska natürlich mehr als in New York. Das ist okay.

Wir müssen also darum kämpfen, dass wir mehr eigene Hoheit bei den Steuern bekommen.

Als Drittes folgt dann die Frage des Länderfinanzausgleichs. Da wird es ganz schwer. Auch wenn wir in den ersten beiden Bereichen Erfolg haben, wird es beim Länderfinanzausgleich ganz schwierig. Da muss man schauen, ob man Kompromisse macht. Ich bin der Auffassung, dass man durchaus versuchen muss, eine Zielvereinbarung hinzukriegen. Man wird lange Übergangsfristen vereinbaren müssen, um den Schwächeren deutlich zu machen: Irgendwann hört es auf, irgendwann ändern sich die Regeln. Das wäre eine Chance.

Vielleicht kann man in der nächsten Runde noch etwas zur Länderneugliederung sagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde oft gefragt, ob ich mit der Föderalismusreform, wie sie jetzt zustande gekommen ist, zufrieden bin. Auf diese Frage gibt es ein Ja und ein Nein.

Ein Ja gibt es deshalb, weil sich in der Föderalismuskommission gezeigt hat, wie unglaublich schwierig es ist, einen

(Winfried Kretschmann)

solchen Interessenausgleich zwischen den Ebenen zu finden, weil man eine Zweidrittelmehrheit braucht. Es gibt nicht nur Unterschiede zwischen Bund und Land, sondern dazu kommen Unterschiede zwischen Nehmer- und Geberländern, zwischen neuen und alten Bundesländern.

Letztlich bin ich vom Gesichtspunkt der Demokratie aus an diese Reform herangegangen: Wie kann in einer Massengesellschaft, in einer komplexer werdenden Welt das Prinzip der Demokratie, wonach der Einzelne Einfluss auf den Gang der Dinge hat, am besten erreicht werden? Dazu haben wir natürlich das Subsidiaritätsprinzip und den Aufbau des Staates von unten nach oben, wobei es uns darauf ankam, nicht nur Kompetenzen von oben nach unten zu verlagern, sondern sie auch an die Kommunen weiterzugeben, wo immer das möglich ist.

Ich glaube, es ist ein großer Erfolg, dass wir dem Durchgriffsrecht des Bundes auf die Kommunen einen Riegel vorgeschoben haben. Das bedeutet für uns allerdings, dass wir jetzt die volle Verantwortung für die Gemeinden haben. Es nützt nichts, wenn man wie Ministerpräsident Stoiber ein Föderalist nach oben und ein Zentralist nach unten ist. Die Kritik an Stoiber stammt übrigens vom ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel, nicht von mir.

Deswegen haben wir damit auch eine große Verantwortung übernommen. Ich erinnere an das Konsultationsverfahren, das dann das Konnexitätsprinzip wirklich in die Praxis umsetzt.

Aber Einfluss auf den Gang der Dinge kann überhaupt nur jemand haben, der sie durchschaut. Deswegen waren Transparenz und eine klare Zuständigkeit der Verantwortlichkeiten das absolute Grundprinzip, mit dem man an die Reform herangehen musste. An dem, was die Leute nicht mehr durchschauen, können sie nicht teilnehmen. Sie wenden sich dann von der Politik ab, weil zum Schluss Blockadesituationen auftreten, wo jeder die Schuld auf den anderen schiebt, wenn etwas nicht gelingt.

Nehmen wir einmal den Umweltbereich. Es gab einen Vorschlag von Ministerpräsident Müller und mir, im Umweltbereich alle Kompetenzbereiche, die anlagebezogen sind, also direkt etwas mit der Wirtschaft zu tun haben, auf die Bundesebene zu verlagern, dafür alle ortsbezogenen, regionenbezogenen Teile der Umweltpolitik auf die Länder zu verlagern, wie den Naturschutz, die Landespflanze und Ähnliches mehr. Das war nicht durchsetzbar, weil der Bund selber niemals wirklich Angebote gemacht hatte – außer Jagd, Freizeitlärm und Notariatswesen. Noch nicht einmal bei der Jagd traut man den Ländern zu, dass es dort auch Freiheit und Differenzen gibt, sodass wir jetzt die makabere Situation haben, dass das Jagdrecht mit Ausnahme der Zuständigkeit für den Jagdschein bei den Ländern liegt. Der Jagdschein hat es geschafft, in die deutsche Verfassung zu gelangen. Das muss man sich wirklich einmal vorstellen!

Deswegen gibt es aus den Reihen der Fachpolitiker, auch aus meiner Fraktion, im Umweltbereich Kritik an diesen Abweichungsrechten. Wir werden in den nächsten zehn Jahren sehen, ob sich diese Abweichungsrechte bewähren oder nicht. Damit betreten wir ja Neuland.

Insofern kann man zufrieden sein mit dem, was erreicht worden ist, vor allem wenn man es mit der ersten Verfassungskommission nach der deutschen Einheit vergleicht, die fast überhaupt nichts erreicht hat. Daran gemessen sieht man den großen Erfolg, den wir jetzt erzielt haben, nämlich dass die Hälfte der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bund durch eine Änderung des Artikels 84 des Grundgesetzes weggefallen ist und wir dadurch viele Blockadesituationen aufgelöst und mehr Transparenz erreicht haben.

Jetzt kommt die zweite, auch sehr wichtige Runde. Denn was nützen die Kompetenzen, wenn das Geld fehlt? Wir müssen uns also in der zweiten Runde auf ein noch schwierigeres Terrain begeben: die Änderung der Finanzbeziehungen, einen fairen Finanzausgleich, der den Kompetenzänderungen auch wirklich folgt; und schließlich hängt damit ja auch das Problem der Neugliederung der Länder zusammen.

Herr Kollege Schüle, ich muss Sie und die Union jetzt allerdings warnen, solche Reden zu führen, wie Sie das eben getan haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Angst vor einem Wettbewerbsföderalismus besteht ganz generell bei allen neuen Bundesländern,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja! Auch bei den unionsgeführten!)

auch bei den unionsgeführten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das bestreitet niemand!)

Das kam in der Föderalismuskommission ganz deutlich zum Ausdruck. Ich halte diese Angst jedoch für unberechtigt, wenn man unter „Wettbewerb“ den Wettbewerb um die besten Ideen versteht – also das, was man Neudeutsch „Best Practice“ nennt. Wenn man also – um noch einmal so einen scheußlichen Anglizismus zu verwenden – den internen Benchmark

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

angewendet, dann macht das Sinn. Ziel ist, dass eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch die beste Praxis in einem Bundesland entsteht, die andere, logischerweise angepasst an ihre jeweiligen regionalen Verhältnisse, übernehmen werden. Denn ein so kompliziertes Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland kann nur so gesteuert werden. In vielen Bereichen kann man eben nicht mehr „durchregieren“, sondern muss sich von einer gelebten Praxis aus von unten mit guten Ideen nach der Decke strecken.

Aber wenn Sie, Kollege Schüle, jetzt zu dem Begriff Wettbewerb auch noch den Begriff Konkurrenz hinzunehmen, dann werden wir scheitern. Es ist nicht unsere Absicht, andere Bundesländer niederzunkurrieren. Das kann niemals Sinn und Zweck der Politik in einem einheitlichen Bundesstaat sein, sondern unsere Absicht ist, durch gute Praxis gute Beispiele zu geben, denen andere folgen können. Nur mit einer solchen Tonlage sind Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat möglich.

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD und Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen hat auch Ministerpräsident Teufel das Wort „Wettbewerbsföderalismus“ absichtlich in der Kommission nie verwendet, weil das eben diese Ängste hervorgerufen hat. Deswegen bitte ich, da jetzt nicht – wie es schon der Ministerpräsident getan hat – mit einem solchen napoleonischen Gestus zu kommen oder sich auf württembergische Fürsten zu berufen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Natürlich hat Napoleon hier eine riesige Flurbereinigung gemacht. Aber die Zeiten, in denen ein Usurpator von oben agiert hat, sind wohl Gott sei Dank vorbei.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Heute braucht man dazu demokratische Mehrheiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Deswegen würde ich für die schwierigen Finanzverhandlungen eine Tonlage empfehlen, aus der deutlich wird: Wenn wir den Mut haben, Kompetenzen nach unten zu delegieren, zum Beispiel, wie der Kollege Drexler gesagt hat, bei den Steuern, die uns ohnehin zustehen – da muss man natürlich in manchen Bereichen einen Steuertausch machen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Kfz-Steuer, richtig!)

zum Beispiel müsste man die Kfz-Steuer gegen die Versicherungsteuer tauschen, weil die Kfz-Steuer natürlich eher bundeseinheitlich geregelt sein muss; das einmal als kurze Einfügung –, wenn wir endlich auch als Eigenstaat nicht nur über unser Personal, sondern auch über die Einnahmeseite bestimmen wollen, dann brauchen wir ein Klima des Vertrauens zwischen Nehmer- und Geberländern; nur dann werden wir Erfolg haben. Deswegen bitte ich darum, bei diesen Debatten die Tonlage des tagespolitischen Kampfes herauszunehmen und Reden zu führen, die auf einen Konsens hin orientiert sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme dem Kollegen Kretschmann in einem Punkt ausdrücklich zu:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nur in einem?)

Wir brauchen weder eine Rückorientierung auf einen Grafen Eberhard oder einen Herzog noch einen „Nesenbach-Napoleon“, sondern es ist tatsächlich so, dass wir hier im Landtag von Baden-Württemberg über alle Fraktionen hinweg eine große Übereinstimmung in der Bewertung der Fö-

deralismusreform haben. Wenn wir jetzt, am Vortag einer Verabschiedung im Deutschen Bundestag, wie sie angekündigt ist, die Frage stellen: „Stehen wir jetzt vor einem historischen Moment?“, so müssen wir, glaube ich, eine ganz nüchterne Bewertung vornehmen und fragen: Wo sind die Vorteile und wo sind die Nachteile dieser Reform?

Wenn man dann ins Detail einsteigt, findet man eine ganze Reihe von Punkten, wo es offenbar tatsächlich gelungen ist, die Kompetenzen zu entflechten und klarer zuzuordnen. Das ist vorteilhaft. Vor allem die viel beklagte Blockade zwischen Bundesregierung und Bundestag einerseits und Bundesrat andererseits wird doch in vielen Bereichen aufgehoben, auch wenn da die Zahlen noch ein bisschen auseinander gehen. Die einen sprechen davon, dass statt der früher 60 % zustimmungspflichtigen Gesetze nur noch 35 bis 40 % zustimmungspflichtig seien; andere gehen davon aus, dass es in Zukunft sogar nur noch 25 % sind. Ich glaube, es ist müßig, darüber jetzt zu philosophieren. Klar ist, dass die Zustimmungspflicht abnimmt. Das bedeutet, dass wir, die Länder, die Landesregierung, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bundesrat aufgeben, damit der Bund in vielen Bereichen schneller handeln kann und Reformblockaden aufgehoben werden. Umgekehrt war es natürlich auch richtig und wichtig, dass dann im Gegenzug die Kompetenzen der Länder gestärkt und damit auch die Rechte der Landtage erweitert werden.

Insofern begrüßen wir die Vorschläge der Föderalismusreform, tragen sie in der Landesregierung und im Landtag mit und halten sie für einen kleinen, aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung. In der Bewertung würden wir sagen, es gibt ein leichtes Chancenplus, auch wenn es noch erhebliche Bedenken gibt und auch wenn man bei bestimmten Punkten sagen muss, es hätte weiter gehen müssen, es hätte weiter gehen können. Das heißt, es sind realistische Verbesserungen, aber es ist nicht der große Wurf erzielt worden.

Das bedeutet ganz klar: Wir tragen das mit, weil wir das wollen. Es waren ja auch führende FDP-Politiker aus dem Land Baden-Württemberg, die frühzeitig eine Föderalismusreform eingefordert haben und konkrete Vorschläge dazu entwickelt haben. Das Stichwort Wettbewerbsföderalismus ist ein Thema, das zum Beispiel die Friedrich-Naumann-Stiftung als einer der Ersten in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema gemacht hat. Ich meine, dass in einer Welt – wenn man das philosophisch betrachtet –, die sich sehr stark verändert und in der man nicht genau voraussagen kann, wie sich die Zukunft entwickelt, gerade das Prinzip, das Friedrich August von Hayek wissenschaftlich klar formuliert hat, vom Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, von Versuch und Irrtum, der richtige Weg ist, weil wir nicht genau wissen, welche Lösungen die Antwort auf die Zukunftsfragen sind. Insofern plädieren wir für mehr Mut, was Wettbewerbsföderalismus angeht, vor allem in den entscheidenden Fragen, die jetzt noch nicht angepackt wurden.

Ich freue mich, dass hier auch eine große Einigkeit zwischen den Fraktionen besteht – sowohl bei den die Regierung tragenden als auch bei denen der Opposition –, dass als nächster großer Punkt die Finanzreform kommen muss. Das ist ja auch der Punkt, bei dem sich beispielsweise die FDP-Bundestagsfraktion sehr schwer tut, weil das jetzt bei

(Michael Theurer)

der Veränderung nicht mit dabei ist. Ich meine, wir brauchen als Land Baden-Württemberg dringend Freunde und Verbündete im Deutschen Bundestag, weil die Geberländer, die Nettozahlerländer, in der Bundesrepublik Deutschland allein nicht durchkommen werden mit den Veränderungen, die beim Länderfinanzausgleich dringend erforderlich sind. Es kann ja nicht sein, dass, wie es im vergangenen Jahr der Fall war, bei geschätzten Steuermehreinnahmen von rund 300 Millionen € zum Schluss nur etwa 24 Millionen € bei uns verbleiben. Das ist doch kein Leistungsanreiz.

Ich sage an dieser Stelle – und davon sind wir zutiefst überzeugt –: Wenn hier keine Änderung kommt, dann wird dies auf Dauer das politische Gefüge der Bundesrepublik Deutschland erschüttern. Dann wird es auch den Zusammenhalt der Bundesrepublik Deutschland erschüttern. Da braucht man nicht nach Italien zu schauen, wo der Streit zwischen Mezzogiorno und Norditalien zu schweren Erschütterungen des Parteienspektrums geführt hat, sondern da kann man auch auf den Zukunftsforscher Matthias Horx verweisen, der die Befürchtung geäußert hat, dass auch in Deutschland divergierende Interessen kommen, wenn es nicht gelingt, Nettozahlerländer hier stärker zu berücksichtigen, damit diejenigen, die das Geld erwirtschaften, dieses nicht in Verteilungssystemen abgeben müssen und dann nicht den ihnen gebührenden Anteil davon haben.

Wir fordern also als FDP ganz klar eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Es muss jetzt die Finanzreform kommen

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wollt ihr eine Reform oder eine Abschaffung? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Reform!)

mit einer echten Steuerautonomie über die Grunderwerbsteuer hinaus.

Wichtig ist uns auch ein echtes Neuverschuldungsverbot. Von den 16 Bundesländern können 11 ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen; das bedeutet, er ist teilweise nicht mehr verfassungsgemäß. Das heißt, wir sind hier in einer echten Finanzkrise. Ich möchte darauf in der zweiten Runde noch eingehen. Wir müssen uns jetzt mit dem Blick nach vorne ganz klar auf die Notwendigkeit einer echten Reform des Länderfinanzausgleichs konzentrieren, der wieder mehr Geld bei den Nettozahlerländern belässt und klare Anreize dafür schafft, die eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen, Wirtschaftsförderung vor Ort zu betreiben, schlanke Institutionen aufzubauen. Das ist jetzt das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Genugtuung in allen Gesichtern, auch beim Kollegen Theurer. Ich denke, wir haben allen Grund, zu sagen: Das, was jetzt erreicht worden ist, ist gut. Natürlich gibt es auf die Frage, lieber Kollege Kretschmann, immer ein Ja und ein Nein. Aber wir sind Realisten genug, um zu wissen: Keiner kann in die Verhandlungen hi-

neingehen und mit der kompletten Verwirklichung seiner Konzepte wieder herauskommen.

Ich hatte gestern die Gelegenheit, mit vielen Bundespolitikern zu sprechen. Wenn man auf dieses Thema kommt, hat man den Eindruck, dass die Bundespolitiker das Gefühl haben, die Länder hätten nicht schlecht abgeschnitten. Das bestätigt, dass wir als Länder und wir als Land Baden-Württemberg durchaus erfolgreich mitgewirkt haben.

Ich will auch ausdrücklich dafür danken, dass dies in einer Gemeinschaftsaktion des Parlaments möglich war. Kollege Drexler war beteiligt, Kollege Kretschmann war beteiligt. Wir wollen auch unserem früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel danken, der von vornherein bei dieser Diskussion den Grund gelegt hat. Er hat den Gedanken der Subsidiarität – das war sein Gedanke – eingebracht und in seiner beispielhaften Hartnäckigkeit dafür Sorge getragen, dass dies auch die Verhandlungen durchzogen hat; das war ganz wichtig.

Ich habe den Eindruck, dass das, was jetzt zum Stehen kommt – ich gehe davon aus, dass das morgen stimmig wird mit einer Zweidrittelmehrheit –, auch gut in unsere neuen Vorsätze für die Parlamentsarbeit hier in Baden-Württemberg passt. Denn uns kann ja recht sein, wenn die alleinige Zuständigkeit für bestimmte Bereiche dazukommt, weil wir dann in der Tat, zum Beispiel im Hochschulbereich, Programme bezüglich ihrer Inhalte und deren Priorisierung hier besprechen können. Es war ja ein Grundgedanke dieser Reform, dass man sagt: Entflechtung muss her. Es blickt ja keiner mehr durch.

Übrigens war ich als Agrarminister bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ immer hin- und hergerissen. Im Grunde gibt es nur einen wichtigen Grund für deren Erhalt: Das ist die Komplementärfinanzierung mit der EU. Ansonsten müsste unsere Forderung der Renationalisierung der Agrarpolitik, wenn das zu Ende gedacht würde, in der Tat mit einer Aufgabe der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ beginnen. Auch diese Themen bleiben auf der Tagesordnung.

Zunächst noch einmal zur Föderalismusreform I: Zugegeben, es gab in den letzten drei Tagen auf der Schlussgeraden noch einen Schönheitsfehler, den ich nicht verschweigen will: Eine Gemeinschaftsaufgabe ist neu konstituiert worden. Der Hintergrund ist die Frage, wie Bund und Länder im Hochschulbereich zusammenwirken sollen, insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass demnächst erhebliche neue Kapazitäten zu schaffen sind und die Schwächeren die Sorge haben, dass sie da nicht mithalten können. Auch wenn wir jetzt diese Gemeinschaftsaufgabe formuliert haben, meine ich, dass wir trotzdem nicht vom Pfade der Tugend abgekommen sind. Denn sie bleibt projektbezogen, und es ist keine institutionelle Förderung möglich.

Jetzt kommt das Neue – das ist an sich eine Sache, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss –: Früher war es ja so – ich kann mich gut an die Bundesratstätigkeit erinnern –, dass manchmal ein Bundesland mit gutem Geld „gekauft“ werden musste, um die Mehrheit zu erhalten. Heute ist es

(Minister Willi Stächele)

andersherum. Heute steht es unter einem anderen Vorzeichen. Heute muss man Sorge tragen, dass alle 16 Länder einverstanden sind mit dem Geld, das kommt. Da kann es schon genügen, dass ein Land sagt: Ich will gar kein Geld. Das ist eine neue Konstruktion. Ich denke, es ist ein Kompromiss: Einerseits besteht das Bundesinteresse, da doch noch mitwirken zu können, andererseits sagen die Länder: Wir machen wirklich nur dann eine Gemeinschaftsaufgabe, wenn sie in aller Interesse ist. Ich bin einmal gespannt, wie es aussieht, wenn der erste Anwendungsfall auftritt. Es wird keiner dagegen sein, wenn es darum geht, Geld abzuholen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch der Punkt!)

Aber wir müssen schauen – da sind wir uns einig –, dass es auf diesem Wege nicht zu zusätzlichen Bundesergänzungszuweisungen kommen darf. Vielmehr muss, wenn Geld angeboten wird, dieses entsprechend dem üblichen Verteilungsschlüssel den Ländern zukommen. Das ist der Punkt.

Es ist darüber gesprochen worden, wie weit jetzt Wettbewerbsföderalismus möglich wird. Ich meine, Herr Kretschmann: Wettbewerb und Konkurrenz sind nie ganz auszuschließen. Ich will ausdrücklich sagen – das sei ausdrücklich gegenüber den Ländern, die da ein bisschen skeptischer und ängstlich sind, gesagt –: Wir wollen Wettbewerbsföderalismus, ohne damit gleichzeitig erwartbare Solidarität aufgeben zu wollen. Bei uns denkt keiner daran, erwartbare Solidarität aufzugeben.

Andererseits möchte ich gern noch einen Aspekt einbringen, der mir wichtig ist. Ich glaube, diese Entfesselung der Länder ist nicht nur eine Angelegenheit nach innen, in die Bundesrepublik Deutschland, gerichtet, sondern ich bin ganz, ganz fest davon überzeugt – und das deutet sich auch in der Lissabon-Strategie immer mehr an –: Die Länder müssen flott und eigenverantwortlich handeln können, wenn sie im zunehmenden Standortwettbewerb der europäischen Regionen mithalten wollen. Da ist es wichtig, dass ein Boot wie Baden-Württemberg wendig ist, dass es agieren kann und ein Stück weit Wettbewerbschancen durch Eigenverantwortung aufbauen kann, und zwar nicht nur gegenüber den anderen Bundesländern, sondern, wie gesagt, auch im gesamt-europäischen Konzert.

Ein paar Dinge müssen wir ausprobieren. Ich bin gespannt, wie diese Abweichungsgesetzgebung hinkommt.

Ich denke, ganz wichtig ist es jetzt, dass die Länder zügig handeln. Wir haben bereits im Kabinett beschlossen: Noch vor der parlamentarischen Sommerpause müssen die ersten Eckpunkte für die Umsetzung im Land vorliegen. Was jetzt allerdings nicht passieren darf, ist, dass der Bund vorschnell durchgreift, indem er etwa eine Altersgrenze von 65 Jahren vorschreiben will. Darüber kann man in der Sache diskutieren. Aber wir werden natürlich verhindern, dass der Bund jetzt versucht, das eine oder andere wieder an sich zu ziehen.

Dann möchte ich auf einen Punkt aufmerksam machen, der auch der FDP/DVP sehr am Herzen liegt. Die eigentliche Herkulesaufgabe beginnt in der Tat jetzt mit der zweiten Stufe der Reform. Man hat ja in der Ministerpräsidenten-

konferenz eine Agenda beschlossen. Wenn Sie diese Themen durchgehen, dann wissen Sie: Da gibt es natürlich eine beinharte Diskussion, und zwar von Anbeginn an. Es geht um die Dinge, die angesprochen wurden. Erstens: Wie viel Staat ist notwendig? Das ist bereits die erste interessante Diskussion. Auf welcher Ebene ist eine Aufgabe dann anzusetzen? Und dann stellt sich zweitens die Frage nach den Ebenen untereinander: Wie ist dann dieser vorhandene, möglicherweise reduzierte Steuerkuchen gemäß dem verteilbar, was man vorher als Aufgabenzuweisung vorgenommen hat?

All das wird spannend, und – ich glaube, Herr Drexler hat es angeregt – ich darf Ihnen sagen: Die Landesregierung wird bemüht sein, auch in dieser schwierigen weiteren Phase zusammen mit dem Parlament um die besten Lösungen für Baden-Württemberg zu ringen.

Wir werden morgen einen Bundestagsbeschluss haben und am 7. Juli einen Beschluss im Bundesrat. Dann geht es weiter in die Stufe II.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Peter Straub: Verehrte Kollegen, die Redezeiten in der ersten Runde sind erheblich überzogen worden. Deshalb bitte ich darum, sich in der zweiten Runde möglichst auf drei Minuten je Fraktion zu beschränken.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf das Thema Wettbewerbsföderalismus eingehen. Wenn man in diesen Tagen die Kommentierungen zur Föderalismusreform in der Presse studiert, kann man in jedem, aber auch wirklich in jedem Artikel das Wort „Wettbewerbsföderalismus“ finden. Dass man damit sensibel umgehen muss – einverstanden, Herr Kretschmann. Ich habe mich gegen die Wortwahl gewehrt, die Herr Thierse in diesem Zusammenhang verwendet hat. Das war mein Punkt. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass man das Wort „Wettbewerbsföderalismus“ aus der Arbeit einer weiter gehenden Kommission, die sich mit den Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und dem Bund befasst, ausschließen kann.

Von Baden-Württemberg gehen im Länderfinanzausgleich 6 Milliarden € an andere Bundesländer, wenn man alles zusammenrechnet. Ich bin davon überzeugt, dass dies nicht gerecht ist und dass wir bei diesem Thema natürlich ein ganzes Stück vorankommen müssen, aber nicht so weit, wie ein Kollege der FDP gegangen ist, der einfach einmal die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs vorgeschlagen hat. Es bleibt bei der Solidarität. Aber weniger Länderfinanzausgleich heißt auch etwas gerechtere Wettbewerbsbedingungen. Ich finde, dass sollte man auch offen und ehrlich miteinander besprechen,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

vor allem in der Diskussion um die Hochschulpolitik. Bei dem Kompromiss, der jetzt gefunden wurde, hat man doch

(Dr. Klaus Schüle)

in letzter Sekunde abwehren müssen, dass im Bereich Forschung und Lehre mit gemeinschaftlichen Bundesprogrammen letztendlich eine versteckte Subvention für andere Bundesländer, die ihre Hausaufgaben in diesem Punkt nicht gemacht haben, enthalten ist. Das war ja der Punkt, warum darauf bestanden wurde, diesem Kompromiss nur mit einem Vetorecht zuzustimmen.

Beim Thema Länderneugliederung plädiere ich – das ist der entscheidende Punkt – für Folgendes: Wenn ein neuer Vorschlag bzw. ein Vorschlag, den es schon gibt, in die politische Diskussion geworfen wird, dann sollte er nicht vorschnell abgelehnt werden, und man sollte nicht sagen, man könne das nur wie bisher machen. Berlin-Brandenburg ist gescheitert. Wenn man das noch einmal mit dieser Methode machen würde – Berlin geht Konkurs und steht vor dem Bundesverfassungsgericht –, würde eine neue Abstimmung in Brandenburg und Berlin doch überhaupt nicht weiterführen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass man auch eine neue Idee nicht einfach gleich kleinredet, sondern Föderalismusreform heißt auch Offenheit für neue Ideen, für eine effektive Neugliederung unseres Landes.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber Peter Müller war nicht sehr offen!)

In diesem Sinne wollte ich – Herr Kretschmann, ich denke, das war auch in Ihrem Sinne – dazu beitragen, dass wir das Wesentliche nicht aus dem Blick verlieren, dass wir uns aber auch bei der Verwendung der Schlüsselworte um Offenheit und Ehrlichkeit bei dieser Frage bemühen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich nochmals zum Thema „Wettbewerb und Solidarität“ äußern. Das, was Herr Kretschmann gesagt hat, kann ich zu 100 % unterstreichen. So, wie wir hier diskutieren, wird in anderen Länderparlamenten nicht diskutiert. Es gibt auch Abgeordnete in anderen Länderparlamenten, die eher der Auffassung sind, sie bräuchten Geld vom Bund, und das verteilen sie dann, wie der Bund es vorschreibt. Damit ist die Parlamentsarbeit dann erledigt.

Es geht auch um ein gewisses Maß an Selbstbewusstsein. Wenn man die zweite Stufe der Reform erreichen will, Herr Schüle, dann muss man aufpassen, dass man keine Vorschläge unterbreitet, die die Vorurteile der nördlichen Bundesländer und auch der Parlamentarier gegenüber – ich sage es einmal ganz global – dem Süden verstärken. Wir werden das nur hinkriegen, wenn die nördlichen Bundesländer und auch die Parlamentarier kapieren, dass wir ihnen helfen wollen, bestimmte Maßstäbe zu setzen, dass es ein Wettbewerb der Ideen ist und dass niemand jemand anderen platt machen will. Dann werden sie mitmachen. Wenn sie aber

nur das Gefühl haben, dass eine Veränderung im Steuerbereich sie hinterher nicht mehr in die Lage versetzt, ihre Politik zu machen, dann werden wir keine Zustimmung erhalten. Dann ist es aus. Insofern plädiere ich dafür, keine solchen Vorschläge zu unterbreiten. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten, dass die Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet darüber abstimmen soll, ob es einen Zusammenschluss gibt, war – ich sage es einmal vorsichtig – unglücklich. Ich will Ihnen auch sagen, wieso.

Ich glaube gar nicht, dass aus einem Zusammenschluss zum Beispiel von Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen plötzlich ein gesundes Bundesland entsteht: zwei Kranke mit einem Gesünderen. Wenn Thüringen bereits jetzt die Maßnahmen ergreifen würde, die möglicherweise später dann das große Bundesland Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchführt, nämlich einen dramatischen Einschnitt zum Beispiel im öffentlichen Dienst – das heißt, den öffentlichen Dienst auf das Maß der Einwohnerzahl zurückzuführen –, dann sähe das für den Bundesfinanzausgleich schon ganz anders aus. Wenn man Länder zusammenlegt, ist nicht unbedingt gesagt, dass die daraus entstehenden Länder dann gesünder werden. Insofern wäre ich da sehr vorsichtig.

Zweitens: Uns ist im Bundestag auch von Bundestagsabgeordneten querbeet immer so manches vorgehalten worden. Mancher hat sogar von Verwaltungsbezirken von Ländern unterhalb der Ebene des Bundes gesprochen. Das muss man sich einmal vorstellen. Da ist also auch noch nicht angekommen, welchen grundgesetzlichen Gedanken wir hier in unserem föderalen System haben. Aber wenn man es einmal von dieser Denkweise her betrachtet, ist es höchst gefährlich, einen Vorschlag zu unterbreiten, der uns möglicherweise wie Verwaltungsbezirke sieht, indem man sagt, man stimme ab und dann mache man es.

Länder haben doch eine eigene Identität, eine geschichtliche Identität, eine kulturelle Identität. Wenn wir diese Identitäten haben – unsere Stärke in Baden-Württemberg kommt doch daher –, dann darf man nicht irgendjemand anderen darüber entscheiden lassen, ob diese Identität mit den geschichtlichen Gegebenheiten zusammenpasst. Wenn man will, dass der Bund entscheidet, dann werden wir in der Folge zu einem Verwaltungsbezirk. Dann spielt das keine Rolle. Insofern habe ich den Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten für höchst gefährlich gehalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich würde also diesen Vorschlag nicht mehr aufgreifen. Vielmehr glaube ich: Wenn die Föderalismuskommission jetzt im ersten Schritt Erfolg hat, wird es manche Bundesländer geben – ich sage Ihnen dies –, die die Aufgaben nicht allein bewältigen können. Deswegen haben sie sich dagegen gewehrt. Das heißt, die Länder werden schon untereinander zusammenarbeiten müssen, möglicherweise Bremen mit Hamburg und Schleswig-Holstein oder mit Niedersachsen. Da wird ein entsprechender Zwang entstehen. Wenn die zweite Stufe kommt – die föderale Steuerreform –, wird der Druck noch größer werden.

Ich verspreche mir von diesen beiden Maßnahmen, wenn wir sie ergreifen – ohne dass wir dauernd von Wettbewerb

(Wolfgang Drexler)

und Konkurrenz sprechen –, dass wir letztlich auch zu einer Länderneugliederung kommen, die die Länder selbst in ihrer eigenen kulturellen Identität beschließen, so wie wir dies in Baden und in Württemberg auch getan haben. Das wäre schließlich der größte Erfolg der Föderalismusreform. Daran sollten wir uns alle halten, und daran sollten wir auch arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann das, was der Kollege Drexler gesagt hat, hundertprozentig unterstreichen.

Ich möchte noch einmal etwas zu überlegen geben. Denn jetzt wird ja der Eindruck erweckt, als handle es sich um eine Veranstaltung der großen Koalition, die da stattfindet. Das ist nicht der Fall. Der Erfolg basiert vielmehr auf der anderthalbjährigen Arbeit der Föderalismuskommission. So, wie die Frontlinien bei der ganzen Frage der Finanzverfassung jetzt verlaufen, möchte ich insbesondere dem Herrn Ministerpräsidenten zu überlegen geben, ob diese Kommission nicht noch einmal einberufen werden sollte. Dazu würde ich allerdings vorschlagen, die Länderparlamentsbank mit Stimmrecht auszustatten. Denn es war die Erfahrung der vier Fraktionsvorsitzenden, die an der Arbeit der Kommission beteiligt waren, dass sie glänzend zusammenarbeiten und manchmal auch dort eingreifen konnten, wo bei den Ministerpräsidenten zu sehr exekutive Interessen im Vordergrund standen. Ich möchte also ernsthaft zu überlegen geben, ob diese Kommission bei dem zweiten, wahrscheinlich schwierigeren Teil nicht noch einmal zusammengerufen werden sollte.

Das Zweite, was ich noch sagen möchte, ist: Es kommt jetzt im Bildungsbereich auch darauf an, dass etwa die Kultusministerkonferenz wirklich massiv abspeckt, dass zum Beispiel das Hamburger Abkommen gekündigt wird.

Es ist überhaupt kein Gewinn für die Länderparlamente, wenn die Ministerkonferenzen so weitermachen wie bisher. Es hat den Föderalismus nämlich gerade in Verruf gebracht, dass über die Ministerpräsidentenkonferenzen und die Ministerkonferenzen zwar trotzdem Einheitlichkeit hergestellt wird, dies jedoch in einem viel komplizierteren Verfahren als über den Bund. Dann sagt natürlich jeder: „Dann soll es gleich der Bund machen.“ Das Ganze geht ja immer nur mit Einstimmigkeit, ist höchst unbeweglich und widerspricht allem, was hier von verschiedenen Seiten über Wettbewerbsföderalismus gesagt wurde. Da muss man also auch einmal kräftig abspecken.

Ich erinnere an die frühere Gesamtschuldiskussion. Die von der Union regierten Länder haben damals in ihrer Mehrheit im Prinzip verhindert, dass die damaligen Gesamtschulkonzepte in der Form, an die ihre Erfinder gedacht haben, überhaupt umgesetzt werden konnten, und haben hineinregiert, sodass die ganzen sozialdemokratisch geführten Länder die Gesamtschulen nie so betreiben konnten, wie sie es eigentlich wollten.

Wenn man also für Entscheidungen der Länderparlamente ist, muss man auch von dem Hamburger Abkommen wegkommen.

Wir haben ja die Einrichtung einer Qualitätsagentur vorgeschlagen – ein solches Institut wird nun eingerichtet –, die durchaus national – natürlich auf einem internationalen Plafonds – Standards und Evaluationen durchsetzen soll. Es ist höchst vernünftig, so etwas zu machen. Das haben wir ja jetzt mit dem Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen erreicht, sodass der Vorschlag, den die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Grünen eingebracht hat, zunächst einmal zum Teil umgesetzt worden ist.

Es erscheint mir also sehr wichtig, die Kultusministerkonferenz abzuspecken. Nur dann werden die Landtage auch die Möglichkeit haben, wirklich eigenständige Ideen durchzusetzen. Sonst wird es wieder von der Exekutive blockiert.

Ich möchte im Vorgriff auf die Hoffnung, dass das erfolgreich ablaufen wird, noch einmal allen Beteiligten, die daran mitgearbeitet haben, danken, vor allem dem Kollegen Drexler und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel. Es war eine sehr gute und produktive Zusammenarbeit, an die ich noch lange gern zurückdenken werde.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Drexler, wenn man Ihrer Logik folgt und sagt, aus zwei Kranken werde kein Gesunder, wundere ich mich, warum die SPD immer noch eine Gesamtschule fordert. Da argumentieren Sie auch damit, dass zwei Kranke zusammengelegt würden und dann ein Gesunder dabei herauskomme. Wir glauben das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wollen wir doch gar nicht! Erzählen Sie doch keinen Mist!)

Aber zurück zum eigentlichen Thema, nämlich zur Föderalismusreform.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Können Sie das noch einmal erklären, Herr Kollege? – Unruhe)

– Herr Drexler, ich erkläre Ihnen das nachher. – So, wie Sie das Wort aussprechen, sprechen Sie ja von „Förderalismus“. Wir wollen den „Förderalismus“ durch einen echten Föderalismus ersetzen, der Wettbewerb der Bundesländer untereinander und auch eine Entflechtung der Finanzbeziehungen bedeutet, die ja sehr stark nivellieren. Viele Leute in Baden-Württemberg wissen zum Beispiel überhaupt nicht, dass der Schuldenstand ja gar kein Kriterium beim Länderfinanzausgleich ist, sondern die Steuerkraft. Manche empfehlen ja, wir sollten munter Schulden machen – als ob uns das etwas bringen würde. Nur bei denjenigen, die praktisch finanziell am Abgrund stehen, spielt dann der Gesamtschuldenstand wieder eine Rolle. Die kriegen aus dem Bundeshaushalt noch Bundesergänzungszuweisungen.

(Michael Theurer)

Deshalb geht es schon darum, wie wir als Land Baden-Württemberg jetzt in die Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzbeziehungen hineingehen. Da muss man sich auch einmal ein bisschen mit dem Land Berlin auseinander setzen. Ich finde es schon unglaublich, dass ein Land wie Berlin im Verhältnis mehr Lehrer hat als der Bundesdurchschnitt, mehr Polizei hat als der Bundesdurchschnitt. Da kann man sagen: Gut, das ist eine Großstadt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch logisch!)

Aber vergleicht man dann einfach einmal die Situation von Berlin mit der in Hamburg, sieht man: Da hat Berlin immer noch 30 % mehr Lehrer und hat auch mehr Polizei als Hamburg, obwohl die Städte von der Struktur her, von der Kriminalitätsrate her vergleichbar sind. Da muss man ganz klar fragen: Wie ist denn die innere Einstellung? Manchmal hat man, wenn man mit Vertretern aus Berlin spricht, den Eindruck: Die gucken auf Baden-Württemberg so ein bisschen wie auf die Provinz. Wir sind die kulturelle Provinz. Wir haben nicht die großen Theater wie Berlin. Es ist doch klar: In Baden-Württemberg hat man begriffen, dass Würth zuerst Schrauben verkaufen musste, bevor er Bilder sammeln konnte. Das ist doch der entscheidende Unterschied. Das ist möglicherweise in anderen Bundesländern anders, wo man Kultur pflegt, wo man der Auffassung ist, der Staat müsse den ganzen Kulturbetrieb betreiben, wo man meint, mit mehr Geld und mehr Lehrern könnte man die Probleme lösen. Dabei sind die Probleme gerade in den Schulen in Berlin nicht kleiner als bei uns.

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir an das Denken herangehen. Wir in Baden-Württemberg haben Menschen, die stärker auf Eigeninitiative, auf Selbstverantwortung, auf die südwestdeutschen Tugenden Fleiß, Kreativität und Erfindergeist – eben auch auf liberale Tugenden – hin orientiert sind.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Diskussion in Deutschland führen, weil das Grundübel und das Grundproblem darin liegt, dass wir in manchen Ländern Politiker haben, die sich auf die Solidarität der anderen Bundesländer und auch auf den Bund verlassen und die ganzen Dinge dann praktisch auf Pump finanzieren.

Deshalb die ganz klare Forderung der FDP/DVP: Erstens ein Verschuldungsverbot für alle Gebietskörperschaften ins Grundgesetz,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

zweitens eine echte Steuerautonomie für die Bundesländer und damit auch eine Entflechtung der großen Verteilungswirkungen im Länderfinanzausgleich. Meine Damen und Herren, das muss jetzt verhandelt werden. Das liegt im Interesse des Landes Baden-Württemberg, aber eben auch im Interesse der anderen Bundesländer, weil wir gesehen haben, dass mehr Staatsausgaben nicht zu besseren Ergebnissen führen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Bitte.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie ist es mit Gesunden und Kranken?)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Theurer, Sie führen ja hier jetzt ziemlich radikale Reden, was den Länderfinanzausgleich und die Länderneugliederung betrifft. Sind denn Ihre Kollegen in den angesprochenen Ländern, in denen Sie mit an der Regierung und im Parlament vertreten sind, Ihrer Meinung?

(Heiterkeit bei den Grünen)

Verstehen Sie: Mein Landesverband in Schleswig-Holstein hat auf einem Parteitag einen Nordstaat beschlossen. Gibt es denn ähnliche Beschlüsse Ihrer Partei in den Ländern, über die Sie jetzt so herziehen?

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Es gibt entsprechende Beschlüsse auf Bundesebene,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha!)

auf den Bundesparteitagen, ja.

(Unruhe – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Kretschmann, aber Ihre Grünen auf Bundesebene machen da nicht mit!)

Und die FDP hat beispielsweise eine Fusion von Berlin und Brandenburg unterstützt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das haben alle! – Zuerufe von der CDU)

– Das will ich ja gar nicht abstreiten. Ich glaube, da hätten Sie mich jetzt falsch verstanden. Ich habe ja zum Ausdruck gebracht, dass es schwierig ist. Und dass wir als Land Baden-Württemberg beispielsweise Sachwalter unserer Interessen im Deutschen Bundestag brauchen, ist auch klar. Wenn ich mir jetzt die Verhältnisse in der großen Koalition anschau, dann bin ich der Meinung, dass die FDP-Bundestagsfraktion hier eher der Sachwalter der finanziellen Interessen des Landes Baden-Württemberg sein wird, weil die FDP-Bundestagsfraktion für einen echten Wettbewerbsföderalismus auch im finanziellen Bereich eintritt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmen Sie dann zu?)

Daher meine ich, wir sollten uns hier nicht gegenseitig vorhalten, welche Parteitagsbeschlüsse auf den Landesparteitagen in Bremen oder in Niedersachsen gefasst worden sind,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Mit Zweidrittelmehrheit!)

(Michael Theurer)

sondern wir sollten auf die entscheidende Frage zurückkommen: Wenn wir die Finanzbeziehungen ändern, dann sind die Anreize, Länderneugliederungen vorzunehmen, größer.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ich glaube, darauf kann man sich verständigen. Denn wenn wir vor über 50 Jahren Baden-Württemberg nicht gegründet hätten, dann wären der südbadische Raum und vermutlich auch der südwestwürttembergische Raum heute Nettoabnehmer von Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das müssen Sie erst einmal beweisen!)

Das heißt, wir gleichen das heute schon innerhalb Baden-Württembergs aus und zahlen in den Länderfinanzausgleich an die anderen 15 Bundesländer ein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das war eine Kaffeersatzbehauptung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Südbaden auf jeden Fall nicht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident! Nur noch einen Satz zur Länderneugliederung. In der Tat, Herr Drexler: Allein der kulturelle und der historische Ansatz konnten es ja nicht sein. Sonst gäbe es kein Baden-Württemberg. Aber es war vermessend, Herr Kollege Theurer,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

zu meinen, dass Südbaden sich nicht hätte selbst behaupten können. Da dreht sich Leo Wohleb im Grabe um.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, das wäre ein Beziehungshand!)

Was meinen Sie, was wir mit der Schweiz, dem Elsass und vielen anderen in guter Zusammenarbeit aufgebaut hätten!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich stelle vielleicht eine Anfrage dazu!)

Ich will aber eines zu dieser Länderneugliederung sagen, Herr Kollege Kretschmann, in allem Ernst. Ich denke, die Wortmeldung unseres Ministerpräsidenten war genau richtig. Das hat auch die Reaktion gezeigt. Das Zitat von Peter Müller, das lustig und nett gemeint war, hat früher anders geklungen. Jetzt hat er gesagt: „Ich nehme Baden-Württemberg gerne aus“ – nein: „Ich nehme Baden-Württemberg gerne auf.“

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: „Aus“! Er nimmt uns gerne aus!)

– Das auch. – Aber ich habe zirkumal gehört, wie er sagte: „Uns will ja keiner mit unseren vielen Schulden.“ Das ist des Pudels Kern. Da liegt die Wahrheit begraben.

Wenn Sie die Agenda für die Föderalismusreform II anschauen, sehen Sie: Da geht es unter Punkt 5 um die Stärkung der aufgabenadäquaten Finanzausstattung und um das Finanzausgleichsgesetz. Da müssen Sie über die Größenordnungen diskutieren. Wir wissen ja: Es geht in der Politik nicht anders, als dass immer wieder Mut zu Klarheit und Wahrheit gefunden wird

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig! Danke!)

und man auch an die Öffentlichkeit geht. Deswegen: Auch der Widerhall, den das gefunden hat, und die Diskussionen zeigen: Es war gut. Das hindert ja nicht daran, auch den kulturellen und geschichtlichen Interessen entgegenzukommen, und das hindert nicht, Zusammenschlüsse zu finden, die sich auch wirklich in einem Zukunftsmodell entwickeln können.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Dazu gehört einfach auch – und das ist die Kehrseite der Medaille –, dass man die Länderneugliederung in dem Bemühen unternimmt, zu adäquaten und betriebswirtschaftlich vernünftigen Größen zu kommen. Das gehört dazu. Das kann man nicht ausschließen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Es geht nicht anders. Mit 16 Ländern kommen wir nicht weiter, es sei denn, das Fass des Finanzausgleichs wäre unerschöpflich. Aber das ist es nicht mehr. Zumindest Baden-Württemberg ist es leid, jedes Jahr 2, 3 oder 4 Milliarden € dafür einzuzahlen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Ich sagte eingangs schon, dass Herr Wissenschaftsminister Professor Dr. Frankenberg heute Geburtstag hat. Er hat übrigens nicht nur Geburtstag, sondern auch Namenstag.

(Oh-Rufe von allen Fraktionen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was, beides?)

Herr Professor Dr. Frankenberg, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Verschärfte Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD

Es gelten die gleichen Bedingungen wie unter Punkt 1: jeweils fünf Minuten für die Redebeiträge in der ersten und in der zweiten Runde. Ich bitte, diese Redezeiten einzuhalten.

Zunächst erteile ich Frau Abg. Vogt das Wort.

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Soeben erreichen uns die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit für die Regionaldirektionen in Baden-Württemberg. Derzeit sind 54 093 Ausbildungsplätze gemeldet. Diesen gemeldeten Ausbildungsplätzen stehen 76 961 Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz gegenüber.

Es gibt heute 5,5 % weniger gemeldete Stellen als noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wir sollten an dieser Stelle denjenigen danken, die dazu beitragen, dass 54 093 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Diese kleinen, mittleren und auch großen Betriebe nehmen oft vieles auf sich, um junge Menschen zu einem Beruf hinzuführen. Deshalb sage ich von diesem Hause aus all denjenigen ganz herzlichen Dank, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da könnten auch die CDU-Kollegen klatschen!)

Aber wir müssen auch sehen, dass eben nicht alle Betriebe dieser Verpflichtung nachkommen. Bei einem solchen Defizit an Ausbildungsstellen ist es auch notwendig, deutlich zu machen, dass noch Handlungsbedarf besteht. Es ist eben nicht richtig, dass man – wie der Ministerpräsident – davon sprechen könnte, dass das Ausbildungsbündnis ein voller Erfolg gewesen sei. Es hat Zeichen gesetzt, aber wir sind noch weit davon entfernt, den jungen Menschen die Zukunftsperspektive zu bieten, die sie verdient haben und die wir auch für den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes dringend benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Entwicklung ist schon seit längerem absehbar: Im Jahr 2000 gab es 82 800 Ausbildungsstellen, im Jahr 2005 standen noch 63 600 zur Verfügung, und heute sind wir bei rund 54 000. Als ich gestern gesagt habe: „Man muss auch der Wirtschaft auf die Füße treten“, waren diejenigen gemeint, die sich an der dringend notwendigen Vorsorge – auch für das Fortbestehen des eigenen Unternehmens – nicht beteiligen. Wer heute nicht ausbildet, sägt selbst den Ast ab, auf dem ein gesundes Unternehmen in der heutigen Zeit sitzt und den es für das künftige Wachstum dringend brauchen wird.

(Beifall bei der SPD)

41 % der Betriebe in Baden-Württemberg besitzen keine Ausbildungsberechtigung. Darunter sind sicher viele, die gar nicht ausbilden könnten – zum Beispiel werden dabei Ich-AGs mitgezählt. Trotzdem könnte ein Teil dieser Betriebe ausbilden, wenn man sich zusammenschließen würde. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie diesbezüglich initiativ wird und etwas tut, um Ausbildungsverbünde anzuregen. Man kann beispielsweise zwei, drei kleinere Unternehmen, die es alleine nicht schaffen, zusammenbringen, damit sie gemeinsam Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das wäre ein Schritt, um diese riesige Zahl von 41 % der Unternehmen, die überhaupt nicht ausbilden dürfen, deutlich zu verringern. Ein Verbund könnte die Ausbildungsbefähigung der Betriebe herstellen.

Noch gravierender ist, dass auch von denjenigen, die die Berechtigung haben, auszubilden, insgesamt 35 % dieses Recht nicht wahrnehmen. Mehr als ein Drittel der baden-württembergischen Betriebe, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen dürften, entziehen sich dieser Verantwortung. Hier sind auch wir, meine Damen und Herren, als Landespolitiker und ist insbesondere die Landesregierung gefragt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit großem Stolz wurde damals in die Landesverfassung aufgenommen, dass es für uns eine Verpflichtung gibt: In Artikel 11 steht, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und insbesondere Ministerinnen und Minister der Landesregierung, wir fordern Sie auf: Werden Sie dieser Verpflichtung aus der Landesverfassung gerecht, und nehmen Sie Ihren Auftrag ernst, aktiv dafür zu werben und aktiv dafür einzutreten, Ausbildungsplätze zu schaffen und anzubieten. In der zweiten Runde werden wir Ihnen einige konkrete Vorschläge machen, wie Sie das sehr schnell umsetzen könnten. Aber der Wille und der Mut müssen erst einmal da sein, deutliche Worte gegenüber den Unternehmen zu finden, die sich ihrer Verantwortung für die jungen Menschen derzeit noch entziehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich gerade zu dem Thema „Ausbildungsplatzsituation in Baden-Württemberg“ meine erste Rede vor dem Parlament von Baden-Württemberg halten kann. Fast auf den Tag genau vor 25 Jahren habe ich selber die Ausbildung des Industriekaufmanns begonnen. Das ist ein Ausbildungsberuf, den noch andere hier im Raum erlernt haben, beispielsweise der Fraktionsvorsitzende der CDU von Baden-Württemberg. Also so schlecht kann es um das Ausbildungswesen in Baden-Württemberg nicht stehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Vor 25 Jahren – eine Stelle!)

Meine Damen und Herren, Frau Vogt, ich will nicht Öl ins Feuer gießen. Es ist natürlich schon etwas makaber, wenn Sie, die Sie sieben Jahre lang in gemeinsamer Verantwortung von Rot-Grün einen Bolzen nach dem anderen gegen den Mittelstand geschossen

(Abg. Ute Vogt SPD: Sie wissen schon, dass Sie jetzt im Landtag sind?)

und diesem neue Hürden und Bürokratie auferlegt haben, jetzt hierher kommen, sich hier hinstellen und der Landesregierung erklären wollen, wie sie den Karren aus dem Dreck ziehen soll. Das ist etwas makaber, und das ist abzulehnen.

(Paul Nemeth)

(Beifall bei der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Sie müssen den jungen Leuten helfen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Es ist makaber, dass so viele junge Menschen auf der Straße stehen!)

Die Ausbildungsplatzabgabe, die wir hier nicht besprochen haben, ist ein Monstrum, das Sie entwickelt haben, das noch in der Schublade steckt. Das gehört nicht in die Schublade, sondern gleich in den Mülleimer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Wir reden von dem, was Sie im Landtag zu tun haben! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Er hat die falsche Rede aus der Schublade geholt!)

Meine Damen und Herren, die Position der CDU ist klar. Wir haben in Baden-Württemberg trotz schwieriger Situation nach wie vor die beste Ausbildungsplatzsituation in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb kommen viele junge Menschen aus ganz Deutschland – aus dem Norden und aus dem Osten – hierher. Sie sind willkommen, um ihre Chance hier in Baden-Württemberg zu nutzen, weil wir nicht nur die besten, sondern auch die innovativsten Ausbildungsplätze bieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Reden Sie mit den Förder- und den Hauptschülern!)

Ich denke, dass das in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Oettinger verkündete neue Ausbildungsbündnis sehr wertvoll und ein wichtiger Akt der Landesregierung ist.

Ich möchte Sie auffordern, meine Damen und Herren, in Ihren Wahlkreisen selber Ihren Beitrag zu leisten, um im eigenen Umfeld konstruktiv für Ausbildungsplätze zu sorgen. Das wäre eine wichtige Aufgabe für jeden Landtagsabgeordneten. Da könnten wir gemeinsam etwas bewegen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens – ich meine, das hat auch den Applaus der Opposition verdient – wird ein Sonderprogramm der Landesregierung dafür sorgen, dass viele neue Ausbildungsmöglichkeiten mit 2 Millionen € aus dem ESF geschaffen werden, vor allem für Altbewerber, also Auszubildende oder Schulabgänger, die schon ein Jahr lang einen Ausbildungsplatz suchen. Der Mittelstand bekommt eine Chance, über diese Förderung neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Das ist, meine Damen und Herren, reale Sozialpolitik zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Staat und Mittelstand, Hand in Hand für junge Menschen in Baden-Württemberg. Toll – weiter so, Landesregierung!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Um Gottes willen!)

Ich denke, meine Damen und Herren, man kann nicht schließen, ohne einen Appell an die baden-württembergische Wirtschaft vom Einmannbetrieb bis zum DAX-Unternehmen zu richten. Die Ausbildung ist eine nationale

Pflicht, eine nationale Verantwortung, und die Berufsausbildung ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin der dritte in dieser Runde, der heute zum ersten Mal hier redet. Vielleicht ist es ja so, dass heute alle, die neu sind, an die Reihe kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So lange wollen wir aber nicht debattieren!)

Mich unterscheidet jedoch möglicherweise eines von meinen beiden Vorrednern, nämlich dass ich das duale Ausbildungssystem durchlaufen habe. Ich bin über den zweiten Bildungsweg gekommen und habe als Berufsschullehrer und Fachberater über 20 Jahre hinweg eingehend Einblick in das berufliche Bildungssystem erlangt. Dabei habe ich viele Reformen, die im beruflichen Bildungswesen ja fast wie bei einer Nähmaschine eine nach der anderen erfolgen, durchlebt und auch durchlitten.

Daher denke ich, es ist richtig, auf die statistischen Zahlen zu schauen. Aber die Statistik verrät nur die halbe Wahrheit. Wir können einfach konstatieren, dass sich seit Ende des letzten Jahrhunderts bei den Ausbildungsplätzen die Schere zwischen Nachfrage und Angebot drastisch geöffnet hat. Das ist Fakt. Woran liegt das? Wenn man Maßnahmen ergreifen will, muss man zunächst einmal erkennen, woran das liegt.

Wir haben in diesem Bereich eine Zwei-, Drei- oder sogar Vierteilung. Beispielsweise haben wir im Handwerk Bereiche, die über den Bedarf hinaus ausbilden. Wir sind froh, dass diese Ausbildungsplätze da sind. Da wird über den Bedarf hinaus ausgebildet; da rentiert sich offensichtlich die berufliche Ausbildung. Aber die Beschäftigungschancen der jungen Menschen in diesem Bereich sind hinterher dann nicht so gut.

Wir haben einen zweiten Sektor, der früher in Bezug auf die Ausbildung sehr stark war: Industrie und mittelständische Betriebe. Ich weiß noch, dass, als ich als junger Lehrer an einer beruflichen Schule arbeitete, unser Hauptgeschäft die duale Ausbildung war. Zu uns kamen aus den Betrieben klassenweise junge Auszubildende. Heute haben Großbetriebe nur noch wenige Auszubildende. Man bildet zum Teil unter dem Bedarf aus, der sich in den nächsten Jahren ergeben wird, weil die Ausbildung natürlich sehr teuer geworden ist – ich nenne hier nur das Stichwort Mechatroniker-Ausbildung. Die Lernfeldeinführung ist sehr teuer, und sie wird nicht finanziert, denn die Landkreise können diese zusätzlichen Investitionen nicht leisten, und das Land stiehlt sich auch hier aus der Verantwortung.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Es sind nicht alle Kreise so arm wie der Landkreis Konstanz!)

(Siegfried Lehmann)

Das ist ein Problem; das ist Fakt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nein!)

Wir haben das Problem, dass sich in den mittelständischen und großen Betrieben Ausbildung nicht mehr rentiert.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Es ist doch kurzfristig, so zu denken!)

Wie reagiert jetzt die Politik darauf? Das ist eine wichtige Frage. Was haben wir getan? Die statistischen Zahlen sagen nicht alles. Was also haben wir getan? Wir haben in den letzten Jahren ganz massiv vollschulische Ausbildungsgänge vorangetrieben; Berufskollegs, auch im Gewerbe, wurden eingerichtet. Wir müssen jedoch unbedingt sicherstellen, dass dieses sehr teure System, das wir hier aufgebaut haben, auch wirklich zu einer Berufsreife hinführt. Deswegen sind wichtige Punkte, die wir mit dem neuen Berufsbildungsgesetz dringend verändern müssen, die Möglichkeiten, duale Ausbildungen neu zu positionieren, das heißt, die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge durch eine im Anschluss daran erfolgende berufliche Qualifizierung zu ergänzen. Das ist dringend geboten.

Da hilft diese Vereinbarung nichts, die ja im März hier getroffen wurde und die das Berufsbildungsgesetz wirklich nur halbherzig umsetzt. Wir haben bei uns im Landkreis Konstanz miterlebt, dass das „Ansinnen“, ein Berufskolleg zur Anerkennung bei der Kammerprüfung zu bringen, von den Kammern vor Ort abgelehnt wurde. Das ist die Realität, und da hilft eigentlich nur, hier konsequent von Landesseite – das ist auch meine Bitte an die Landesregierung – wirklich ganz klare Regeln aufzustellen, damit eben keine Ressourcenvergeudung entsteht, sondern dass wir die Ressourcen, die wir haben, auch nutzen und vor allem auch neue Ausbildungsberufe in dieser neuen Form des Berufskollegs und mit dem dualen Partner erarbeiten. Denn das, was wir bisher haben, nur fortzuschreiben ist nicht zukunftsfähig. Wir brauchen in der Industrie Ausbildung, die über den Tag hinausreicht und auch den demografischen Wandel berücksichtigt, der hier immer umschrieben wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein Punkt sollte uns auch zu denken geben. Ich habe gestern von Herrn Mappus gehört: „Wir sind Spitze.“

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Natürlich!)

Ich habe mir das einmal angeschaut: Der Bundesdurchschnitt der Jugendlichen ohne allgemein bildenden Schulabschluss liegt bei 2,8 %; wir haben in Baden-Württemberg 3,1 %. Da kann man auch sagen: Spitze. Bayern und Rheinland-Pfalz haben 2,1 %. Hier haben wir offensichtlich ein Problem.

Wir haben hier in Baden-Württemberg ein sehr gutes Programm gehabt, um die Ausbildungsreife bei jungen Menschen in der Hauptschule zu stärken. Dieses Programm wurde nach dem Windhundverfahren einfach einmal aufgrund der aktuellen Debatte aufgelegt, aber es wurde wieder einkassiert. Wir brauchen dringend diese Förderung der

Ausbildungsreife. Etwas anderes bräuchten wir vielleicht noch dringender. Herr Theurer hat ja gesagt, es sind zwei Kranke zur Gesamtschule zusammenzufassen. Das ist auch wieder bloß ein Kranker.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

– So haben Sie es gesagt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Nein!)

Was wir dringend brauchen, anstatt jetzt an diesen Systemen herumzukritisieren, ist eine Neuaufstellung. Da wären die Schnittstellen zu benennen. Wichtig wäre es auch, mit der Basisschule die Schulen in Baden-Württemberg neu aufzustellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens seit Angela Merkel wissen wir, dass Deutschland ein Sanierungsfall ist. Dieser Sanierungsfall bezieht sich natürlich nicht allein auf den Haushalt, sondern auch auf die sozialen Sicherungssysteme und ganz sicher auch auf die Arbeitsmarktpolitik in diesem Lande. Diese Arbeitsmarktpolitik schlägt bis ins Land Baden-Württemberg durch. Insofern müssen wir uns natürlich die Fragen stellen: Welche Hausaufgaben müssen wir im Land machen, und welche Hausaufgaben muss auch der Bund machen?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Konzentrieren Sie sich auf das Land!)

Es führt sicherlich nicht weiter, wenn man hier jedes Jahr die Diskussion zur Lehrstellensituation wiederholt. Das allein schafft keine Lehrstellen, sondern man muss sich die konkreten Rahmenbedingungen anschauen. Man muss sich die Frage stellen: Welche Instrumente müssen ergriffen und bedient werden?

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Was vom Bund kommt, ist mit Sicherheit in keiner Weise hilfreich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von Baden-Württemberg würden wir gern etwas hören!)

Die Steuererhöhungsarien, die in Berlin gesungen werden, führen sicherlich nicht zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und auch nicht zu zusätzlichen Lehrstellen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dasselbe gilt für das Gezerre um die Gesundheitsreform und für bürokratische Monstren wie das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, das noch den letzten Mittelständler in Ba-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

den-Württemberg davon abschreckt, neue Arbeitsplätze oder neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zu den Jugendlichen, die keine Lehrstelle in Baden-Württemberg finden!)

Schließlich ist es mit Sicherheit auch nicht hilfreich, wenn über eine Unternehmensteuerreform diskutiert wird, die wieder nur der Großindustrie nutzt, während die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg natürlich vom Mittelstand zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wohl wahr!)

Insofern muss – jetzt komme ich Ihren Aufforderungen gerne nach – vor dem Hintergrund eines stürmischen bundespolitischen Gegenwindes die Frage gestellt werden: Wie ist die Situation in Baden-Württemberg, und welche Mittel und Maßnahmen werden in Baden-Württemberg ergriffen?

Frau Vogt – sie ist gerade einmal hinausgegangen – wird ja in der zweiten Runde einige Instrumente darstellen. Wir können uns dann gern über diese Instrumente und auch über die Instrumente der baden-württembergischen Landesregierung unterhalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre nett!)

Es wird ja immer mit Zahlen argumentiert. Vom Gewerkschaftsbund und auch von der SPD wurde die Maizahl aufgegriffen und gesagt, dass etwa 40 615 unversorgten Bewerbern 16 944 offene Lehrstellen gegenüberstünden – ein Minus von 23 000. Frau Vogt hat vorhin die Junizahlen genannt. Aber all diese Zahlen sind nicht besonders aussagekräftig. Faktum ist: Die wirklich aussagekräftigen Zahlen bekommen wir erst Ende September.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Insofern sollten wir nicht mit Zahlen aus Maierhebungen um uns schmeißen, sondern uns mit den relevanten Septemberzahlen beschäftigen.

Trotzdem hat Wirtschaftsminister Ernst Pfister infolge der Maizahlen und in Erkenntnis des Problems zum 1. Juni 2006 ein Sonderprogramm für zusätzliche Ausbildungsplätze aufgelegt.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Wie viele?)

Dieses Programm zielt auf Altbewerber und entspricht übrigens einer Forderung der SPD vor der Wahl. Darüber hinaus werden Lehrstellenwerber bei Kammern zu 25 % vom Land gefördert. Das ergibt ein Volumen von etwa 600 000 €.

Ich nenne noch einige weitere Maßnahmen: Der Wirtschaftsminister führt halbjährlich Spitzengespräche mit allen Akteuren am Lehrstellenmarkt. Er fördert Nachwuchskampagnen in Branchen, die noch offene Lehrstellen haben bzw. zusätzliche zur Verfügung stellen könnten, wie zum Beispiel das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Einzelhandel, das Handwerk

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

und die Bereiche Bau und Ernährung. Überdies wird im Sinne einer Doppelstrategie durch vielfältige Maßnahmen, wie zum Beispiel Sprachstandsdiagnosen, Fortbildung von Erzieherinnen und das Projekt „Schulreifes Kind“, die Ausbildungsreife von Schulabgängern verbessert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So nimmt es auch nicht wunder, dass 2005 laut der aussagekräftigen Zahlen zum 30. September lediglich 3 333 unversorgten Bewerbern immerhin noch 2 100 offene Lehrstellen gegenüberstanden.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Zum 31. Dezember 2005 waren lediglich noch 1 058 unversorgte Bewerber in Baden-Württemberg zu beklagen. Alle Erfahrung lehrt, meine Damen und Herren, dass die Situation im Jahr 2006 ähnlich sein wird.

(Abg. Ute Vogt SPD: Die sind alle in Warteschleifen!)

Schließlich, Frau Vogt, sei erwähnt, dass Baden-Württemberg mit einer Jugendarbeitslosigkeitsquote von 5,6 %, in absoluten Zahlen etwa 38 000 Jugendlichen, den besten Wert in der Bundesrepublik aufzuweisen hat. Im Vergleich dazu: Der Bundesdurchschnitt liegt bei 10,5 %, die Quote in Bayern liegt bei 10,8 %,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das nützt denen, die keine Stelle haben, nichts!)

und als höflicher Mensch erspare ich Ihnen die Zahlen aus den sozialdemokratisch geführten Ländern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, wir hätten hier kein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist schon eine Erkenntnis! Das hat die FDP noch nicht gesagt!)

Ich bin weit davon entfernt, das Problem in irgendeiner Form zu verniedlichen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr schön!)

Denn wir haben es hier mit einem Thema zu tun, das aus meiner Sicht zu den wichtigsten Themen der Politik insgesamt gehört – auf Bundesebene, auf Gemeindeebene, aber natürlich auch auf Landesebene.

Worum geht es? Auf der einen Seite geht es darum, zu erkennen, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zum Teil schon heute, aber erst recht morgen und übermorgen qualifizierte,

(Minister Ernst Pfister)

das heißt ausgebildete Leute mit der Lupe suchen werden. Die Existenz und die Qualität des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg wird entscheidend davon abhängen, ob wir genügend ausgebildete Leute haben, die die entsprechenden Aufgaben übernehmen können.

Das Zweite ist: Gesellschaftspolitisch müssen wir wirklich alles tun, was wir können, um jungen Leuten, die aus der Schule kommen, in angemessenem Zeitraum das Gefühl zu geben, zu dieser Gesellschaft zu gehören. Wir dürfen sie nicht in die Perspektivlosigkeit entlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Weil das so ist, meine Damen und Herren, sollten wir uns jetzt gar nicht darüber unterhalten – das ist auch gar nicht notwendig –, was der bessere Weg ist. Herr Müntefering sagt meines Erachtens völlig zu Recht: Lasst diese Uraltklamottendiskussion über Lehrstellenabgaben! Müntefering: Bürokratisches Monstrum! Das sagen auch wir hier in Baden-Württemberg, und das sagt auch die Opposition hier in Baden-Württemberg. Das sind Diskussionen von vorgestern; die wir nicht mehr zu führen brauchen.

Reden wir über die Möglichkeiten, die wir hier im Land Baden-Württemberg haben mit unserem Ausbildungspakt und den Instrumentarien, die wir bereits in der Vergangenheit entwickelt haben und in der Zukunft neu entwickeln werden.

Reden wir auch nicht über den Zahlensalat. Es lohnt sich nicht – da hat Herr Kollege Dr. Rülke völlig Recht –, zu diesem Zeitpunkt über Zahlen zu diskutieren. Denn wir haben es in den letzten zwei, drei Jahren immer wieder erlebt – ich kann das nachweisen –, dass wir Ende Mai, Ende Juni eine Situation hatten, die wirklich zu Stirnrunzeln Anlass geben musste, die sich aber aufgrund verschiedener Faktoren so entwickelt hat, dass wir es in der Vergangenheit immer wieder geschafft haben, am Ende des Jahres relativ wenige, also maximal 500 oder 800 unversorgte Bewerber zu haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

„Unversorgte Bewerber“ heißt natürlich nicht, dass wir nur Ausbildungsplätze angeboten hätten. Da ist natürlich das schulische Angebot enthalten; das gebe ich zu. Aber, meine Damen und Herren, eines ist auch klar: Das Land Baden-Württemberg ist das Land, das die meisten vollzeitschulischen Plätze zur Verfügung stellt, und bevor die Leute auf der Straße stehen, ist es mir allemal lieber, sie bekommen auf diese Art und Weise eine entsprechende Ausbildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist klar!)

Dann sollten wir auch eines nicht vergessen – das wird sicherlich auch die Opposition gern so attestieren; wie gesagt, ich will nichts schönreden –: Wenn uns heute Morgen von der Bundesagentur mitgeteilt wird, Frau Vogt, dass Baden-Württemberg eine Jugendarbeitslosigkeit von 5,2 % hat – Stand heute: 5,2 %! – und damit mit Abstand, aber wirklich mit großem Abstand die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland – der Bundesdurch-

schnitt liegt bei 10,5 % –, dann ist das ein Ergebnis, das wir ja dankend zur Kenntnis nehmen können. Denn aus diesem Ergebnis ergibt sich aus meiner Sicht, dass jedenfalls wir in Baden-Württemberg keine große Angst vor französischen Verhältnissen haben müssen, weil wir bereits in der Vergangenheit die notwendigen Maßnahmen eingeleitet haben, damit es nicht zu einer Katastrophe kommt. Wir können also sagen: Wir sind auf einem Niveau, das das beste in der Bundesrepublik Deutschland und das ausbaufähig ist. Wir sind bereit, die notwendigen Schritte zu tun, die noch getan werden müssen, um die 5,2 % noch weiter zu senken; wir alle miteinander sind bereit, dieses Instrumentarium auch zu nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was ist das Instrumentarium? Frau Kollegin Vogt hat einige Punkte angesprochen. Sie haben zum Beispiel das Thema Ausbildungsverbünde angesprochen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Warum? Wir wissen: 30 % der Unternehmen in Baden-Württemberg könnten zwar ausbilden, haben also die Ausbildungsberechtigung, tun es aber aus irgendwelchen Gründen nicht; der Kollege Kultusminister wird in der zweiten Runde auch auf dieses Thema Ausbildungsreife im Einzelnen noch eingehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Wehe nicht!)

Mit den Ausbildungsverbünden haben wir die Möglichkeit, Betriebe, die bisher aus irgendwelchen Gründen nicht ausgebildet haben, vielleicht auch weil sie nicht die gesamte Palette der Ausbildungsmöglichkeiten hatten, noch zusätzlich zu gewinnen. Das Land Baden-Württemberg hat im letzten Jahr in vollem Umfang die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt und wird dies auch in diesem Jahr tun, damit es solche Ausbildungsverbünde geben kann. Ich wiederhole: in vollem Umfang!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben festgestellt, dass die so genannten Lehrstellenwerber, für die wir 600 000 € pro Jahr zur Verfügung stellen und die im letzten Jahr, wenn Sie so wollen, durch Klinikenputzen 7 000 zusätzliche Lehrstellen geworben haben, den großen Vorteil haben, dass sie natürlich auch in genau die Betriebe hineingehen können, die bisher nicht ausgebildet haben. Das heißt, wir können auf diese Art und Weise unsere Palette, unsere Bandbreite entsprechend erweitern.

Dritter Punkt: Ich weiß, dass nicht jeder mit dem Stichwort Einstiegsqualifizierung die besten Erfahrungen gemacht hat. Nur, klar ist auch, dass die Bundesagentur sagt – das ist ja eine Bundesmaßnahme –, dass diese Einstiegsqualifizierung, in der Regel ein halbes Jahr, gewissermaßen einen Einstieg in eine zukünftige Ausbildung bedeutet. 60 % derjenigen, die diese Einstiegsqualifizierung gemacht haben, sind auch tatsächlich in eine neue, zusätzliche Lehrstelle übernommen worden, und zwar zunehmend in Betrieben, die bisher überhaupt nicht ausgebildet haben.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

(Minister Ernst Pfister)

Meine Damen und Herren, wir haben ein ganzes Spektrum an Instrumenten, mit denen wir versuchen, diese Möglichkeiten in der Zukunft noch zu verbessern. Wir haben seit zwei Jahren einen Ausbildungspakt. Das wissen Sie. Dieser sieht vor, dass bei den Ausbildungsplätzen ein Plus von 3 800 und bei den Praktikumsplätzen ein Plus von 3 200 erreicht werden soll. Diese Verpflichtung gilt sowohl für 2004 als auch für 2005 und 2006. Die Wirtschaft und nicht die Politik stellt Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Wirtschaft hat die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Und sie wird sie – das zeigen alle Zahlen jetzt schon – auch in diesem Jahr wiederum verdoppeln.

Ich glaube schon, dass wir, wenn wir die Möglichkeiten nutzen, die wir hier haben, dann auch am Ende dieses Jahres zu einem Ergebnis kommen können, bei dem plus/minus niemand unversorgt ist. Es gibt da verschiedene Wege. Es gibt den klassischen Ausbildungsplatz. Dieser ist mir am liebsten; auf den müssen wir besonders setzen, weil ich das duale System nicht kaputt machen will, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Lehmann von den Grünen hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir, wenn uns nichts anderes übrig bleibt, die Ausbildungsplätze in die Schulen verlegen müssen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: So ist es! – Beifall des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Ich sage Ihnen, ich kann mir nicht vorstellen, dass in der Zukunft ein Geselle seine Gesellenprüfung bei der Handwerkskammer macht, aber in der ganzen Zeit nicht einmal einen Betrieb von innen gesehen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch einen Punkt, der mir ganz große Sorgen macht, ansprechen. „Warteschleife“ war ein Stichwort. Junge Leute, die vor einem Jahr, vor zwei Jahren, vielleicht vor drei Jahren aus der Schule gekommen sind und die immer wieder versucht haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen – vielleicht eine Einstiegsqualifizierung gemacht haben, vielleicht ein Praktikum gemacht haben –, sind noch immer nicht auf dem klassischen Ausbildungsplatz gelandet. Das wollen wir ja alle nicht.

Genau für diese Gruppe – übrigens oft auch mit Migrantenhintergrund, wie wir wissen – habe ich jetzt, geltend vom 1. Juni an, als ein weiteres Instrument noch einmal 2 Millionen € als Sofortmaßnahme zur Verfügung gestellt, um ganz gezielt den mittelständischen Betrieben – für Leute, die mindestens ein Jahr in der so genannten Warteschleife sind – ein zusätzliches finanzielles Angebot zu machen, jedenfalls dann, wenn sie bereit sind, einen weiteren zusätzlichen Ausbildungsplatz anzubieten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Debatte hat mir eigentlich bis jetzt ganz gut gefallen. Es geht nicht darum, jemanden zu beschimpfen. Ich bin dankbar dafür, dass sich die baden-württembergische Wirtschaft, ich sage das einmal so allgemein, in einer nach wie vor konjunkturell labilen Situation – jedenfalls in den vergangenen zwei Jahren; es wird besser; das gibt mir aber auch Hoffnung für diesen Bereich – gewissermaßen bei ihren Ausbildungsbemühungen von der allgemeinen Arbeitsplatzpolitik abgekoppelt hat, das heißt also begriffen hat, dass sie sich im Grunde den eigenen Ast absägt, auf dem sie sitzt, wenn sie ihre Ausbildungsbereitschaft nicht überdeutlich unter Beweis stellt. Ich sage noch einmal: Wir sollten alle mit unseren Kräften zusammen mit denjenigen, die ausbilden, alle Möglichkeiten bündeln, damit diese Ausbildungsbereitschaft auch im Jahr 2006 so gut ist wie 2005 oder ein Stück weit noch besser.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg hängt von verschiedenen Faktoren ab. Das ist wahr. Aber dieser Standort hängt insbesondere von der Fähigkeit der jungen Leute, von ihrer Ausbildungsfähigkeit, von ihrer Ausbildungsqualität ab. Deshalb mein herzlicher Appell an alle, die notwendigen Maßnahmen jetzt noch einmal mit Verve bis zum Jahresende einzuleiten, damit unter dem Strich jeder Jugendliche in Baden-Württemberg versorgt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem Punkt hat in der Diskussion Einigkeit bestanden: Wer sich heute, auch in Baden-Württemberg, um einen Ausbildungsplatz bemüht, hat es nicht leicht.

Das Problem liegt auf der Hand: Wir haben zu wenige Betriebe, die in unserem Land ausbilden. Es sind nur noch 28 % – ein Lob an die betreffenden Betriebe. Aber das ist eine Tatsache, mit der wir uns langfristig nicht abfinden können.

Das Erlebnis junger Menschen, nicht gebraucht zu werden, führt zu Resignation, schlägt auf ihre Ausbildungsmotivation, und wir laufen Gefahr, hier auch ein Arbeitskräftepotenzial zu verspielen, das wir in Zukunft brauchen.

Weil die Zahlen am Ende eines Jahres besser aussehen

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Deutlich besser!)

– deutlich besser; ja, richtig –, fragt man sich: Wo verbleiben die jungen Leute? Das Ergebnis ist: Die Zahl der Ausbildungsstellen wächst nicht. Vielmehr befinden sich die jungen Leute in dem Übergangssystem – in den beruflichen Vollzeitschulen. Damit landen die Kosten dieser Entwicklung bei der öffentlichen Hand. Wir haben hier im Land in der Vergangenheit sehr viel getan, um dieses Übergangssystem auszubauen. Es ist die Frage, ob dies permanent so aufrechterhalten werden kann und ob wir uns nicht überle-

(Gunter Kaufmann)

gen müssen, wie die Mittel, die wir in die beruflichen Vollzeitschulen investiert haben, besser eingesetzt werden könnten.

Hier bietet in der Tat das novellierte Berufsbildungsgesetz eine Chance. Das Berufsbildungsgesetz legt die Verantwortung ja ausdrücklich in die Hand der Länder. Das war schon einmal ein Beitrag aus der Föderalismusdiskussion. Die Länder werden gefordert, und jedes Land kann durch Rechtsverordnungen bestimmen, inwieweit eine Anerkennung der Ausbildung in beruflichen Vollzeitschulen auf die Lehre erfolgt und inwieweit Qualifikationen, die an den beruflichen Schulen erworben werden, auch zu einer Kammerprüfung führen können.

Ich weiß, da haben wir auch viel Gegenwind. Ich kenne die Position der Verbände dazu. Aber es führt schließlich kein Weg daran vorbei, dass wir uns überlegen: Was bei uns in den beruflichen Schulen vermittelt wird, welche Qualifikationen dort erlangt werden, das muss von den Firmen, in der Ausbildung auch entsprechend anerkannt und berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da muss ich auf die Vereinbarung der Landesregierung mit der Wirtschaft vom März dieses Jahres zurückkommen. Diese Vereinbarung wird ja sehr gelobt. Aber ich habe sie mir im Detail angesehen. Wenn ich einmal von den Berufsfachschulen absehe, wo ein Jahr anerkannt werden kann, muss ich sagen: In weiten Bereichen besteht lediglich Empfehlungsscharakter.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist hier gefordert, eine entsprechende Verbindlichkeit einzuführen. Jetzt haben Sie durch die Änderung des Berufsbildungsgesetzes die Möglichkeit, Rechtsverordnungen zu erlassen, sodass auch eine Garantie auf Anerkennungen besteht. Das schafft Luft, verkürzt die Lehre, schafft auch Kapazität an den beruflichen Schulen. Denn meines Erachtens ist, wie gesagt, die Effizienz der Mittel, die wir hier einsetzen, deutlich zu steigern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch die von Ihnen angesprochene Förderung der neuen Ausbildungsplätze nach dem ESF-Programm – 2 Millionen € an ESF-Mitteln; ich weiß nicht, wer dies vorhin angesprochen hat;

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

das ist ja Geld, das wir von der Europäischen Union bekommen, wenn ich es richtig sehe – hat in der Regel – ich habe dazu nichts gehört – keine Nachhaltigkeit. Ich weiß nicht, über welchen Zeitraum das Programm läuft und ob wir die Mittel auch nachhaltig einsetzen können. Aber wenn man es umrechnet, ergibt sich: 2 Millionen €, mit denen Sie ein halbes Jahr die Ausbildungsvergütung zahlen – rechnen Sie es um –, führen zu, glaube ich, 500 bis 600 Ausbil-

dungsplätzen. Ich bin froh, dass wir die haben, aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Das muss man hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, dass das Berufsbildungsgesetz uns herausfordert, dass die Länder gefordert sind. Der Ball liegt auf unserem Feld. Also ist hier die Landesregierung gefordert. Wir sollen das im Interesse unserer Jugendlichen, im Interesse der Menschen, die auf einen Ausbildungsplatz warten, fördern. Sie haben dabei unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Drexler hat vorhin gesagt: Lassen Sie den Rauch weg. Ich möchte diese Worte eigentlich an die Opposition zurückgeben. Ich glaube, die Diskussion hat gezeigt, dass am Anfang doch etwas zu viel Rauch in das Thema geblasen wurde und jetzt im Endeffekt nichts mehr übrig bleibt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Rauchverbot! Dafür bin ich!)

Ich glaube, die Diskussion hat zum Zweiten gezeigt, dass sich dieser Landtag und diese Landesregierung

(Abg. Ute Vogt SPD: Es bleiben 30 000 Jugendliche übrig! Also bitte!)

auch schon vor der Ära Vogt mit dem Thema „Lehrstellen-suche und Besetzung von Lehrstellen“ befasst haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber unzureichend!)

Vorhin wurde gesagt, das Bündnis für Ausbildung habe in Baden-Württemberg nichts gebracht. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, können Sie feststellen, dass in all den Jahren mehr als 3 000 Ausbildungsplätze und mehr als 3 000 Praktikumsplätze zusätzlich gewonnen wurden. Auch das ist ein großer Erfolg dieses Bündnisses für Ausbildung.

Ich glaube, die Diskussion hat aufgezeigt: Berufssuche und Berufsfindung für junge Menschen sind nicht einfach und waren noch nie einfach. Das ist in Deutschland nicht einfach, aber in Baden-Württemberg ist es doch deutlich einfacher als in anderen Bundesländern. Wenn wir uns an den Ergebnissen orientieren, Frau Vogt, und nicht an Wasserstandsmeldungen, zählt für mich nach wie vor die Zahl vom letzten Dezember. Wenn bei 75 000 vermittelten Ausbildungsplätzen 1 058 Auszubildende unversorgt bleiben, sind das zwar immer noch 1 058 zu viel, aber dann relativiert sich die Zahl.

(Abg. Ute Vogt SPD: Aber das BVJ ist doch keine Versorgung, Mensch! Seien Sie doch einmal ehrlich!)

(Veronika Netzhammer)

– Einen Moment, Frau Vogt, Sie sind gleich dran bzw. Sie sind nicht mehr dran; Sie haben Ihre Redezeit schon verbraucht.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jetzt zwei andere Punkte. Es geht immer wieder um das Thema „Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, gehen in das berufliche Schulwesen“. Frau Vogt, Sie können noch etwas lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Ich wehre mich wirklich nachhaltig gegen den Begriff „Warteschleife“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber doch nicht bei solchen Argumenten! Nichts anderes ist es doch als eine Warteschleife! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie sich einmal mit den Schülern an den beruflichen Schulen unterhalten, wenn Sie sich mit den Lehrern unterhalten und wenn Sie sich mit den Personalchefs in den Unternehmen unterhalten, werden Sie feststellen, dass wir inhaltlich sehr gute Konzepte in den Berufsfachschulen und Berufskollegs haben und dass sich die Qualität einfach herumgesprochen hat.

(Abg. Ute Vogt SPD: Waren Sie schon einmal in einer BVJ-Klasse?)

– Liebe Frau Vogt, ich habe 20 Jahre in diesem Bereich unterrichtet.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Im BVJ? – Unruhe)

– Ich rede im Moment von der Berufsfachschule und vom Berufskolleg, Frau Vogt. Das Wort „Warteschleife“ muss hier einfach getilgt werden. Viele Jugendliche wollen diese zusätzliche Ausbildung, und viele Personalchefs sagen im Zusammenhang mit Bewerbungen: Wenn ihr in die Berufsfachschule oder in das Berufskolleg geht, könnt ihr anschließend bei uns einen Ausbildungsplatz bekommen. Das ist die Realität.

(Zurufe von der SPD)

Wo ich aber mit Herrn Kaufmann einig bin, ist, dass der Jugendliche, wenn er nachher eine Ausbildung durchläuft, die schulischen Qualifikationen, die er in der Vollzeitschule erworben hat, auf die Ausbildungszeit angerechnet bekommen sollte. Da sind wir uns einig.

(Abg. Gunter Kaufmann und Abg. Stephan Braun SPD melden sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Netzhammer – –

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nein!

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir gespannt, wie lange das geht! – Weitere Zurufe von der SPD – Große Unruhe bei der SPD)

Jetzt kommen wir zum Thema Berufsvorbereitungsjahr. Wir haben in der Hauptschule natürlich teilweise auch Schüler, die deutliche Qualifizierungsnachteile haben: Da haben an den BVJs – Herr Lehmann ist ja auch an einer solchen Schule tätig – bisher viele Lehrer in der Konzeption von weiteren Formen wirklich harte Arbeit geleistet. Die Landesregierung wird das BVJ in zwei Arten weiterentwickeln, nämlich in die so genannten Kooperationsklassen – zweijährig, Hauptschule/Berufsschule – für Schüler ohne Hauptschulabschluss und in ein so genanntes Berufseinstiegsjahr für Jugendliche mit Hauptschulabschluss, wo ganz gezielt die leistungsschwachen Schüler gefördert werden, damit sie dann auch leichter zu vermitteln sind.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schlimm genug, dass das notwendig ist! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Wir haben zusätzlich das Programm „Jugendbegleiter“ geschaffen, bei dem diese Jugendlichen begleitet werden, und wir haben noch ein Sonderprogramm der Landesstiftung, bei dem eine individuelle Förderung dieser benachteiligten Jugendlichen erfolgt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schlimm genug, ja!)

Ich glaube, mit einer so dezidierten Förderung helfen wir den leistungsschwachen Schülern mehr, als wenn wir – wie es manchmal gefordert wird – eine ganze Schullart wie die Hauptschule über den Haufen werfen. Ich kann Ihnen auch sagen: Viele Hauptschullehrer und Hauptschulrektoren sind es auch leid, dass immer summa summarum die Hauptschule schlechtgeredet wird.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Wer macht das? – Abg. Ute Vogt SPD: Das macht kein Mensch!)

Es gibt nach wie vor viele Hauptschüler, die gute Abschlüsse erzielen und gute Ausbildungsplätze belegen können. Hier sollte die Diskussion einfach etwas differenzierter sein.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Dann komme ich noch zum Thema „zusätzliche Ausbildungsplätze“. Frau Vogt möchte den Unternehmen ja immer „auf die Füße treten“. Vielleicht kann sie auch den Gewerkschaften einmal auf die Füße treten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben nämlich das Problem, dass gerade in den großen Unternehmen, die unterdurchschnittlich ausbilden, oft tarifvertragliche Bindungen zusätzliche Ausbildungsplätze nicht zulassen, weil es im Tarifvertrag einfach heißt: „Es wird nur so viel ausgebildet, wie übernommen wird.“ Wir haben hier eine andere Meinung. Wir sagen: Ausbildung geht vor Übernahme.

(Veronika Netzhammer)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das steht doch in keinem Tarifvertrag! – Abg. Alfred Winkler SPD: Behaupten Sie doch nicht so etwas! Das stimmt doch überhaupt nicht! – Abg. Ute Vogt SPD: Auch ein Betriebsbesuch wäre einmal zu empfehlen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es wäre sehr hilfreich, wenn die Gewerkschaften hier etwas beweglicher, etwas flexibler würden. Dann könnten auch große Unternehmen ihre Ausbildungsleistung steigern. Wir haben nämlich bisher eine überdurchschnittliche Ausbildungsleistung der kleinen und der mittelständischen Unternehmen.

Im Ergebnis halten wir fest, dass die Landesregierung in den letzten Jahren wirklich sehr viel getan hat und die Instrumente ständig weiterentwickelt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: „War stets bemüht“!)

Wir von der CDU-Fraktion sind zuversichtlich, dass auch zum Ende dieses Jahres die Lehrstellenbilanz sehr positiv aussehen wird. Sie wird natürlich auch im Bund-Länder-Vergleich wieder vorbildlich sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Eines muss ich vorschicken: Herr Minister Pfister, so, wie Sie mich da interpretiert haben, habe ich das nicht gesagt. Die erwähnte Position haben wir als Grüne noch nie vertreten. Dafür bin ich als Berufsschullehrer auch zu lange im Geschäft, als dass ich nicht wüsste, wie notwendig und wichtig das duale Ausbildungssystem und die praktische Ausbildung im Betrieb sind. Ich weiß auch, dass eine vollschulische Ausbildung nie eine duale Ausbildung ersetzen kann. Das ist ganz klar.

Aber wir müssen einfach registrieren – das muss auch das Land endlich einmal registrieren –, dass es nicht angehen kann – da spreche ich wirklich aus der Praxis –, dass es Schüler gibt, die aus der Hauptschule kommen, bei uns zwei Jahre lang auf der Berufsfachschule sind und dann keinen Ausbildungsplatz bekommen. Was machen sie dann? Sie gehen in das Berufskolleg. Super! Dann gehen sie zwei Jahre bei uns aufs Berufskolleg, und hinterher sagt der Ausbildungsbetrieb: „Wir rechnen nichts an. Jetzt mach deine drei Jahre.“ Dann sind wir bei sieben Jahren. Diese Fälle gibt es.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es! – Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Das ist das Problem, das wir haben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Das ist eine wahnsinnige Ressourcenvergeudung. Sie müssen sich einmal überlegen: Was bedeutet das für einen jungen Menschen, und was passiert in einem jungen Menschen, wenn er eine solche Biografie hat?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was ist daran noch dual?)

Er bekommt dann womöglich nach vier Jahren bei uns an der Schule gesagt: „Dich brauchen wir nicht.“ Er ist dann als junger Mensch schon ganz schnell ein Langzeitarbeitsloser. Das können wir uns nicht leisten.

Wir müssen uns auch die Frage nach der Qualität stellen. Wenn Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung gesagt haben: „Wir tun das vielleicht; ihr könnt das anerkennen; wir empfehlen das usw., aber es darf an dem, was wir da eingerichtet haben, eigentlich nichts verändert werden; es dürfen keine neuen Profile eingerichtet werden“,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

dann muss ich Ihnen einfach einmal sagen: Im Gewerbe haben wir ja auch die BKs eingeführt. Das bezieht sich auf die technische Kommunikation. Die Absolventen nennen sich dann „Technischer Kommunikationsassistent“. Jetzt frage ich Sie: Wer braucht junge Leute mit dieser Ausbildung und diesem Profil? Schon darin liegt ein Konstruktionsfehler. Wenn wir sagen: „Daran soll nichts geändert werden“, sind wir schon auf der Verliererstraße. Wir brauchen neue, zukunftsfähige Qualifikationen.

Im Gewerbe brauchen wir meines Erachtens ein zweijähriges Berufskolleg für Mechatroniker, das dann durch eine einjährige berufspraktische Ausbildung im Betrieb ergänzt wird, damit in den zukunftsfähigen Bereichen der Industrie Nachwuchs mit herangezogen wird.

Wir haben auch den Vorteil – das müssen wir ganz klar sehen –, dass wir damit Ressourcen sparen. Wir können unheimlich viele Ressourcen sparen. Da kann das Land angesichts dieser Haushaltslage doch nicht sagen: „Das schert uns nicht; wir sind lieber hasenfüßig gegenüber den Kammern.“ Denn das ist eigentlich der Punkt. Wir nehmen ein Recht, das wir haben, nicht in Anspruch, sondern wir sind hasenfüßig und lassen das einfach weiterlaufen und meinen, irgendwann werde sich das Problem aufgrund des demografischen Wandels erledigt haben. Aber dann haben wir als Bundesland verloren, wenn wir das nicht entsprechend angehen und junge Leute nicht in einem Bereich ausbilden, wo es wirklich notwendig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bitte Sie, Herr Pfister: Es ist ja schön und gut, wenn im Gaststättengewerbe vielleicht 10 oder 20 % mehr junge Leute ausgebildet werden. Aber Sie wissen genau, was da passiert und wie viele Abbrecher es in diesem Bereich gibt. Was passiert dann mit diesen jungen Leuten? Es gibt in diesem Bereich eine hohe Zahl von Abbrechern und eine geringe Zahl von Übernahmen. Ich bin wirklich froh um jeden Ausbildungsplatz, aber wir müssen uns auch überlegen, wie die Qualität in der beruflichen Ausbildung aussieht und ob wir den jungen Menschen mit der Ausbildung, die sie da erhalten, auch wirklich eine Perspektive für die Zukunft mit auf den Weg geben. Darauf muss die Landesregierung eine Antwort geben.

Es gibt sinnvolle Programme, und – da gebe ich Ihnen, Frau Netzhammer, völlig Recht – alle Instrumente liegen auf

(Siegfried Lehmann)

dem Tisch. Nur werden sie entweder nicht genutzt oder nur einmal kurz in die Hand genommen wie etwa ein Skalpell. Dann sieht man: „Aha, das ist sehr scharf, das schneidet ja richtig“, und legt es wieder weg, weil man Angst hat, es könnte vielleicht zu einer zu großen Nachfrage kommen, wie es jetzt bei dem Programm zur Förderung der Ausbildungsreife in Hauptschulen der Fall war. Da wird dann einfach abasiert.

Bei uns im Landkreis Konstanz hat ein Thema wirklich für Furore gesorgt: Es gab sehr viel Skepsis im Bereich Jugendberufshilfe. Wir haben mit einem Jugendberufshelfer angefangen und haben in unserem Landkreis jetzt vier. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn man sich anschaut, was landauf, landab gemacht wird, stellt man fest, dass viele Potenziale nicht genutzt werden.

Wenn uns das Thema so wichtig ist, Herr Pfister – und da gebe ich Ihnen völlig Recht; das ist eines der wichtigsten Themen, die wir haben: dass der Jugend eine Zukunft gegeben wird –, dann können wir uns nicht darauf beschränken, zu sagen: „Na ja, dann nehmen wir halt ESF-Mittel; dafür nehmen wir kein eigenes Geld in die Hand.“ Wir brauchen dringend Schulsozialarbeit, um die Ausbildungsreife zu verbessern, und wir brauchen auch eine Stärkung der Jugendberufshilfe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können feststellen, dass wir uns in diesem Hause in der Zielsetzung einig sind, dass es aber in der Frage, wie wir zum Ziel kommen wollen, große Unterschiede gibt. Während die Regierungsseite auf Kooperation mit der Wirtschaft setzt, stelle ich fest, dass die Opposition eher einen Konfrontationskurs fährt.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Oh! – Abg. Ute Vogt SPD: Konfrontation sieht aber anders aus! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Das lässt sich anhand der Maßnahmen, die wir vorschlagen, und der Bewertung dieser Maßnahmen durch Sie sowie durch Ihre Gegenvorschläge eindrucksvoll darstellen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Bleiben Sie lieber so sachlich wie Ihr Minister!)

Man hört den Vorwurf, der Ausbildungspakt würde nicht greifen und das Ziel, ein Angebot für alle zu schaffen, würde nicht erreicht. Die Freiwilligkeit genüge nicht, und deshalb sei eine Ausbildungsplatzabgabe notwendig.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wo ist denn da die Konfrontation?)

Tatsächlich ist in den ersten Paktjahren pro Jahr rund das Doppelte der zugesagten 3 800 Ausbildungsplätze eingeworben worden. Für dieses Jahr melden Industrie- und Handelskammern und Handwerk zum 31. Mai bereits 4 200 neu

eingeworbene Lehrstellen. Das Ziel wird also erneut übertroffen. Insofern sehen wir überhaupt keinen Anlass für Zwangsmaßnahmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer
GRÜNE: Wer hat denn die gefordert?)

Man hört den Vorwurf, die Zahl der Ausbildungsplätze gehe kontinuierlich zurück und die Wirtschaft bilde zu wenig aus. Tatsächlich hat der Pakt im Jahr 2004 eine Zunahme um 2,6 % sowie im Jahr 2005 ein Halten des Niveaus – es gab einen Rückgang um gerade einmal 0,7 % – bewirkt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie müssen doch in der Lage sein, Ihre vorbereitete Rede dem anzupassen, was die anderen Fraktionen tatsächlich sagen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für dieses Jahr weisen die aktuellen Zahlen der eingetragenen Verträge bei den Kammern mit einem Plus von 0,5 % ein ähnliches Niveau aus.

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, bitte.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Braun.

Abg. Stephan Braun SPD: Herr Kollege Rülke, ich habe Sie leider nicht richtig verstanden. Wer hat denn zu welchem Zeitpunkt welche Zwangsmaßnahmen gefordert? Wann haben Sie denn das letzte Mal davon gelesen? Vor fünf Jahren, vor zehn Jahren?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Thema Ausbildungsplatzabgabe findet sich doch nach wie vor in Ihrer Programmatik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer
GRÜNE: Das meinen Sie jetzt! – Abg. Stephan Braun SPD: Können Sie uns bitte sagen, wo? – Abg. Ute Vogt SPD: Ein bisschen aktueller muss man schon sein, wenn man redet! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie müssen Ihre Rede schon korrigieren, die Sie vorbereitet haben!)

– Frau Vogt, es mag ja sein, dass man in der Aktualität bei Ihnen nicht immer auf dem Laufenden ist. Das haben wir gestern beim Thema Studiengebühren gemerkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das liegt aber wahrscheinlich daran, dass Sie so schnell Ihre Meinung ändern.

(Abg. Ute Vogt SPD: Es gibt Menschen, die wissen, dass man auch lernen muss!)

Man hört den Vorwurf, dass, wie die IAB-Studie belege, 31 % der ausbildungsberechtigten Betriebe nicht ausbilden würden. In der Tat gibt es ausbildungsberechtigte Betriebe, die nicht ausbilden. Da nutzen aber keine Drohgebärden, sondern man muss sich die Frage stellen, woran das liegt. Als Gründe werden genannt: keine Möglichkeit der Weiterbeschäftigung, zu hohe Ausbildungsvergütungen, fehlende

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ausbildungsreife bzw. fehlende Ausbildungswilligkeit. Deshalb fördert das Wirtschaftsministerium Lehrstellenwerber bei Kammern. Die ESF-Förderung wurde auf 75 % aufgestockt.

Es wird im Sinne der Gewerkschaften gefordert, eine Meldepflicht für Lehrstellen einzufordern. Ministerpräsident Oettinger hat in seiner Regierungserklärung zugesagt, dieses zu prüfen. Ich sehe das ehrlich gesagt skeptisch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr skeptisch!)

Eine solche Meldepflicht schafft keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz, auch keine zusätzliche Lehrstelle. Es handelt sich lediglich um zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Betriebe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man hörte auch den Vorwurf, die Landesregierung würde zu wenig für die gering qualifizierten Altbewerber tun. Fakt ist: Es gibt ein Sonderprogramm für zusätzliche Ausbildungsplätze für die Zielgruppe der Altbewerber mit ESF-Mitteln in Höhe von 2 Millionen €.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dieses Programm wird stark angenommen. Es gibt zurzeit pro Tag rund 20 Anträge.

Man hört schließlich den Vorwurf, das Land verweigere die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze. Eine Ausbildung verlangt nach dem Berufsbildungsgesetz die Zahlung einer Ausbildungsvergütung; außerbetriebliche Bildungsstätten jedoch können dies nicht leisten. Eine Übernahme der Ausbildungsvergütung durch den Staat ist aber nicht leistbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Schließlich hört man den Vorwurf, die alternative Einstiegsqualifikation sei keine, sie diene nur der Beschaffung billiger Arbeitskräfte für die Unternehmen. Tatsächlich aber haben laut wissenschaftlicher Begleituntersuchung 2005 rund 60 % der Praktikanten schließlich einen Anschlussausbildungsplatz erhalten. Das ist eine sehr gute Übergangsquote.

So fällt letztlich die gesamte Kritik an der Ausbildungsplatzpolitik des Landes Baden-Württemberg in sich zusammen. Ich stelle erneut fest, der Unterschied ist der: Die Regierung setzt auf Kooperation mit der Wirtschaft, Sie setzen auf Konfrontation, und das ist Ihr Fehler.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns einig: Der Übergang von der Schule in den Beruf ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ein eigenverantwortetes Leben führen können. Wir müssen deshalb alles Mögliche dazu beitragen, um diesen Übergang auch zu gewährleisten und zu unterstützen.

Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, dass das in der Regel ein Übergang von der staatlichen Obhut in die freie Wirtschaft ist und dass wir in der Politik nur sehr bedingt Regelungsmechanismen zur Verfügung haben, die die Handlungsweise der Wirtschaft in diesem Bereich nachhaltig beeinflussen können.

Die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark verändert, und wir haben heute eine Ausgangslage, bei der ich erkenne, dass es einige Konfliktsituationen gibt, durch deren Auflösung wir einen Beitrag dazu leisten können, insgesamt zu einer besseren Ausbildungslage zu kommen. Nur diese möchte ich heute benennen und Ihnen sagen, wo unser Beitrag liegen könnte.

Die erste Situation, die ich wahrnehme, ist die, dass auf der einen Seite gesagt wird, es müssten mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, da deren Zahl zurückgegangen ist, dass auf der anderen Seite jedoch gesagt wird: „Das würden wir ja tun, wenn die Jugendlichen ausbildungsreif wären.“ Ich glaube, dass es nicht zu einer Lösung der Situation beiträgt, wenn beide Seiten auf ihrer jeweiligen Position verharren. Deshalb müssen wir uns überlegen, wie wir uns hier aufeinander zubewegen können. Wir müssen einfordern, dass es mehr Ausbildungsplätze im dualen System gibt; denn unser oberstes Ziel muss sein, so viele Jugendliche wie möglich in die duale Ausbildung zu führen statt in vollzeitschulische Angebote, die wir als einen Ersatz geschaffen haben – aber immer nur als Reaktion darauf, dass nicht genug Ausbildungsplätze vorhanden waren.

Wir müssen auf der anderen Seite aber auch feststellen, dass einiges, was wir im Bereich der beruflichen Vollzeitschulen auf den Weg gebracht haben, nicht so wirksam ist, wie wir es uns versprochen haben. Das Berufsvorbereitungsjahr in seiner jetzigen Form hat nicht dazu geführt, dass Jugendliche im Anschluss daran wirklich in großer Zahl in ein duales Ausbildungsverhältnis gekommen sind.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aha!)

– Liebe Kollegin Rastätter, ich habe doch gesagt, ich will die Probleme benennen und darüber reden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist ja gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vergleichsweise ehrlich!)

Deutlich gesteigert werden konnte die Übergangsquote schon dort, wo eine Kooperation des Berufsvorbereitungsjahrs mit den Hauptschulen zustande gekommen ist. Diese Koop-Klassen, von denen wir derzeit 40 im Land haben, haben eine deutlich höhere Übergangsquote in ein duales Ausbildungssystem, obwohl zunächst wohl angenommen werden kann, dass hier schwächere Schüler versammelt sind. Denn hier konnte schon von der Schule her der Praxisbezug der Ausbildung in beiden Schultypen – Hauptschule und BVJ – deutlich gestärkt werden.

Aber wir haben auch festgestellt, dass im BVJ viele angekommen sind, die dort nicht wirklich eine Chance gesehen oder gesucht haben. Deswegen haben wir uns dazu entschieden – der Ministerpräsident hat das auch in seiner Regierungserklärung angekündigt –, denjenigen mit Hauptschulabschluss nicht die Möglichkeit zu geben, in einem weiteren Jahr noch einmal einen Hauptschulabschluss zu er-

(Minister Helmut Rau)

werben. Das wäre ein Umgang mit der Zeit, der uns nicht wirklich weiterhilft. Wir werden deswegen in diesem Jahr ein Berufseinstiegsjahr auf den Weg bringen, in dem wir uns für die Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, intensiv auf Dinge konzentrieren, die im Zusammenhang mit dem Thema Ausbildungsreife immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wobei man damit schon früher anfangen muss! Schon in der Schule!)

Das sind Kenntnisse in Deutsch und in Mathematik, das sind Kompetenzen im Sozialverhalten, und das ist die Berufsnähe. Wir werden dafür sorgen, dass in diesem Berufseinstiegsjahr die Berufsnähe eine sehr große Rolle spielt. Vorgesehen sind mindestens zwei Praxistage pro Woche,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

im Idealfall sogar 90 Praxistage im Schuljahr, die dann bereits als ein Ausbildungsmodul betrachtet werden können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich kann Ihnen sagen, dass wir damit bereits im kommenden Schuljahr – nicht irgendwann, sondern im kommenden Schuljahr – an 40 Standorten im Land starten werden.

Dazu kommt noch, dass wir in diesem Berufseinstiegsjahr auch etwas leisten wollen, was in den Zeugnissen der Schüler bislang nicht optimal abgebildet wird, nämlich eine Kompetenzanalyse der Jugendlichen, die einerseits eine Grundlage für eine realistische Einschätzung der Berufschancen und andererseits für eine realistische Einschätzung der Jugendlichen bilden kann. Ich glaube, dass wir damit bei der Frage der Ausbildungsreife einen entscheidenden Schritt vorankommen, aber ich fordere dafür im Gegenzug auch ein, dass mehr Ausbildungsplätze im dualen Bereich zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Zweite ist die Frage, die hier auch mehrfach diskutiert wurde: Was wird eigentlich aus den Jugendlichen, die eine Vollzeitschule besucht haben, weil sie keinen dualen Ausbildungsplatz gefunden haben? Ich kann Ihnen sagen: 80 % davon gehen danach in eine duale Ausbildung. Das ist eine sehr hohe Quote. Andere erwerben weitere schulische Qualifikationen und begeben sich auf einen anderen Weg. Sackgassen sind das nicht.

Trotzdem müssen wir uns fragen, ob wir mit der Lebenszeit und der Lernzeit dieser jungen Menschen verantwortungsvoll umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Genau das hat Kollege Lehmann gesagt!)

Wir haben den Weg zum Abitur auf zwölf Jahre reduziert, aber wir haben die Situation, dass Realschüler nach der Realschule zwei Jahre Berufskolleg und dann noch drei Jahre lang eine duale Ausbildung machen, also 15 Jahre Schulzeit hinter sich bringen, um dann einen Beruf im Rahmen der dualen Ausbildung erlernt zu haben. Deswegen haben wir

Anstrengungen unternommen, um das, was in den Vollzeitschulen bereits mit Bedeutung für die duale Ausbildung geleistet wird, anrechnungsfähig zu machen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes auf den Weg gebracht, die das formal erleichtern soll, in Wirklichkeit aber erschwert.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das hat aber die CDU mitgetragen!)

– Entschuldigung, Herr Kaufmann.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das ist auf breiter Basis beschlossen worden!)

Es ist so,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

dass man dort einen Termin gesetzt hat, bis zu dem die verpflichtenden Anrechnungen überhaupt nur wirksam gemacht werden können, und danach ist das freiwillig. Der Termin ist 2009. Das ist, von heute aus gesehen, ein Durchlauf durch eine vollständige berufliche Ausbildung.

Deshalb haben wir gesagt: Jetzt noch etwas zu verordnen, was in drei Jahren ausgehandelt werden muss, macht keinen Sinn.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das können wir doch gemeinsam verlängern! Wir regieren doch zusammen!)

– Nein, wir können es dann nicht verpflichtend verlängern. Deswegen haben wir uns auf den Weg gemacht, gemeinsam mit den Kammern etwas zu erarbeiten, was von beiden Seiten getragen wird.

Ich kann Ihnen heute sagen: Es gibt genau ein Bundesland, das das zustande gebracht hat, und das ist Baden-Württemberg. In den anderen 15 Bundesländern funktioniert das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Vielleicht funktioniert es bei uns auch deshalb, weil wir ja auf diesem Feld schon Erfahrungen gesammelt haben. Wir haben nämlich mit dem Handwerk seit langer Zeit eine Vereinbarung darüber, dass die einjährige Berufsfachschule, eine Vollzeitschule, in den Ausbildungsberufen des Handwerks als erstes Lehrjahr anerkannt wird. Auch das ist nur in Baden-Württemberg der Fall. In allen anderen Bundesländern ist eine solche Absprache zwischen vollzeitschulischem Bereich und dualen Bereich bis heute unmöglich gewesen.

Ich glaube, dass sich da in der Debatte vieles verhärtet hat. Ich akzeptiere es auch nicht, dass man im Bereich der Kammern sagt, das, was in den Vollzeitberufsschulen geschehe, habe mit der dualen Ausbildung nichts zu tun. Da gibt es viele Dinge, die zueinander passen. Sonst würden sie nachher die 80 % auch nicht in die duale Ausbildung übernehmen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das stimmt!)

(Minister Helmut Rau)

Das kann also auch andere Gründe haben. Ich will nicht zu weit spekulieren, aber das Durchschnittsalter der Auszubildenden bei uns im Land ist in den letzten 20 Jahren um drei Jahre von etwas über 16 Jahren auf etwas über 19 Jahre gestiegen. Das kann auch damit zu tun haben, dass man mit 19 nicht mehr unter den Jugendarbeitsschutz fällt, dass wir vielleicht Auflagen haben, durch die es für jüngere Schülerinnen und Schüler eher schwieriger wird, Ausbildungsplätze zu finden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Im Gaststättengewerbe ganz extrem!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir allen Grund haben, alle Beteiligten immer wieder an einen Tisch zu bringen. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig Vorhaltungen machen. Wir haben hier einen ganz konkreten Schritt angekündigt, und ich rechne als Gegengeschäft mit den Lehrstellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß Schülerinnen und Schülern sowie Begleitpersonen aus dem Körperbehindertenzentrum Oberschwaben in Weingarten.

(Beifall im ganzen Haus)

Darunter sind zwölf Rollstuhlfahrer. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen interessanten Aufenthalt im Landtag.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/28

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es scheint ja ein geheimes Thema dieses Vormittags zu sein, Rauch wegzunehmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür bin ich normalerweise zuständig!)

Jetzt machen wir dieses geheime Thema einmal zu einem offiziellen Thema. Bei dem Gesetzentwurf, der hier zur Abstimmung steht, geht es nämlich darum, möglichst bald möglichst alle Schulen zu rauchfreien Zonen zu machen und dies nicht aus einer falsch verstandenen Autonomie in das Belieben der Schulen zu stellen.

Lassen Sie mich die Notwendigkeit dieses Gesetzentwurfs und die Chancen, die in ihm liegen, stichwortartig begründen:

(Unruhe)

Erstens: Täglich sterben in Deutschland 300 Menschen an durch Tabakkonsum bedingten Krankheiten. Meine Damen und Herren, das sind mehr Todesfälle als durch Aids, Alkohol, illegale Drogen und Selbstmorde zusammengenommen. Zigarettenkonsum stellt dabei das bedeutendste einzelne Gesundheitsrisiko dar und ist die zentrale Ursache für frühes Sterben.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Ute Vogt SPD: Pst!)

Zweitens: Wenn wir einmal die Studien zum Passivrauchen, und zwar die Studien, die nicht von den Tabakkonzernen bestellt werden, heranziehen, erkennen wir, dass die Ergebnisse eindeutig sind: Passivrauchen ist unstrittig krebserregend. 3 300 Menschen in unserem Land lassen jährlich ihr Leben, weil sie den Qualm von anderen Menschen einatmen müssen – so der „Spiegel“ von dieser Woche.

Drittens: Die Verlaufsdaten zum Tabakkonsum in den letzten Jahrzehnten in Deutschland machen deutlich, dass es nicht gelungen ist,

(Anhaltende Unruhe – Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident!)

mit herkömmlichen, vorwiegend aufklärerischen Mitteln den Konsum zu verringern.

(Anhaltende Unruhe)

– Wenn ein klein bisschen mehr Ruhe einkehren würde, wäre mir das als Redner recht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

– Ich danke Ihnen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Da muss man als Abgeordneter die Arbeit des Präsidenten machen!)

Ein weiteres Stichwort zur Begründung ist, dass bei uns in Deutschland mehr Jugendliche rauchen als in jedem anderen EU-Land. Das Einstiegsalter sinkt. Die Jugendlichen werden immer jünger und immer weiblicher.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Ja, natürlich! – Das Ganze geschieht zunehmend dort, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, nämlich an unseren Schulen.

Erst kürzlich berichtete die CDU-Bildungssenatorin von Hamburg, dass sich dort nach der Einführung eines Rauchverbots die Zahl der rauchenden 14- bis 15-Jährigen innerhalb eines Jahres halbiert habe.

Meine Damen und Herren, das alles ist nicht grundlegend neu, und es ist auch nicht der aktuelle Grund dafür, dass wir unseren erst vor wenigen Monaten an dieser Stelle diskutierten Gesetzentwurf neu zur Abstimmung stellen. Neu

(Christoph Bayer)

aber ist die Tatsache, dass die gesellschaftliche Debatte über dieses Thema in den letzten Monaten deutlich an Fahrt zugelegt hat und inzwischen ganz offensichtlich auch bei CDU und FDP angekommen ist. So sagt der Vorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg, übrigens ganz im Tenor eines Parteitagsbeschlusses der CDU Baden-Württemberg – Zitat –:

Es ist ein Skandal, dass man im Bund und in anderen Ländern über das Rauchverbot in öffentlichen Räumen spricht, aber sich die baden-württembergische Landesregierung weigert, zumindest in Schulen ein generelles Rauchverbot zu verhängen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Ulrich Noll, räumt inzwischen ein – Zitat –:

Ich muss mich der Erfahrung beugen, dass freiwillige Selbstvereinbarungen nicht immer die gewünschten Effekte erzielen.

Sozialministerin Stolz gibt dankenswerterweise eine erfrischend klare Ansage, indem sie sagt:

Wo ich die Regelungskompetenz habe, will ich das Rauchen in öffentlichen Räumen verbieten lassen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion freut sich über diese Entwicklung – zumindest, meine ich, der weit überwiegende Teil dieser Fraktion.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Nichtraucherteil!)

Wir möchten Ihnen in diesem Hause die Gelegenheit geben, gemeinsam einen Beitrag dazu zu leisten, die gesundheitliche Situation unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern, und zwar in einem Punkt, bei dem wir originär Verantwortung haben, nämlich in der Schule.

(Beifall bei der SPD)

Bei dieser Initiative geht es nicht um ein generelles Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden, in Restaurants oder in Büros, sondern es geht um den zentralen Lern- und Lebensbereich Schule, und für den haben wir eine pädagogische und auch eine politische Verantwortung.

Man kann meinetwegen abwartend sein, was ein generelles Rauchverbot angeht. Man kann auch der Auffassung sein, wie ja auch verschiedentlich geäußert, dass es einer liberalen Einstellung entspricht, Erwachsenen das Recht auf Schädigung ihres Körpers zuzugestehen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Man kann es, meine Damen und Herren, vielleicht auch noch verstehen, wenn eine Lehrgewerkschaft bei ihren entsprechenden Einschätzungen auch die vermeintlichen Interessen eines Teils ihrer Mitglieder im Auge hat. Mir fehlt aber jedes Verständnis, wenn der Ministerpräsident ausgerechnet mit dem Blick auf das Suchtpotenzial bei Lehrerinnen und Lehrern von einem Rest von Liberalität und Tole-

ranz spricht und dessen Erhaltung empfiehlt. Also, ganz nebenbei gefragt: Wenn es sich hier um einen Restbestand von Liberalität und Toleranz handelt, dann frage ich mich schon, wann und unter wessen Verantwortung denn der Großteil von Liberalität und Toleranz der Lehrerschaft gegenüber abhanden gekommen ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir empfehlen Ihnen hier ein Bündel abgestimmter Maßnahmen, um die Schulen möglichst bald zu rauchfreien Zonen zu machen, indem Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen, ihn mit einer Übergangsfrist versehen, in der die Schulen die Möglichkeit erhalten, schuleigene Konzepte zur Umstellung auf die neue gesetzliche Regelung zu entwickeln, ein Paket von Vorschlägen, Anregungen und konkreten Angeboten zu schnüren, und indem Sie die Schulen auf ihrem Weg zu einer rauchfreien Schule begleiten und parallel dazu auch weiterhin kontinuierlich auf Aufklärungs- und Vorbeugungskampagnen setzen.

Die Zeit der ergebnisoffenen Prüfungen bei diesem Thema ist längst vorbei. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, folgen Sie den Fachleuten Ihrer eigenen Parteien, und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bayer, über die Folgen des aktiven und des passiven Rauchens brauchen wir uns hier in diesem Hause wahrscheinlich nicht zu unterhalten. Darüber sind wir uns alle einig. Gerade deshalb schließen wir uns Ihrem Entwurf nicht an und stimmen ihm auch nicht zu,

(Lachen bei der SPD – Abg. Ute Vogt SPD: Hört, hört!)

weil wir einfach sagen: Er geht nicht weit genug.

(Abg. Ute Vogt SPD: Gut! Wo ist Ihr weiter gehender Antrag?)

Die Ministerin hat gesagt – und wir haben das auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten –: Wir wollen in allen Bereichen, in denen wir die Zuständigkeit besitzen, in Zukunft das Rauchen verbieten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo ist Ihr Gesetzentwurf? – Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist ein richtig dummes Regierungsverhalten! Alles wird abgelehnt!)

– Nein, Herr Knapp!

(Abg. Thomas Knapp SPD: Alles wird abgelehnt!)

– Lieber Kollege Knapp, wir wollen kein Stückwerk machen, sondern wir wollen das über alle Bereiche hinweg ein für alle Mal regeln.

(Wilfried Klenk)

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir haben uns heute Morgen über die Föderalismusreform unterhalten. Wir werden durch die Reform neue Zuständigkeiten erhalten. Lassen Sie uns doch die paar Tage oder Wochen noch abwarten, bis klar ist, wofür wir alles zuständig sind! Die Ministerin hat ein Rauchverbot angekündigt, und – ich sage es noch einmal – im Koalitionsvertrag steht auch, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden vorlegen wird. So wollen wir das Thema dann letztendlich auch angehen.

Noch eines, Herr Kollege Bayer: Das hat mit Liberalität an den Schulen überhaupt nichts zu tun. Schon heute ist das Rauchen an den Schulen verboten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Richtig!)

Die Schulkonferenz kann das schon heute jedes Jahr aufs Neue festlegen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas anderes. Wir beklagen uns hier immer darüber, alles was vom Gesetzgeber reglementiert und was von ihm gefordert wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Anstatt dass jemand in der Schulkonferenz oder jemand, der das Hausrecht in einem Gebäude hat, sagt: „Bei mir wird nicht geraucht“ – nein, nein, das macht man nicht –, ruft man wieder nach dem Gesetzgeber und sagt: „Wir würden ja gerne, aber der Gesetzgeber ...!“ Das ist nämlich das Thema.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was wollen Sie eigentlich? – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Debatte wirklich entspannt angehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber doch nicht so! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist schon heute – wie gesagt – möglich, das Rauchen an Schulen zu verbieten. Die Ministerin hat – ich wiederhole es – angedeutet, dass sie, sobald alle Zuständigkeiten geklärt sind, einen Entwurf vorlegen wird, der alle Bereiche abdeckt. Dann haben wir ein gutes Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Populismus! – Abg. Thomas Knapp SPD: Eigentlich habe ich immer eine hohe Meinung von Ihnen gehabt, Herr Klenk!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau vor einem halben Jahr haben wir dieses Thema hier schon einmal diskutiert. Sowohl die

SPD als auch die Grünen haben Anträge eingebracht, in denen sie die Landesregierung aufgefordert haben, ein gesetzliches Rauchverbot für Schulen zu erlassen. Die Regierungsfractionen haben das abgelehnt und haben einen eigenen Änderungsantrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird – ich zitiere –,

in der nächsten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zum Schutz vor den Gefahren des Rauchens in öffentlichen Gebäuden und in Schulgebäuden einzubringen. Orientierungsrahmen sind die hierfür bereits bestehenden Verwaltungsvorschriften.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ein solcher Gesetzentwurf liegt jetzt vor.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Er hat nur einen Schönheitsfehler, liebe Kolleginnen und Kollegen: Er kommt von der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Das ist der einzige Grund, weshalb Sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Stimmt nicht! Es gibt pädagogische Gründe!)

Kollege Klenk, die Argumentation, dass man kein Stückwerk will, zieht in diesem Augenblick nicht. Das eine ist die Änderung des Schulgesetzes, die man hier für die Schulen beschließen kann. Das andere ist ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das regelt man natürlich nicht über das Schulgesetz. Wenn Sie also der Änderung des Schulgesetzes zustimmen würden, hätten Sie den ersten Punkt Ihres Änderungsantrags erledigt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Kollege Bayer hat vorhin schon angesprochen, dass die Fakten auf dem Tisch liegen. Trotz aller freiwilligen Maßnahmen, aller Aufklärungsmaßnahmen ist der Tabakkonsum in Schulen gestiegen. Das Einstiegsalter für das Rauchen ist dramatisch gesunken. Es liegt im Durchschnitt bei 11,6 Jahren.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das heißt, die rauchfreie Schule ist auch ein Schlüsselement für die Glaubwürdigkeit bei der Suchtprävention und stellt außerdem die preiswerteste Maßnahme in der Tabakprävention dar, Herr Kollege.

(Zurufe der Abg. Michael Theurer FDP/DVP und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Maßnahme kostet nichts, und sie beendet die jährlich stattfindende Diskussion um die Raucherecken in Schulen.

(Brigitte Lösch)

Eine gesetzliche Regelung schafft Rechtssicherheit und macht ganz klar, dass schädliche und giftige Stoffe durch Tabakkonsum auf dem Schulgelände nichts verloren haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum wird an Realschulen trotzdem geraucht, obwohl es verboten ist?)

Wir können die Diskussion gern noch einmal führen. Ich greife das Argument gleich auf, dass ein Verbot allein,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir an dem Punkt!)

lieber Kollege Röhm, das Problem natürlich nicht löst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das haben wir immer gesagt. Aber ein Verbot erschwert den ersten Griff zur Zigarette.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Es ist doch verboten! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben doch ein Verbot! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch schon verboten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An Realschulen darf nicht geraucht werden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben kein Verbot.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

In der Schulkonferenz kann geregelt werden, ob es ein Rauchverbot gibt oder nicht.

(Zurufe, u. a. Abg. Claus Schmiedel SPD: In Horb wird an der Schule geraucht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn wir schon ein Verbot haben

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege, ich nehme Ihre Frage gleich vorweg –,

(Heiterkeit)

weshalb sagt dann die Ministerin, dass wir eine gesetzliche Regelung brauchen? Weshalb unterschreiben Sie dann einen Antrag, in dem steht, dass in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung zum Rauchverbot an Schulen und in öffentlichen Gebäuden kommt, wenn es ein solches Verbot schon gibt?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn Sie diese Frage bei Ihrer Zwischenfrage gleich beantworten, können Sie die Zwischenfrage gern stellen. – Herr Theurer.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Du kannst dich gleich wieder setzen!)

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Theurer.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Frau Kollegin, die Grünen treten normalerweise für die Delegation von Entscheidungen auf untere Ebenen ein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht, wenn es um Leben und Tod geht!)

Wieso sind Sie jetzt dagegen, dass die Schulen selbst entscheiden und ein Verbot durchsetzen?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist jetzt eine andere Frage. Darauf gebe ich gern eine Antwort: weil die Schule

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

im Rahmen ihres Bildungsauftrags die Aufgabe hat, Kinder und Jugendliche in ihrer körperlichen Entwicklung zu fördern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Diese Förderung ist nicht gegeben, wenn ganz klar signalisiert wird: Bei Schulfesten, auf Schulhöfen darf geraucht werden. Das heißt, ab 16 ist man erwachsen, ab 16 darf geraucht werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Alter spielt keine Rolle!)

Von daher hat die Schule einen Bildungsauftrag, wonach im Schulgesetz eine ganz klare gesetzliche Regelung getroffen werden muss,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das kann die Schule selbst entscheiden! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

lieber Kollege Theurer, liebe Kollegin Berroth.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht. Ich verstehe sie wirklich nicht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hier ist niemand aufgeregt, Frau Kollegin! Die Einzige, die aufgeregt ist, sind Sie!)

Was spricht denn dagegen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die möglich sind, um Jugendliche vor dem Rauchen zu schützen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir! Richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das sind freiwillige Maßnahmen, das sind runde Tische, das sind Präventionsmaßnahmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Sie haben nichts genützt. Deshalb: Vollziehen wir doch den Schritt, und nehmen wir die gesetzlichen Möglichkeiten mit hinzu, damit das Rauchen für Kinder und Jugendliche erschwert wird!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Kinder, Jugendliche und Lehrer!)

(Brigitte Lösch)

Es gibt überhaupt kein logisches Argument, das dagegen spricht. Ich habe auch von Ihnen noch keines gehört.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Reden Sie nicht nur, machen Sie nicht nur Ankündigungen, sondern tun Sie etwas, und stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorwegzunehmen: Die FDP/DVP-Fraktion in diesem Haus wird den vorgelegten Gesetzentwurf der SPD-Fraktion mehrheitlich ablehnen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mehrheitlich? Das ist interessant!
– Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Sie wird den Gesetzentwurf aus zwei Gründen ablehnen, meine Damen und Herren.

Zum einen: Wir unterstützen die Initiative von Ihnen, Frau Ministerin Stolz. Sie wollen einen weiter gehenden Gesetzentwurf einbringen, der nicht nur die Schulen, sondern auch die öffentlichen Gebäude insgesamt einbezieht. Das findet unsere Unterstützung. Wir wollen keine Sonderlösung für die Schulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zum anderen: Wir haben trotz allem, was hier eben über die Vorteile eines absoluten Rauchverbots gesagt worden ist, nach wie vor unsere Bedenken, ob wir mit diesem absoluten Rauchverbot an unseren Schulen wirklich einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir wissen es alle – es ist eben schon angesprochen worden –: Es gibt schon ein generelles Rauchverbot bis zum Ende der zehnten Klasse. Auch die Oberstufenschüler dürfen in der Schule nur rauchen, wenn alle Beteiligten ihr Plazet dazu gegeben haben, nämlich die Lehrerkonferenz, der Elternbeirat, die Schülervertretung und die Schulkonferenz.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es gibt kein generelles Rauchverbot!)

Trotz dieses Rauchverbots, meine Damen und Herren, ist die Zahl der Jugendlichen an der Schule, die schon sehr früh zur Zigarette greifen, weiter gestiegen.

Das Hauptproblem – auch das wurde hier im Haus schon angesprochen – ist, dass der erste Griff zur Zigarette eben sehr oft im Umfeld der Schule passiert. Das bedeutet doch im Klartext, meine Damen und Herren, dass das generelle Rauchverbot an unseren Schulen, das wir schon haben, ständig umgangen wird. Es greift nicht. Gerade im Schulalter ist das Rauchen ein wichtiges Hilfsmittel für die jungen Leute. Es werden damit soziale Kontakte aufgebaut und gepflegt. Das Rauchen wird von Jugendlichen als Ausdruck von Status, von Reife, von Erwachsenwerden verstanden. Hier ist

der Einfluss der Gleichaltrigen, der Gruppe, rauchender Freunde und Klassenkameraden immens.

Das heißt, auch hier sind wir völlig d'accord mit Ihnen. Der Schule kommt bei der Suchtprävention ungewollt eine ganz wichtige Stellung, eine ganz große Bedeutung zu, abgesehen davon, dass die Schule auch, wie schon erwähnt wurde, eh den Bildungsauftrag zur Gesundheitserziehung hat.

Deshalb – auch da sind wir völlig mit Ihrer Ansicht einverstanden – ist die rauchfreie Schule ein erster Schritt, um Jugendliche überhaupt vom Rauchen abzuhalten. Doch wie erreichen wir das Ziel? Viele Bundesländer haben schon ein absolutes Rauchverbot mit den entsprechenden Sanktionen verordnet. Nur, meine Damen und Herren, jeder von uns weiß doch aus dem alltäglichen Leben – das wissen wir mittlerweile auch aus Forschungsergebnissen –, dass direktive Regelungen, Regelungen, die von oben kommen, auf Widerstand stoßen, Trotzreaktionen provozieren. Diese Regeln werden oft bewusst umgangen.

Aber Regeln, meine Damen und Herren, die gemeinsam aufgestellt werden, die nach langer Diskussion in einem gemeinsamen Entscheidungsprozess gefunden werden – eine gemeinsame Willensbildung –, führen am Ende auch zu einer gemeinsamen Verantwortung für die Einhaltung der Regeln. Da büxt eben niemand so schnell aus, weil er ja an der Entscheidungsfindung beteiligt war.

Das gilt auch für die Regeln im Schulalltag, meine Damen und Herren. Hier sehen wir die große Chance auch beim Thema „Rauchen in der Schule“. Wenn es gelingt, an der Schule eine gemeinsame Diskussion zu führen, eine gemeinsame Willensbildung zu erreichen, beim Thema Rauchen gemeinsame Regeln aufzustellen und deren Einhaltung zu kontrollieren, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr viel größer, dass diese Regeln auch wirklich eingehalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Schule hat eine besondere Verantwortung. Die kann ihr nicht abgenommen werden, auch nicht von uns, indem wir ein absolutes Rauchverbot erteilen. Aber wenn wir eine solche gemeinsame Willensbildung mit all ihren positiven Effekten wollen, dann geht es nicht nur um das Rauchen der Schüler, sondern dann muss es auch um das Rauchen der Lehrer an der Schule gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, selbstverständlich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das betrifft sogar den Hausmeister! Der ist auch dabei! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Reinigungsdienst!)

– Meinetwegen auch der Hausmeister. – Untersuchungen haben auch hier wieder gezeigt, dass die Einstellung eines Lehrerkollegiums – das wissen wir aus Untersuchungen in der Praxis – auf die ganze Schule ausstrahlt. Es liegt ja auf der Hand: Je mehr Lehrer bereit sind, Präventionsmaßnahmen gegen das Rauchen aktiv selber zu unterstützen, desto mehr Schüler und Eltern können in diesen aktiven Prozess eingebunden werden. Die rauchfreie Schule ist möglich,

(Dr. Birgit Arnold)

meine Damen und Herren, aber wir erreichen sie nicht allein mit Verboten und Sanktionen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir können sie durch eine freiwillige Einigung zwischen Rauchern und Nichtrauchern am Ende eines Diskussionsprozesses erreichen, am Ende einer intensiven Auseinandersetzung an der Schule, an der alle beteiligt sind: Schüler, Eltern und Lehrer. Bei dem gemeinsamen Ziel, gemeinsame Regeln festzusetzen und sie gemeinsam einzuhalten – ich sagte es schon –, werden Regeln auch viel seltener gebrochen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen anderen Aspekt ansprechen. Wir erreichen gewollte Erziehungsergebnisse nicht nur, indem wir etwas verbieten – jeder, der pädagogisch tätig ist, weiß das –, sondern wir erreichen diese Ergebnisse auch, indem wir Positives tun, hervorheben, aktivieren, verstärken und belohnen.

Wie so etwas aussehen kann, hat ein Verbindungslehrer an der Ludwig-Uhland-Realschule in Tuttlingen gezeigt. Dass Rauchen schädlich ist, dass man davon krank wird und davon auch sterben kann, wissen heute ja schon die Kindergartenkinder. Trotzdem hindert es die Jugendlichen nicht daran, mit dem Rauchen anzufangen. Dieser Verbindungslehrer hat den Spieß einfach umgedreht. Er hat nicht mehr ermahnt und gescholten und verboten, er hat die Raucher einfach links liegen lassen. Die bisher kaum beachteten Nichtraucher hat er in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. Sie wurden mit kleinen Aktionen belohnt. Sie dürfen an besonderen Nichtraucherveranstaltungen teilnehmen. Das heißt, diejenigen, die schon auf dem richtigen Weg sind, werden unterstützt. Denen wird die Aufmerksamkeit geschenkt. Und siehe da, meine Damen und Herren: An dieser Schule ist schon viel gewonnen; denn an der Uhland-Realschule ist Nichtrauchen bei den jungen Leuten mittlerweile cool.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll
FDP/DVP: So weit muss es kommen! – Zuruf des
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist unsere Vorstellung von der rauchfreien Schule der Zukunft. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Das passt zu unserer Vorstellung von Schule als einer eigenverantwortlichen, toleranten Gemeinschaft, in der niemand diffamiert wird und die ein großes gemeinsames Ziel, nämlich die rauchfreie Schule, gemeinsam anstrebt.

Ich fasse noch einmal zusammen: Auch wir wollen den Nichtraucherschutz ausbauen und verstärken.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus
Schüle CDU)

Aber diese Bemühungen werden unserer Meinung nach nur erfolgreich sein, wenn die Schulen einen Spielraum behalten für ein selbstbestimmtes, im Konsens gefundenes, eigenverantwortliches Handeln.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten ja vor kurzer Zeit eine recht intensive Diskussion über das Rauchen an den Schulen. Ich dachte eigentlich, wir seien uns einig gewesen, dass wir bei diesem Thema etwas weiter springen müssen, als allein in den Schulen zu agieren. Wir haben im Koalitionsvertrag deutlich gesagt, dass wir ein Nichtraucherschutzgesetz für Schulen und für alle öffentlichen Gebäude verabschieden wollen.

Herr Bayer, Sie haben von der besonderen pädagogischen und politischen Verantwortung gesprochen, die wir als Land in den Schulen haben. Ich gehe davon aus, dass wir nicht nur in den Schulen eine pädagogische und politische Verantwortung haben,

(Abg. Christoph Bayer SPD: Besonders in den
Schulen!)

sondern überall dort, wo wir auch Vorbild sein müssen für junge Leute und wo sich Öffentlichkeit abspielt, für die wir auch Verantwortung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Hier im Hause zum Beispiel!)

Ich bin auch dagegen, Frau Lösch, dass wir uns mit einer Regelung, die auf die Schulen beschränkt ist, ein bisschen herausstellen. Denn dort, wo der eine oder andere von uns vielleicht durch weiter gehende Regelungen doch mehr betroffen ist, ist die Sache natürlich schwieriger, als nur zu sagen: „Macht ihr das mal an der Schule. Damit haben wir unsere Aufgabe möglicherweise erfüllt.“ Wir wollen in einem Gesetz, das in der Planung ist, weiter gehen.

Lassen Sie mich heute den Nichtraucherschutz in den Vordergrund stellen. Wir wissen, dass der Zigarettenrauch krebs-erregend ist. 70 karzinogene Substanzen sind im Zigarettenrauch enthalten. Es ist erforderlich, die Nichtraucher stärker zu schützen.

Wir wissen – das ist heute auch schon angesprochen worden –, dass es auf dem Weg der Freiwilligkeit allein nicht geht. Bund und Land haben in vielen Bereichen versucht, dies auf freiwilliger Basis zu erreichen. Da wurden Grenzen aufgezeigt. Ich denke, ein umfassender Nichtraucherschutz ist letztlich immer dann besser durchsetzbar, wenn er auf eindeutigen Regelungen beruht. Das macht den Schutz der Nichtraucher auch glaubwürdiger und fördert auch die Akzeptanz bei den Rauchern selbst.

Wir kennen ja die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern: In Italien, Spanien, England, Belgien, Norwegen und acht weiteren europäischen Ländern ist das Rauchen in Gaststätten in den letzten ein bis zwei Jahren gesetzlich verboten worden. Ich glaube, viele von uns haben nie daran geglaubt, dass so etwas möglich und auch erfolgreich ist. Aber es wird uns gezeigt, dass diese Maßnahme Erfolg hat, und es wird uns auch gezeigt, dass wir hier in der Bundesrepublik ein Schlusslicht darstellen, was den Nichtraucherschutz betrifft.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Dem steht der klare Wille der Bevölkerung entgegen. Nach einer aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts befürwortet eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger Rauchverbote in öffentlichen Räumen. 75 % sprachen sich zum Beispiel für Rauchverbote in Zügen aus, 54 % für Rauchverbote in Gaststätten.

Deswegen ist für mich das Thema „Rauchverbot in öffentlichen Räumen“ kein Modethema, das irgendeinem gesundheitspolitischen Zeitgeist entspringt. Es soll auch kein Kreuzzug gegen Raucher geführt werden. Aber wir müssen feststellen, dass das Rauchverbot ein reales Bedürfnis in der Bevölkerung darstellt und dass wir in Deutschland gesetzliche Regelungen des Bundes und der Länder für öffentliche Räume brauchen.

Wir brauchen diese Themen auch nicht zwischen Bund und Ländern hin- und herschieben und jeweils zu fordern, dass der andere erst einmal seine Hausaufgaben machen solle. Wir alle tragen hierbei Verantwortung, und wir stellen uns dieser Verantwortung für den Nichtraucherenschutz. Wir werden den Entwurf eines Nichtraucherschutzgesetzes für Baden-Württemberg vorlegen.

Dabei wird es aber nicht nur – wie in dem heute von der SPD vorgelegten Entwurf – um ein Rauchverbot an Schulen gehen. Wir wollen ein Rauchverbot auch in weiteren Räumen durchsetzen – ich füge hinzu: sofern es landesrechtlich möglich ist, also im Rahmen der landesrechtlichen Kompetenzen und des fachlich Sinnvollen. Dies betrifft Schulen ebenso wie Kindertageseinrichtungen und Krankenhäuser.

Für weitere öffentliche Räume wie beispielsweise Gaststätten ist der Bund zuständig. Gaststättenrecht ist Bundesrecht und soll erst im Zuge der Föderalismusreform auf die Länder übertragen werden. Heute und morgen findet in Sachsen-Anhalt die Ländergesundheitsministerkonferenz statt. Baden-Württemberg wird dort gemeinsam mit den anderen Ländern versuchen, die Bundesregierung aufzufordern, ein gesetzliches Rauchverbot in Gaststätten zu erlassen. Sollte dies nicht fruchten, werden wir nach der Föderalismusreform notwendige Maßnahmen prüfen.

Dennoch wird, denke ich, auch der Bund nicht umhinkommen, seine Kompetenzen beispielsweise auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes auszuschöpfen und den Nichtraucherchutz in der Arbeitsstättenverordnung zu verbessern.

Meine Damen und Herren, wir als Landesregierung werden in Eintracht – wie wir das immer tun – und im Rahmen unserer Möglichkeiten zeitnah etwas dafür tun, um den Schutz der Nichtraucher vor den Gefahren des Tabakrauchs auszubauen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So viel Eintracht haben wir aber nicht gehört!)

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion geht hier nicht weit genug. Vor allem wollen wir keinen Schnellschuss – so verlockend das jetzt aufgrund der öffentlichen Diskussion auch sein mag. Der Gesetzentwurf der SPD ist zu kurz gesprungen und daher abzulehnen. Wir wollen stattdessen Regelungen, die, soweit sie möglich und fachlich sinnvoll sind, über den Bereich Schule hinausgehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Ich führe das gerade noch zu Ende.

Präsident Peter Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Lassen Sie mich gerade noch drei Sätze sagen. Dann wird es vielleicht klar, und dann ist Herr Palmer schon vorher zufrieden.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die hierfür entscheidenden fachlichen und rechtlichen Fragen müssen wir sorgfältig prüfen. Ich denke zum Beispiel an Fragen, die sich im Zusammenhang mit Jugendeinrichtungen stellen. Was machen wir zum Beispiel mit Privatschulen? Was machen wir mit Freibädern? Das alles sind Fragen, die geprüft werden sollten. Wir sind im Moment dabei und werden zeitnah eine Antwort geben.

Ich möchte Regelungen auf den Weg bringen, die die infrage kommenden öffentlichen Räume differenziert behandeln. Ich lehne ein schnelles Sondergesetz für Schulen aus Aktionismus heraus ab. Das würde auch der Problematik des Nichtraucherschutzes nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD:
Nichts tun aber auch nicht! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

– Lieber Herr Kollege, ich habe von einem seriösen Gesetzentwurf gesprochen und mich gegen einen Schnellschuss ausgesprochen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ein schnell erarbeitetes Gesetz kann auch ein seriöses sein!
Schnelligkeit und Seriosität schließen sich nicht aus! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich denke, da sind Sie bei uns an der richtigen Stelle. Wir wollen ein seriöses Gesetz verabschieden, das uns alle und nicht nur die Schulen in die Pflicht nimmt. Ich glaube, jeder weiß, was ich damit meine.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass das Problem des Tabakkonsums durch gesetzliche Vorschriften allein natürlich nicht gelöst werden kann. Das wurde hier auch einhellig angesprochen. Wir müssen auch in Zukunft konsequent auf Tabakprävention setzen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Deshalb bin ich gerade den Schulen sehr dankbar, denn es passiert in den Schulen schon sehr vieles an Präventionsarbeit – mit gutem Erfolg. Auf diesem Weg müssen wir auch in Zukunft fortfahren, denn nur dann, wenn wir die Zahl künftiger Raucher senken, schützt das die Gesundheit der Betroffenen und auch die der Nichtraucher.

Ich danke Ihnen und freue mich, dass ich zu diesen Gedanken so viel Zustimmung im ganzen Haus finde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen werden soll. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, nach dem nächsten Punkt der Tagesordnung eine einstündige Mittagspause einzulegen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 27. Juni 2006 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/4, 14/52

Berichterstatter: Abg. Hitzler

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig und für die Entwicklung unseres Landes auch sehr wichtig, dass das Land bei Stiftungen und Unternehmen beteiligt ist, bei Unternehmen, die für die Entwicklung, für Strukturmaßnahmen und für die Daseinsvorsorge da sind.

Die Bandbreite der Beteiligungen ersehen wir aus den Drucksachen 14/4 und 14/52. Sie reicht von der Landestiftung über die L-Bank und die Förderbank, über Tourismusmarketing bis hin zur Popakademie. Man kann natürlich sehr unterschiedlicher Auffassung sein, ob die eine oder andere Beteiligung eine Landesaufgabe sein muss, aber dies ist heute nicht Gegenstand der Tagesordnung. Fakt ist, es gibt diese Beteiligungen, und die Unternehmen sind im Interesse des Landes tätig. Weil dies so ist, müssen wir als Parlament dafür sorgen, dass das Land in diesen Stiftungen und Unternehmen gut und kompetent repräsentiert ist und dass die Interessen des Landes dort auch fach- und sachkundig wahrgenommen werden.

Aus den Drucksachen ist zu entnehmen: Die Landesregierung hat Herrn Ministerpräsident Oettinger, alle elf Minister und den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium für verschiedene Organe und Gremien in Stiftungen und wirtschaftlichen Unternehmen vorgeschlagen. Unsere Aufgabe ist es nun, die Ausnahmegenehmigung, die nach Artikel 53 der Landesverfassung erforderlich ist, zu erteilen. Der Ständige Ausschuss hat gestern einstimmig dem Landtag empfohlen, dieser Ausnahmegenehmigung zuzustimmen, und ich denke, der Landtag wird dieser Empfehlung auch Folge leisten. Deshalb wünsche ich dem Ministerpräsidenten, den Ministern und dem Staatssekretär in diesen Organen und Gremien gute Ideen und viel Erfolg zum Wohle aller Einwohner unseres Landes.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Hitzler dankbar für die Darlegung, in welchen Organisationen und Unternehmen das Land tätig ist. Wir sind uns darüber einig, dass dort, wo das Land beteiligt ist, die Repräsentation des Landes auch umfassend und angemessen zu erfolgen hat.

Gleichwohl gestatten Sie mir, obwohl wir dieser Vorlage zustimmen werden, noch einige Anmerkungen. Die heutige Beschlussfassung bezieht sich nur auf einen Punkt, nämlich die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Regierung zu wirtschaftlichen Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist. Die Beteiligung – Sie haben es zu Recht ausgeführt – ist natürlich viel umfassender. Insbesondere nehmen auch die parlamentarischen Staatssekretäre die Repräsentation des Landes in zahlreichen weiteren Unternehmen wahr. Wir hätten uns gewünscht, dass man mit dieser Vorlage, da sich die Regierung nun neu zusammensetzt, einen Gesamtüberblick bekommt, wie die Vertretung des Landes in diesen wirtschaftlichen Unternehmen organisiert ist.

Der Beteiligungsbericht, der jedes Jahr veröffentlicht wird – er ist sehr umfangreich und umfasst mittlerweile über 200 Seiten –, gibt im Einzelnen Aufschluss, welche Unternehmen beteiligt sind. Aber gerade bei einer Regierungsneubildung wäre es sehr wichtig, einen Gesamtüberblick zu haben, welche wirtschaftlichen Unternehmen nun von welchen Ministern, parlamentarischen Staatssekretären oder sonstigen Bediensteten des Landes betreut werden.

Staatssekretär Böhmler hat im Ausschuss auch zugesagt, dass wir eine solche Übersicht aus aktuellem Anlass noch bekommen werden. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich. Wir gehen davon aus, dass diese Zusage in einer der nächsten Ausschusssitzungen eingelöst wird.

Gestatten Sie mir aber eine weitere Anmerkung. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung sinngemäß ausgeführt: Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat, aber an den richtigen Stellen. Ich darf in diesem Zusammenhang an die vielfältigen Diskussionen darüber erinnern, welche Aufgaben der Staat in Zukunft eigentlich noch wahrnehmen soll. Schon aus finanziellen Gründen muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken – ich glaube, darüber sind wir uns einig. Wenn wir aber diesen Ansatz wählen, wenn wir also beispielsweise überlegen, ob das Gerichtsvollzieherwesen privatisiert werden soll, oder wenn wir, Herr Justizminister, darangehen, den Bau und den Betrieb von Gefängnissen privat zu organisieren, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, in welchem Umfang eine Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen sinnvoll ist. Ich glaube, hier haben wir auch in Zukunft noch enormen Handlungsbedarf, und ich bin überzeugt, dass wir hier viele, viele Fälle finden werden, bei denen eine Beteiligung des Landes nicht unbedingt notwendig ist.

Wir sollten vielleicht auch berücksichtigen, dass zu einer Transparenz der Beteiligungen des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen auch die Frage gehört, wie die führenden Personen, die Manager in diesen Organisationen besoldet werden. Ich darf daran erinnern, dass die Stadt Stuttgart

(Rainer Stickelberger)

diese Offenlegung für ihre Gesellschaften ja vorgesehen hat. Die Stadt Stuttgart ist, meine ich, hier mit gutem Beispiel vorangegangen, und es wäre sinnvoll, wenn auch das Land hier entsprechend für die notwendige Transparenz sorgen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Michael Föll CDU und Thomas Oelmayer GRÜNE)

Ich glaube, dann wären wir auf einem guten Weg.

Ich wünsche den Ministern und Staatssekretären, für die laut der jetzt zur Abstimmung vorgelegten Beschlussempfehlung eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden soll, viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Ich gehe davon aus, dass wir für die parlamentarischen Staatssekretäre dann noch in ähnlicher Weise Informationen über die Vertretung des Landes mitgeteilt bekommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Thomas Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Kollege Oelmayer.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist Ihre erste Rede in dieser Legislaturperiode, Herr Oelmayer!)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, vielen Dank, Herr Kollege.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat haben wir gestern relativ kurzfristig, das heißt auf der Basis einer Sitzungsvorlage, die uns sehr kurzfristig erreicht hat, im Ständigen Ausschuss die Frage der Vertretung durch Mitglieder der Landesregierung in Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, diskutiert. Es ist kein guter parlamentarischer Brauch, wenn man innerhalb weniger Minuten überprüfen soll, welche Minister in welchen Unternehmen welche Funktionen wahrnehmen.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Diese Anmerkung, die ich gestern schon im Ständigen Ausschuss gemacht habe, wiederhole ich hier.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollten das doch immer frühzeitig beraten!)

– Ja, es kümmert mich nicht, ob Ihnen das jetzt passt oder nicht. Ich kann mir ja vorstellen, dass Sie da jetzt wieder grundsätzliche Einwendungen erheben. Aber für uns war einfach klar, dass wir eine parlamentarische Überprüfung gar nicht wirklich durchführen können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Besser jetzt als später! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ein zweiter Punkt, Kollege Scheffold – das geht jetzt in die Richtung einer grundsätzlichen Überlegung; der Kollege Stickelberger hat es bereits angesprochen –, ist die Frage, an welchen Unternehmen das Land überhaupt noch beteiligt sein muss. Wir diskutieren heute nicht den mehr als 200

Seiten umfassenden Landesbeteiligungsbericht, sondern wir diskutieren über die Unternehmen, die jetzt hier mit Vertretern der Landesregierung bedacht werden sollen.

Die Minister, die in diese Gremien einrücken sollen, haben dann ja dort eine Doppelfunktion wahrzunehmen. Insbesondere der Messe-Untersuchungsausschuss des Landtags in der letzten Legislaturperiode hat nochmals klar dokumentiert, dass es immer wieder Interessenkonflikte geben kann. Auf der einen Seite geht es darum, die Landesinteressen wahrzunehmen, und auf der anderen Seite müssen die Interessen des Unternehmens wahrgenommen werden. Da gibt es unbestreitbar einen Interessenkonflikt.

Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus einem Gutachten zitieren, das die Landesregierung im Zuge der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses eingeholt hat:

Unabhängig davon, ob es sich im Einzelfall um eine unternehmerische Entscheidung handelt oder nicht, ist jedes Aufsichtsratsmitglied bei allen Entscheidungen ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet.

Daraus können Sie ersehen, dass das Landesinteresse, auf dessen Wahrung ja ein Landesminister hier im Landtag seinen Eid abgelegt hat, auf den er genauso verpflichtet ist, letztendlich zurückstehen muss. Das ist dieser grundsätzliche Konflikt, weshalb wir sagen: Alle Landesbeteiligungen, die nicht sein müssen, die nicht zu den Kernaufgaben des Staates zählen, muss dieses Land verkaufen, um diesen Konflikt letztendlich zu lösen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Dazu zählt unter anderem natürlich auch die Beteiligung am Stuttgarter Flughafen; der Kollege Kretschmann hat das gestern in der Antwort auf die Regierungserklärung deutlich angesprochen. Dazu zählt auch die Beteiligung an Messengesellschaften und, und, und. Ich will das jetzt gar nicht weiter fortsetzen.

Zu der Vorlage als solcher: Es ist natürlich eine interessante Entwicklung, die wir dort feststellen können. Man sieht, dass die unsägliche Gründung dieser Landesstiftung zwischenzeitlich quasi zu einer zweiten Kabinettsitzung im Aufsichtsrat der Landesstiftung führt, weil acht von zehn Ministern im Aufsichtsrat der Landesstiftung sitzen und zusätzlich noch, muss man sagen, der Ministerpräsident. Das heißt, dass Sie dort natürlich alle Minister im Aufsichtsrat unterbringen wollen und müssen, weil dort über einen Schattenhaushalt entschieden wird. Das dokumentiert noch einmal deutlich, dass über die Landesstiftung dem Landtag Kompetenz entzogen wird. Deswegen müssen Sie jetzt exekutivseitig nahezu alle Minister bis auf zwei in dieser Landesstiftung unterbringen. An diesen Strukturen wird nochmals deutlich, dass die Entwicklung der Landesstiftung einfach einen Kompetenzverlust für den Landtag bedeutet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer und ein letzter Punkt, den ich für interessant und wichtig halte, ist der, den ich gestern im Laufe der De-

(Thomas Oelmayer)

batte des Ständigen Ausschusses angesprochen hatte. Ich hatte die Frage gestellt – Herr Staatssekretär Böhmle ist heute, glaube ich, nicht da, aber vielleicht kann sie ja der stellvertretende Ministerpräsident und Justizminister beantworten –: Auch wenn bereits am 14. Juni die Landesregierung bestellt worden ist, so können doch die Minister, die jetzt in diese Aufsichtsorgane entsandt werden sollen, erst heute rechtswirksam entsandt werden, weil der Landtag frühestens heute zustimmen kann – was er de jure ja auch muss; das erkennen wir natürlich an, und ich selbst weiß auch, dass wir gar nicht anders können, als dieser Vorlage der Regierung zuzustimmen. Es wäre daher interessant, zu wissen, ob in dem Zeitraum

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– gleich, Herr Präsident – zwischen dem 14. Juni und dem heutigen 29. Juni Aufsichtsratssitzungen stattgefunden haben und wer dort für die Landesregierung mit welcher Befugnis und mit welcher Genehmigung teilgenommen hat. Diese Frage konnte mir gestern nicht klar beantwortet werden.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Der Herr Staatssekretär hat mir kundgetan, es sei wohl so, dass es eine grundsätzliche Anweisung an die Minister gegeben habe, an den Sitzungen nicht teilzunehmen. Aber vielleicht kann man darauf dann doch noch eine Antwort bekommen.

Alles in allem sehen Sie, dass die Konfliktsituation aufgrund der Vielzahl der Beteiligungen von Landesministern an solchen wirtschaftlichen Unternehmen einfach grundsätzlich angegangen werden muss. Nichtsdestotrotz wird auch unsere Fraktion diesem Antrag, den die Landesregierung vorgelegt hat, in der heutigen Sitzung des Landtags zustimmen müssen, weil wir de jure gar nicht anders können. Aber wir werden in Zukunft diese Landesbeteiligungen und diesen Interessenkonflikt zurückfahren müssen, weil es nicht sein kann, dass Unternehmensinteressen vor Landesinteressen gehen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch den Verkauf und das Zurückfahren von Beteiligungen, die das Land im Kern nicht braucht.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass sich die Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen so gering wie möglich gestalten soll. Ähnliches haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart, sodass sich vermutlich im Laufe dieser Legislaturperiode noch mancher Rückzug ergeben wird. Aber solange das Land an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligt ist, muss es dort natürlich auch angemessen vertreten sein. Deswegen stimmen wir dieser Vorlage uneingeschränkt zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Widerspruch)

– Entschuldigung! Jetzt habe ich die Regierung vergessen. Ich habe nicht nach rechts geschaut.

Das Wort hat Herr Minister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Lieber Herr Präsident, das kann ja einmal passieren.

Ich will nur zwei, drei Sätze sagen.

Lieber Kollege Oelmayer,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, bitte! – Vereinzelt Heiterkeit)

das, was Sie da abgegeben haben, ist sehr widersprüchlich. Einerseits haben Sie Angst, dass zwischen 14. Juni und 29. Juni etwas passiert sein könnte, andererseits beklagen Sie die Kurzfristigkeit.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Das ist nicht stimmig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie hätten uns auch früher informieren können!)

Sie haben gestern die Liste gekriegt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die darauf aufgeführten Namen sind nicht neu. Sie kennen die Mitglieder der Landesregierung. Sie konnten die Liste einsehen. Über die Qualität der Personen gibt es überhaupt keinen Zweifel, nehme ich an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen denke ich, dass diese Kurzfristigkeit durch die Kenntnis der handelnden Personen überwunden werden kann.

Das Zweite: Was mir nicht ganz gefällt, ist der Ausdruck, die Vertreter werden „untergebracht“. Darum geht es nicht. Grundsätzlich sagt die Verfassung, dass Mitglieder der Landesregierung nicht in Unternehmen hineingehören. Die Ausnahme ist, wenn das Interesse des Landes es gebietet. Hier muss also kein Einziger „untergebracht“ werden. Vielmehr haben wir einen Auftrag.

Ganz geschwind noch einmal – aber das ist dem Kollegen Oelmayer natürlich schlüssig –: Es gab eine demokratische Landtagswahl.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Dort wurde vom Souverän, dem Volk, eine Mehrheit bestimmt. Diese Mehrheit stellt eine Regierung. Diese Regierung ist quasi der Vorstand des „Unternehmens Baden-Württemberg“. Diese „Vorständler“ sind sehr wohl legiti-

(Minister Willi Stächele)

miert; sie sind durch die regierungstragenden Fraktionen bestellt, das Interesse des Landes in den Unternehmen wahrzunehmen, die dem Land gehören. Das ist kein „Unterbringen“. Man muss die Worte entsprechend der demokratischen Kultur zu wählen wissen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Das war ganz kurz eine kleine Anmerkung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt aber zum eigentlichen Thema: Sie haben eine interessante Frage hinsichtlich Unternehmensinteresse und Landesinteresse aufgeworfen. Ich sage Ihnen: Wenn das Land an einem Unternehmen beteiligt ist, dann ist das vorrangige Landesinteresse, dass die unternehmerischen Interessen voll und ganz gewahrt werden. Da gibt es für mich eine Deckungsgleichheit. Wenn ein Vertreter der Regierung für ein Landesunternehmen tätig ist, muss er für den Eigner Land schauen, dass dieses Unternehmen Erfolg hat. Deswegen gibt es da keinen Widerspruch.

Wenn man die Liste durchgeht, stellt man fest, dass die Aufgaben vernünftig verteilt sind. Es ist der ganze Ressort-sachverstand einbezogen, wenn ein Kabinettskollege vertreten ist. Ich wüsste gar nicht, wie man das besser machen könnte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Im Übrigen bekommen Sie die Liste der Staatssekretäre, die als Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls in diesen Beteiligungen vertreten sind, zugestellt. Das hat Ihnen Staatssekretär Böhmler bereits zugesichert.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja, hat er gemacht!)

Meines Wissens hat in der Zwischenzeit keine Sitzung stattgefunden, an der ein Regierungsmitglied teilgenommen hätte.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was heißt Ihres Wissens? Wir wollen es einfach wissen; es geht uns nicht darum, ob Sie es wissen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Will hier jemand eine Zwischenfrage stellen?

(Heiterkeit – Zuruf: Nein!)

– Nein.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Kretschmann, man tut gut daran, wenn man hier bei einer Äußerung auf eine aktuell gestellte Frage hin sagt: „meines Wissens“. Im Übrigen bekommen Sie einen schriftlichen Bescheid, damit wir das wirklich „abdichten“ können.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber Sie wussten doch, dass das heute auf der Tagesordnung steht!)

– Was?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das müssen Sie bis zu der Behandlung eines solchen Tagesordnungspunkts doch wissen!)

– Kollege Kretschmann, Sie erhalten einen schriftlichen Bescheid. Ich kann Ihnen zusichern, dass alles darangesetzt worden ist, dass niemand von den aufgeführten Personen im Gremium teilgenommen hat.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Es ist gut jetzt! Machen wir weiter! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das zur Qualität! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Abschnitten I und II der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/52, zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit hat das Haus einstimmig zugestimmt.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Stunde, das heißt bis drei viertel zwei – für diejenigen, die des Schwäbischen nicht mächtig sind: bis 13:45 Uhr –

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

für eine Mittagspause. Anschließend wird Tagesordnungspunkt 7 – Fragestunde – aufgerufen. Dies gibt die Geschäftsordnung vor.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Unterbrechung der Sitzung: 12:44 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Offensichtlich hat der Hinweis auf 13:45 Uhr für die Präsenz nichts genützt.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das war ein Missverständnis!)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/48

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Befristete Beschäftigung von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Werden im Zuständigkeitsbereich der Landesbehörden einschließlich der Hochschulen und Berufsakademien arbeitsuchende Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt, ohne dass ihnen die Möglichkeit einer Dauerbeschäftigung eröffnet wird?
- b) Erhalten diese Hochschulabgänger in diesen befristeten Beschäftigungsverhältnissen eine finanzielle Entschädigung mit sozialer Absicherung?

Danke schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung beantwortet Herr Staatssekretär Köberle die Fragen.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Haas, ich beantworte Ihre Mündliche Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Befristete Arbeitsverträge mit Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen werden überwiegend zur Vertretung anderer Beschäftigter etwa während der Elternzeit, aber auch zur Abwicklung zeitlich befristeter Projekte abgeschlossen. Aufgrund der Stelleneinsparprogramme kann nach Wegfall des Vertragsgrunds oder nach Abschluss des Projekts in den meisten Fällen keine Dauerbeschäftigung in Aussicht gestellt werden.

Im Hochschulbereich sind die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung von wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erleichtert. Diese Regelungen dienen der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Sicherung der Innovation in Forschung und Lehre. Sofern einzelne Ressorts grundsätzlich zunächst befristete Arbeitsverträge abschließen, werden diese Arbeitsverhältnisse bei Bewährung in Dauerarbeitsverhältnisse überführt.

Die Bezahlung befristet beschäftigter Akademiker richtet sich nach den tariflichen Regelungen mit den dortigen sozialen Absicherungen.

Auf Initiative von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen wurden in wenigen Fällen Praktika nach Abschluss des Studiums abgeleistet. Unabhängig von einer Vergütung besteht dann in der Regel Versicherungspflicht in der Kranken- und in der Rentenversicherung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas das Wort zu einer weiteren Frage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, in welchem Zeitrahmen laufen diese Befristungen ab? Zwei Monate? Drei Monate? Wie viele Monate?

Staatssekretär Rudolf Köberle: Wahrscheinlich so, wie man es vereinbart: auf wenige Monate. Es wird wohl keine feste Vorgabe geben, auf welche Dauer ein solches Praktikum oder ein solches Projekt ausgelegt ist.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Nachfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wird, wenn der besagte Praktikant bzw. die Praktikantin aus dem Praktikantenverhältnis ausscheidet, eine weitere Praktikantin oder ein Praktikant auf dieser Stelle, die dann frei wird, eingestellt?

Staatssekretär Rudolf Köberle: Da jedes Ministerium und jeder Bereich der Landesverwaltung in Nuancen wohl eigene Regelungen hat und es im Bereich des Wissenschaftsministeriums ja wesentlich weiter gehende Regelungen gibt, vermute ich, dass Sie einen Einzelfall vor Augen haben. Wir sollten vielleicht diesen Einzelfall ganz konkret klären, wenn es dazu irgendwelche Fragen oder Probleme gibt. Mit einem Satz eine Antwort zu geben, die alle Bereiche der Landesverwaltung in gleicher Weise betreffen würde, wäre ein bisschen schwierig.

Ich würde Ihnen also sehr gern anbieten, dass wir, wenn Ihre Frage einen Einzelfall betrifft, sie dann auch konkret bezogen auf den entsprechenden Fall klären.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das scheint mir ein guter Vorschlag zu sein.

Keine weiteren Zusatzfragen? – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Ich bedanke mich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Ursula Haußmann SPD – Einsatz des Ministerpräsidenten für den Einbezug der privaten Krankenversicherung in einen geplanten Gesundheitsfonds

Frau Abg. Haußmann, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist der Ministerpräsident bereit, sich bei den anstehenden Beratungen zur Gesundheitsreform dafür einzusetzen, dass die private Krankenversicherung in einen geplanten Gesundheitsfonds mit einbezogen wird?
- b) Falls ja, welche Schritte hat der Ministerpräsident unternommen, damit seine Forderung, die private Krankenversicherung mit in einen geplanten Gesundheitsfonds einzubeziehen, umgesetzt wird, und welche weiteren Schritte will er dazu unternehmen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Antwort für die Landesregierung gibt Herr Staatssekretär Hillebrand.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Haußmann, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Der Ministerpräsident hat im Hinblick auf die Einbeziehung der privaten Krankenversicherung in die Reform zur nach-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

haltigen Sicherung unseres Gesundheitswesens folgende Aussage gemacht – ich zitiere –:

Auch die Privatversicherten sollten einzahlen, wenn die Kassen dadurch nicht schlechter gestellt werden und ihre unternehmerische Freiheit behalten.

Diese Aussage macht deutlich, dass der Herr Ministerpräsident die Autonomie der PKV klar befürwortet. Ihm liegt an der Beibehaltung beider Systeme. Das funktionierende System der privaten Krankenkassen darf durch die Gesundheitsreform nicht gefährdet werden. Mit seiner Aussage wollte der Ministerpräsident deutlich machen, dass solidarische Elemente im Gesundheitswesen von den Schultern aller getragen werden müssen und dass er für jede sinnvolle Lösung offen ist, die keine neuen Haushaltslöcher reißt und den Wettbewerb im Gesundheitswesen sichert.

Dabei hat der Ministerpräsident immer wieder betont, dass er der Überzeugung ist, dass durch mehr Effizienz im Gesundheitswesen – also durch Reformen nicht nur auf der Einnahmeseite, sondern auch auf der Ausgabenseite – viel erreicht werden kann. Mitglieder der Landesregierung haben ihre Überlegungen regelmäßig in die Arbeitsgruppe zur Gesundheitsreform sowie in die zuständigen Parteigremien eingebracht.

Es obliegt nun den Koalitionsspitzen in Berlin, am kommenden Sonntag über die Eckpunkte einer Gesundheitsreform zu entscheiden, alle Aspekte zu würdigen und dementsprechend zu beschließen.

Unser gemeinsames Ziel muss es jedenfalls sein, für eine demografiefeste und nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems zu sorgen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Staatssekretär, wenn Sie betonen, dem Herrn Ministerpräsidenten sei an einer solidarisch getragenen Finanzierung gelegen, sodass alle Schultern im Bereich der Versicherung hier tragen, bedeutet das ja eine Einbeziehung der privaten Krankenversicherung in genau diese Reform, die geplant ist. Stimmen Sie mir da zu?

Staatssekretär Dieter Hillebrand: In welcher Form die Einbeziehung erfolgen soll, ist damit nicht gesagt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ein bisschen schwanger geht nicht!)

Ob es hier beispielsweise eine Fondslösung geben wird, ist völlig offen. Sie wissen genauso wie ich, liebe Kollegin Haußmann, dass wir jeden Tag mit neuen Meldungen betreffend die Reform des Gesundheitswesens überschüttet werden.

(Abg. Ute Vogt SPD: Wir wollten auch die Meinung des Ministerpräsidenten hören!)

– Der Herr Ministerpräsident ist Realist, und er sieht genau, dass die Lösung, die die Lösung der CDU wäre, in der gro-

ßen Koalition so nicht umgesetzt werden kann. Von daher wird es auf einen Kompromiss hinauslaufen. Das wissen wir alle.

Dieser Kompromiss wird hoffentlich beide Elemente – das Element der SPD und das der CDU – so zur Konkordanz bringen, dass dabei unter dem Strich etwas Vernünftiges herauskommt. Ich bin mir eigentlich ganz sicher, dass es so sein wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist bei diesen Elementen nicht möglich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen, Herr Kollege? – Nein.

(Heiterkeit)

Bitte, Frau Kollegin Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Staatssekretär, ich hätte noch eine Nachfrage in Bezug auf Ihre Aussage, dass sich die Landesregierung im Zuge der Verhandlungen in der Berliner Koalition mit ihren Positionen eingebracht habe. Darf ich daraus schließen, dass alle Mitglieder der Landesregierung die vom Herrn Ministerpräsidenten geäußerte Position, wonach private Krankenkassen in einen Gesundheitsfonds mit einbezogen werden sollen, teilen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Die Mitglieder der Landesregierung haben die Position, die der Ministerpräsident vertreten hat, schon miteinander diskutiert. Die Position, die er zum Ausdruck gebracht hat, stellt eine von mehreren Möglichkeiten dar. Der Punkt ist der, Frau Kollegin Vogt, dass unter dem Strich im Moment überhaupt nicht gesagt werden kann, was letzten Endes herauskommt. Aber Fakt ist, dass die Privatversicherten in irgendeiner Form mit einbezogen werden und dass damit die Solidarität, die Sie ja einfordern, gegeben ist.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Zusatzfragen? – Dann darf ich die Fragestunde für beendet erklären.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 6. Juni 2006 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 14/3, 14/53

Berichterstatter: Abg. Hitzler

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wer möchte das Wort ergreifen? – Herr Abg. Mack, Sie haben das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Definition der Ministerien und deren Geschäftsbereichen legen die Koalition, der Ministerpräsident und der Ministerrat fest, welche Schwerpunkte sie setzen wollen und wie sie sich die Organisation

(Winfried Mack)

der politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse vorstellen.

Die Zahl der Ministerien allein sagt noch gar nichts aus. Ich kann in einem Land mit sechs Ministerien genauso auf Platz 16 in der Länderrangliste kommen wie mit zwölf Ministerien. Diese Zahl allein sagt nichts darüber aus, wie viel Personal die Ministerien an Bord haben, wie viel Bürokratie sie produzieren oder wie viele gute Ideen dort geboren werden.

Baden-Württemberg hat es immer hinbekommen, einen sparsamen und effizienten Weg zu finden. Die Kosten der politischen Führung in unserem Land sind im Ländervergleich sehr niedrig. Vielleicht steht unser Land gerade deswegen auf Platz 1 in Deutschland.

In der letzten Legislaturperiode musste jedes Ministerium in Baden-Württemberg

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

eine Abteilung abbauen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wo können wir jetzt bei den Ministerien weiter einsparen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei den Ministern selbst!)

Nach der Föderalismusreform bekommt der Landesgesetzgeber mehr Zuständigkeiten. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern wird klarer geregelt. Deshalb haben wir im Wesentlichen weniger Abstimmungsbedarf mit den anderen Ländern und weniger Abstimmungsbedarf mit dem Bund.

Daraus folgt für mich: Wir müssen die unzähligen Fachreferententreffen der Ministerialbeamten der 16 Länder auf jedem noch so kleinen Rechtsgebiet so weit wie möglich abschaffen. Jedes Ministerium ist aufgerufen, die Notwendigkeit dieser „Kränzchen“ kritisch zu überprüfen und die Teilnahme daran einzustellen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Da können wir sparen. Gleichzeitig können wir so auch noch etwas Gutes tun.

Wir brauchen Gestaltungsfreude statt eines Sich-Versteckens hinter den anderen Ländern. Wir brauchen für Baden-Württemberg jeweils die beste Regelung, und wir brauchen unter den Ländern einen Wettbewerb der Ideen. Wenn wir das so machen würden, wäre das ein klares Signal für einen lebendigen Gestaltungsföderalismus und gegen einen unitarischen Bundesstaat.

Ebenso: Wenn der Bundesrat – man muss sich das einmal anschauen – eine Tagesordnung mit 80 Punkten und manchmal noch mehr hat, zeigt das, dass zu viele Beamte unterwegs waren und sind und dass immer neue Vorschriften auf diese Art und Weise zustande kommen. Ein schönes Beispiel dafür ist die europäische Sonnenschutzrichtlinie, die uns im vergangenen Jahr begleitet hat. Die „Bild“-Zeitung hat über die bayerischen Bedienungen berichtet, die

sich jetzt wegen der europäischen Sonnenschutzrichtlinie bedecken müssen. Dann hat unsere Landesvertretung in Brüssel einmal nachgeschaut, wo diese Regelung herkommt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es war eine einmütige Entscheidung des deutschen Bundesrats, der von der Europäischen Union gefordert hat, eine solche europäische Sonnenschutzrichtlinie zu erlassen.

(Zuruf von der SPD: Na also!)

Dann hat die Europäische Union es plötzlich getan, und wir haben uns gewundert, warum das so kommt.

Wir müssen also schauen, dass wir in Deutschland weniger Regelungen produzieren und dass wir von der EU nicht zu viel verlangen, und wir müssen in Brüssel danach schauen, dass dort weniger Regeln erlassen werden. Jede unnötige Vorschrift, die in Brüssel nicht erlassen wird, spart in Land, Bund und Kommunen Personal, Bürokratie und Nerven. Deswegen – das möchte ich hier auch einmal sagen – würde sich nach meiner Meinung vielleicht sogar ein eigenständiges Europaministerium lohnen. Wir jedenfalls haben das Ressort an das Staatsministerium angegliedert.

Nach der Föderalismusreform und dem damit verbundenen Aufgabenabbau beim Bund muss übrigens in den Bundesministerien ein deutlicher Personalabbau erfolgen. Solange dort die gegenwärtige Personalstärke bleibt, wird die Reglungsdichte, die wir vom Bund her zu ertragen haben, nicht abnehmen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Frau Haußmann, wir können uns die ganze Woche über in unserem Wahlkreis miteinander unterhalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Erst die Hausaufgaben im Land machen!)

Sie brauchen hier nicht dazwischenzureden.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sagen Sie doch lieber einmal etwas zum Thema!)

30 % weniger Personal in den Bundesministerien würden im Land 20 % weniger Personal bedingen können.

Bildungspolitik ist ein absoluter Schwerpunkt. Deswegen ist es richtig, dass wir zwei Bildungsministerien im Land haben. Es ist richtig, dass wir ein Ministerium für den ländlichen Raum haben. Wir haben in Baden-Württemberg die ausgewogenste Entwicklung zwischen Stadt und Land. Angesichts der demografischen Entwicklung wollen wir dies auch so halten. Angesichts unserer Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir auch weiterhin ein Umweltministerium haben.

Zusammenfassend gesagt: Die Regierung ist gut aufgestellt. Die Geschäftsbereichsabgrenzung ist gut. Deshalb stimmt die CDU-Fraktion dieser Geschäftsbereichsabgrenzung zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle
CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt endlich einmal zur Sache!)

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mack, ich kann natürlich nicht in das Loblied einstimmen und halte auch den Fingerzeig auf Europa und nach Berlin für verfehlt. Die Hausaufgaben müssen wir schon hier im Land selbst machen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Thomas Knapp SPD: Sehr richtig!)

Ich will für unsere Fraktion nicht kleinlich an Zuständigkeitsabgrenzungen herumäkeln. Da ist ja durchaus Sinnvolles organisiert, etwa wenn man daran denkt, die Genehmigungsverfahren und die Aufsicht im Atombereich zusammenzulegen, und das Hickhack um die Zuständigkeit im Wohnungswesen kennen wir nach jeder Kabinettsbildung. Lassen Sie mich gleichwohl darauf hinweisen: Was wir eigentlich vermissen, ist ein substanzieller Ansatz für eine Kabinettsreform aus einem Guss in einem Konzept. Das fehlt völlig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dabei ist die Zahl der Ministerien nur ein Faktor, aber sicher ein gewichtiger. Ich darf daran erinnern, dass immerhin der stellvertretende Ministerpräsident und Justizminister dieses Landes noch Anfang des Jahres erklärt hat, eine Haushaltskonsolidierung sei ohne Reduzierung der Zahl der Ministerien nicht möglich. Warum fangen Sie dann nicht damit an? Warum fangen Sie nicht in der Regierung damit an?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In den letzten zwei Tagen zog sich das Thema Haushaltskonsolidierung wie ein roter Faden durch die Diskussionen. Bei der Verwaltungsreform hat dies eine erhebliche Rolle gespielt. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass das auch auf der Ministerebene passiert.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung ja einiges zur Effizienz auch der Regierungsarbeit gesagt. Wir vermissen ein Konzept. Er hat zum Beispiel gesagt, wir könnten die Grundsatzabteilungen einzelner Ministerien zusammenlegen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Personalabteilungen!)

– Die Personalabteilungen. – Diese Fragen stellen sich. Wir fragen uns: Warum hat er das denn bisher nicht gemacht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Warum macht er es nicht einfach?)

Warum hat er das denn bisher nicht gemacht? Die Organisation der Regierung, der Ministerien, fällt in seine Zustän-

digkeit. Er braucht dazu kein Parlament. Er braucht niemanden dazu. Er kann das allein machen. Er macht es nicht.

Was passiert stattdessen? Wir haben eine Rotation im Bereich der Ministerialdirektoren. Für uns ist das nicht nachvollziehbar. An sich ist der Gedanke der Rotation in der Personalführung sicher sinnvoll. Allein, warum man viele Ministerialdirektoren rotieren lässt – auch den Ministerialdirektor im Finanzministerium –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein böser Fehler!)

leuchtet uns nicht ein. Der Finanzminister steht auf Abruf nur noch zwei Jahre zur Verfügung, und sein bestes Pferd im Stall wird ausgewechselt. Das ist für uns eine nicht nachvollziehbare Entscheidung,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

wenn die Haushaltskonsolidierung in den nächsten Monaten das Topthema sein soll.

Wir verstehen auch nicht, warum man in der Koalitionsvereinbarung darauf hinweist, dass man dann die Stelle des Staatssekretärs in Berlin streichen könne. Auch das ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn Sie, Herr Mack, auf der anderen Seite von einem Europaministerium sprechen und gerade wieder die Aufblähung des Regierungsapparats predigen.

Wir vermissen ein Gesamtkonzept. Bisher ist es nur Stückwerk. Uns würde es freuen, wenn der stellvertretende Ministerpräsident, der in diesem Zusammenhang immer wieder seine Muskeln spielen lässt – Herr Goll, Sie haben in der letzten Debatte zu diesem Thema ja auch das Wort ergriffen und auch in diese Richtung argumentiert –, in diesem Zusammenhang wieder einmal aus dem Busch käme und sagen würde: „Ja, wir stehen zu dieser Reduzierung.“

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Die FDP/DVP erklärt das immer vollmundig und zieht dann, wenn es darauf ankommt, zurück, und es passiert nichts.

(Zuruf: Oi, oi, oi! – Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist aber nichts Neues! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wie immer!)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich: Weil wir ein Gesamtkonzept vermissen, können wir dieser Vorlage nicht zustimmen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Vielleicht gelingt es im Zuge der Regierungsarbeit, hier in den nächsten Monaten noch Verbesserungen zu erzielen. Das wäre zu wünschen. Das wäre auch vor dem Hintergrund der Verwaltungsreform zu wünschen. Was man den Bediensteten des Landes zugemutet hat, kann man, glaube ich, auch den Ministern in diesem Lande zumuten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Stickelberger weitgehend anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Auch wir sind der Auffassung, dass gerade zu Beginn einer Legislaturperiode – was auch die Kollegin Vogt gestern mehrfach angeführt hat – auch Mut zum Handeln dazugehört, selbst wenn das nur in kleinem Umfang Demokratiekosten einspart. Die sind in unserem Land auch nicht zu hoch. Aber es bringt doch eine Botschaft herüber, die die Landesregierung und allen voran der Herr Ministerpräsident in das Land hinaus aussenden können. Wenn man von allen Menschen Einsparungen verlangen muss, wenn man das Ziel erreichen will, den Haushalt zu konsolidieren, dann muss man den Menschen auch klar machen, dass man selbst an eigener Stelle auch bereit ist, Einsparungen vorzunehmen. Das hätte man nicht besser tun können, als dass man wenigstens Ministerien zusammengefasst hätte. Aus unserer Sicht hätte man auf jeden Fall zwei Ministerien durch Fusionen mit anderen Ministerien einsparen können. Das haben Sie nicht getan. Dazu hat Ihnen offensichtlich der Mut gefehlt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will noch einmal auf den Beitrag von vorhin zurückkommen, Herr Staatsminister. Es drängt sich ja schon der Eindruck auf – an dieser Stelle ist das ja wohl richtig, allerdings nicht im Sinne des Unterbringungsgesetzes, Herr Staatsminister; da gibt es diese Begrifflichkeit auch; nicht dass Sie mich vorhin falsch verstanden haben –, als ginge es auch darum, die entsprechenden Stellen für Minister, Ministerialdirektoren und Staatssekretäre zur Verfügung zu stellen. Das kann ja nicht der Maßstab für die Gestaltung der Organisation einer Landesregierung sein. Hier geht es offensichtlich darum, Posten zu schaffen, um dort – ich sage es noch einmal, Herr Staatsminister – Menschen unterzubringen. Das können und wollen wir nicht mittragen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Einen letzten inhaltlichen Punkt möchte ich noch ansprechen. Ich habe mir die Mühe gemacht, mir die Geschäftsaufteilung einmal im Detail anzugucken. Dabei muss man feststellen, dass die inhaltlichen Veränderungen nicht gerade sehr weit reichend sind. Die wenigen Veränderungen, die Sie vorgenommen haben, leuchten mir als einem Menschen, der tagtäglich mit effizienten Organisationen befasst ist, inhaltlich nicht ein.

Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Das Thema „energetische Verwertung von Biomasse“ ist bisher beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum angesiedelt gewesen. Darüber, ob die Zuordnung zu diesem Ministerium richtig oder falsch ist, kann man diskutieren. Sie ist vielleicht deswegen richtig, weil Biomasse natürlich im ländlichen Raum entsteht. Insofern war das sachlogisch richtig. Im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum sitzen eine

Menge kompetenter Menschen – das räume ich durchaus ein, weil ich mit ihnen schon mehrfach persönlich Kontakt hatte. Wenn ich den Geschäftsverteilungsplan richtig interpretiere, wird jetzt ausgerechnet dieser Bereich dem Wirtschaftsministerium zugeordnet. Da frage ich mich: Welcher Leitfaden hat Sie dazu veranlasst, solche Veränderungen vorzunehmen und Inhalte, die bei einem bestimmten Ministerium mit potenten und kompetenten Menschen angesiedelt sind, jetzt in ein anderes Ministerium zu bringen? Das leuchtet überhaupt nicht ein. Ich weiß auch gar nicht, was das an Effizienz bringen soll. Auch da geht es offensichtlich nur um eine personenbezogene Rochade. Solche Rochaden, wie Sie sie in kleinem Umfang in den Geschäftsbereichen vorgenommen haben, lehnen wir grundsätzlich ab.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

weil sie, Frau Kollegin Berroth, keine Effizienzsteigerung,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Doch!)

sondern Effizienzverringern bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Insofern kann ich mich im Ergebnis dem Kollegen Stickelberger anschließen. Sie haben das weder inhaltlich richtig organisiert, noch hatten Sie den Mut zur Veränderung. Herr Kollege Scheffold, Sie stimmen mir ja vielleicht zu; dann können Sie nachher gerne in diesem Sinne mit abstimmen; das wäre natürlich Klasse. Wenn Sie in der Lage gewesen wären, zu dokumentieren, dass Sie bereit sind, Sparmaßnahmen auch von der Spitze her durchzuführen, wäre das ein mutiger Schritt der neuen Landesregierung gewesen. Diesen Schritt sind Sie nicht gegangen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es so, dass die Symbolkraft einer Zahl manchmal vielleicht mehr bedeutet als die sachlichen Überlegungen, die dahinter stehen. Ich verhehle überhaupt nicht, dass man im Wahlkampf natürlich auch über eine Verringerung der Zahl der Ministerien debattiert hat – sicherlich auch mit guten Argumenten. In der Koalitionsvereinbarung haben wir uns dann eben auf die Ihnen jetzt vorliegende Geschäftsbereichsabgrenzung verständigt. Ich erinnere aber daran, dass es schon einen Minister weniger geben wird.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wo? Wann?)

Wenn Sie hier immer wieder das Thema „Minister auf Abruf“ hochziehen, dann sage ich: Es steht oder fällt nicht damit. Es steht und fällt vielmehr damit, welche Verbündete dieser Finanzminister hat, der in der Vergangenheit viele Vorschläge in unseren Strukturkommissionen gemacht hat. Aber an den Verbündeten hat es häufig gemangelt, übrigens auch aus der Opposition. Das wird erst einmal die entscheidende Frage sein: Wie viele Verbündete wird der Finanzminister in den nächsten zwei Jahren bei seinem Sparwillen

(Dr. Ulrich Noll)

haben? Immerhin kann er mit der Autorität, dass er „nichts mehr werden muss“,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was?)

an die Haushaltskonsolidierung herangehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich rufe uns alle auf, die Autorität und die Souveränität dieses Finanzministers wirklich aufrechtzuerhalten.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sieht das Herr Theurer auch so? – Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Noll, was müssen Sie noch werden? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich will mich um gar nichts drücken. Wir hatten auch in unserem Regierungsprogramm darüber nachgedacht, ob man möglicherweise ein großes Bildungsministerium einrichtet: Bildung – richtig verstanden – beginnend im Kindergarten. Da haben wir übrigens einmal eine Geschäftsbereichsabgrenzung während der Legislaturperiode gemacht, die sehr gut war – man sieht daran, man kann auch während einer Legislaturperiode Geschäftsbereichsabgrenzungen neu ordnen –,

(Zurufe von der SPD)

bei der wir den Bereich Kindergarten als Bildungseinrichtung ins Kultusministerium eingegliedert haben. Jetzt kann man logischerweise fragen: Warum nicht auch Universitäten? Das ist mit Sicherheit mittel- und langfristig weiterhin eine Option – das sehe ich so; das sieht meine Fraktion so –, nur muss man einmal sachliche Argumente zur Kenntnis nehmen.

Es ist in der Tat so, dass wir in dem Bereich Schule mehr Eigenständigkeit, mehr Eigenentwicklung, mehr Autonomie zulassen wollen und im Bereich Universitäten bei dem Thema Autonomie schon sehr weit sind. Aber in beiden Bereichen entwickelt sich zurzeit so viel, dass man durchaus sagen kann: Im Moment macht es noch Sinn, dieses durch die beiden Häuser begleiten zu lassen, insbesondere beim Wissenschaftsministerium, Frau Vogt. Wir haben gestern in der Aussprache zur Regierungserklärung sehr ausführlich über die wegen der steigenden Hochschulzugänge notwendigen organisatorischen Maßnahmen geredet. Derzeit ist es meiner Meinung nach aus sachlichen Gründen zu früh für eine Zusammenlegung, aber das Thema wird auf der Agenda bleiben.

Was mir schon ein bisschen weh getan hat, weil auch wir darüber nachgedacht haben: Landwirtschaft und die Änderung des Berufsbildes. Sie haben den Landwirt als Energiewirt und die Landwirtschaft als Teil der Tourismuslandschaft genannt. Für viele Landwirte im Schwarzwald ist das ein wesentliches Standbein ihrer Arbeit. Von daher kann man auch darüber nachdenken.

Eines muss man sehen. Wenn wir schon sagen, es habe alles ein Stück weit Symbolkraft, dann müssen auch wir zur Kenntnis nehmen, dass das Signal, das Sie gestern gegeben

haben hinsichtlich einer Aufteilung des MLR, das nicht nur Landwirtschaft, sondern auch die Entwicklung des ländlichen Raums umfasst, von den Betroffenen dahin gehend hätte verstanden werden können –

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

das muss man in der Politik auch wahrnehmen –, als ob der ländliche Raum uns nicht mehr so wichtig wäre. Uns ist auf dem Landfrauentag deutlich ins Stammbuch geschrieben worden, dass man bei allen sachlichen Argumenten nicht gegen die ganz große Mehrzahl derer, die dann betroffen sind, solche Entscheidungen übers Knie brechen sollte.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Deswegen ist es unserer Meinung nach unter Abwägung richtig, dass wir dabei geblieben sind, obwohl man selbstverständlich – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da wäre ich nicht sicher, dass der ländliche Raum dagegen wäre!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles hängt immer mit allem zusammen. Dann könnte man zum Schluss sagen: „Wir brauchen eigentlich gar keine Minister mehr; das macht alles der Ministerpräsident, denn es hängt sowieso alles miteinander zusammen.“ Ganz wichtig ist das Thema Kabinettsausschüsse. Dort wird genau diese Schnittstellenproblematik in drei Bereichen angegangen. Das steht natürlich nicht in der Geschäftsbereichsabgrenzung; das ist völlig klar.

Wenn ich mit einem positiven Aspekt schließen darf, dann ist es der, dass wir über die Bündelung der Energie außer der Geothermie beim Wirtschaftsministerium reden können. Wenn man schon Energiepolitik als ein zutiefst wirtschaftspolitisches Thema ansieht, dann macht es doch Sinn, diese künftig beim Wirtschaftsministerium zu bündeln. Das haben wir erreicht. Da wollen wir gemeinsam mit Ihnen die wirtschaftlichen Potenziale, die einerseits Grundlage des Wirtschaftens für den Privatmann sind und andererseits für die Wirtschaft insgesamt von Bedeutung sind, was das Thema Energiekosten anbetrifft, aber auch die Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in dem Bereich der regenerativen Energien nutzen. Deswegen macht es gerade unter diesem Aspekt großen Sinn.

Fazit: Selbstverständlich kann und muss man über weitere Neuabgrenzungen diskutieren. Wir haben es zu Beginn dieser Legislaturperiode getan. In Kenntnis all der denkbaren Veränderungen sind wir zu, wie ich meine, vernünftigen neuen Geschäftsabgrenzungen gekommen. Dass man im Laufe einer Legislaturperiode zu anderen Überlegungen kommt, ist niemals auszuschließen, aber für den Start haben wir, glaube ich, eine gute Mannschaft und eine gute Geschäftsabgrenzung für diese Mannschaft gewonnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Minister Stächele.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Der soll lieber frei reden, als hier vorzulesen! – Heiterkeit und Unruhe)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über den Zuschnitt einer Landesregierung kann man diskutieren, und es gibt dabei unterschiedliche Standpunkte.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Das sieht man auch daran, dass in allen Bundesländern aus der jeweiligen Situation heraus und entsprechend der jeweiligen Sicht Landesregierungen gebildet worden sind. Da gibt es also kein Tabu, und da gibt es auch keine allein selig machende Wahrheit. Das einmal vorneweg.

FDP/DVP und CDU haben ja hier im Land eine gewisse Erfahrung, was Regierungsbildungen anbelangt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das kann man wohl sagen!)

Auch wenn man es vielleicht nicht so gerne hört: Erstens haben wir auch in der letzten Legislaturperiode mit gutem Händchen eine Regierung zusammengebaut.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Sie war sehr erfolgreich und ist – hören Sie gut zu, denn das ist immer wieder wichtig – überaus deutlich von der Bevölkerung bestätigt worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! Sehr gut! Endlich sagt es mal einer!)

Sie, lieber Kollege Oelmayer und lieber Kollege Stickelberger, können natürlich behaupten, wir hätten kein Konzept. Unser Konzept ist anders, als Sie es sich vielleicht vorstellen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb kann man aber noch nicht sagen, wir hätten kein Konzept. Ihnen wird doch in der vorliegenden Drucksache ganz präzise dargestellt, wie wir uns die Landesregierung von Baden-Württemberg künftig vorstellen. Punkt. Das ist unsere Meinung, und diese wird nachher für die nächsten fünf Jahre bestätigt. In fünf Jahren wird dann wieder abgestimmt, und dann werden wir sehen, ob wir wiederum so erfolgreich sein werden, wie wir es bei der letzten Landtagswahl gewesen sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Erfolgreicher!)

Was die Zahl der Mitarbeiter angeht, so bitte ich Sie, mit den Angaben ein bisschen vorsichtig umzugehen. Ich habe die Statistik hier vorliegen. Baden-Württemberg kann sich sehen lassen, insbesondere wenn es um einen sparsamen Personaleinsatz geht. Baden-Württemberg liegt im Vergleich aller Bundesländer, bezogen auf 1 Million Einwohner, an zweiter Stelle, was die Sparsamkeit anbelangt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nicht bei den Staatssekretären!)

Das ist ein Kompliment an alle Mitarbeiter – weil vorhin angesprochen worden ist, der Beamtenapparat produziere

angeblich Bürokratisches und vielleicht auch Unsinniges. Vorsicht, gemacht, gemacht!

Übrigens, Kollege Mack – um auch einmal in diese Richtung zu sprechen –:

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Was hat denn der Mack gesagt?)

Wenn es eine Bundesratsentscheidung gibt, die sich hinterher möglicherweise nicht gerade als der Weisheit letzter Schluss erweist, dann waren es nicht die Beamten, die das entschieden haben. Da sind wir als Bundesratsmitglieder verantwortlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das war vermutlich eine Nachtsitzung! Da hat jemand nicht aufgepasst!)

Es kann sein, dass die, die abgestimmt haben, nicht immer die Auswirkungen dessen erkannt haben, was entschieden worden ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Selbstkritik! – Heiterkeit bei den Grünen)

– Diese Selbstkritik ist richtig, weil die Fürsorgepflicht auch gebietet, sich vor die Beamtinnen und Beamten zu stellen.

Aber nun zur Zusammensetzung der Regierung. Ich will gern noch einmal etwas von dem aufgreifen, was hier angesprochen wurde. Es lag ein gutes Konzept zugrunde, das fortentwickelt wird.

(Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Aber es gab überhaupt keinen Grund, einen ganz neuen Ansatz zu finden. Wenn man einerseits rügt, dass nicht verschlankt worden sei, andererseits jedoch gleichzeitig rügt, dass in zwei Jahren eine Verschlinkung eintritt, dann ist das widersprüchlich.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Darüber, wie man verschlankt, kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was man verschlankt!)

Aber Tatsache ist, dass der Ansatz da ist,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bauchansatz!)

auch die Zahl der Stellen innerhalb der Regierung zurückzufahren. Andererseits warne ich immer vor irgendwelchen Showeffekten, die da erzielt werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie einen Minister weniger haben und vielleicht auch ein Vorzimmer einsparen, dann ist das nicht die wirklich interessante und entscheidende Verschlinkung. Im Übrigen: Heute debattieren wir über den Zuwachs der Länderkompetenz. Wir wollen, dass die Länder gut aufgestellt sind, dass ringsherum auf allen politischen Ebenen die Politiker

(Minister Willi Stächele)

ihre Landesinteressen wahren. Gleichzeitig wird reklamiert, dass man dann möglicherweise zu viele hätte, die da an der Front agieren. Ich muss sagen: Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Baden-Württemberg mit seinen 11 Millionen Einwohnern richtig aufgestellt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 10,7!)

Man kann sagen: Das alles hat Maß und Mitte, und dazu sollten wir uns auch bekennen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck
FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger zu?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Aber gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Minister, kann ich Ihre Äußerung so verstehen, dass Sie die Forderung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, die Zahl der Ministerien zu reduzieren, als Showeffekt werten?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben ja jetzt verschlankt! Zuhören! Einen Minister weniger! Das haben wir doch!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Jeder kann zu jedem Zeitpunkt Überlegungen einbringen.

(Lachen bei den Grünen)

Solche Entscheidungen nach gründlicher Abwägung sind nicht Einzelsache, sondern im konkreten Fall auch ein Koalitionskompromiss. Es kommt oft ein Ergebnis heraus, das nicht der Einzelintention entspricht. Das ist Demokratie.

Wenn jetzt einer auftritt und fordert, diese oder jene Ministerien zusammenzulegen, dann sage ich: Das sind Standpunkte, darüber kann man diskutieren; aber man muss auch akzeptieren, dass vielleicht dann in einer Mehrheitsentscheidung ein anderes Ergebnis herauskommt.

Deswegen kann ich nur empfehlen: Aus der guten Erfahrung der Vergangenheit bitte ich um eine Mehrheit für die Geschäftsverteilung, wie sie vorgeschlagen ist. Wir werden den Beweis dafür liefern, dass wir so für die Zukunft Baden-Württembergs optimal aufgestellt sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich lasse jetzt über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/53, abstimmen. Wer zustim-

men möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist mit den Stimmen der CDU und der FDP/DVP der Beschlussempfehlung zugestimmt worden.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt. Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Anpassung der Abgeordnetenentschädigung – Drucksache 14/45

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/68, mit zur Beratung auf. Die Fraktion GRÜNE hat den Antrag Drucksache 14/57 inzwischen zurückgezogen.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Bitte schön, Herr Kollege Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1975 den Abgeordneten eine Entschädigung zugesprochen, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist. Gleichzeitig hat aber das Bundesverfassungsgericht die Abgeordneten auch verpflichtet, über ihre Bezahlung selbst zu entscheiden. Dies entwickelte sich dann über Jahrzehnte zu einem Spießrutenlauf: „Abzocker“, „Selbstbedienungsladen“, „Die tricksen sich die Taschen voll“ lauteten die Schlagzeilen.

Unsere ehrlichen Überlegungen, die Entscheidung über die Festsetzung und Anpassung auf ein externes Gremium zu übertragen, scheiterten aus verfassungsrechtlichen Gründen. Deshalb blieb nur das Indexierungsverfahren übrig, das in Bayern seit 1995 praktiziert wird – übrigens im Konsens aller Fraktionen –, ein sehr gerechtes Verfahren, das sicherstellt, dass Abgeordnete nur einen Durchschnittszuwachs der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft bekommen.

Der Landtag von Baden-Württemberg hat dieses Verfahren am 5. Oktober 2005 beschlossen. Jetzt wieder auszusteigen wäre völlig undenkbar und unglaubwürdig. Ich glaube auch nicht, dass dies die meisten der Abgeordneten hier wollen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht nicht nur um die Diäten. Mein Fraktionsvorsitzender hat gestern angeboten, noch in diesem Jahr über eine umfassende Parlamentsreform miteinander zu reden und zu Ergebnissen zu kommen. Dabei besteht ja Konsens, dass die Diäten eher zu niedrig, aber die Pauschalen und die Altersversorgung zu hoch sind. Es besteht die Notwendigkeit, die Alterssicherungssysteme zu konsolidieren. Das gilt auch für uns Abgeordnete. Auch wir müssen wie fast alle Bevölkerungsgruppen zu Recht mit Kürzungen und Verschlechterungen in diesem Bereich rechnen.

Ob das von der SPD und von den Grünen favorisierte Düsseldorf Modell oder etwa systemimmanente Änderungen,

(Bernd Hitzler)

wie von der Diätenkommission vorgeschlagen, zum Zuge kommen, wird eine interessante Frage sein.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

SPD und Grüne haben bisher für das Düsseldorfer Modell sehr viel Beifall bekommen, aber die konkrete Zahl für die Erhöhung der Diäten wurde noch nicht genannt. Sie können davon ausgehen, dass bei einer 1 : 1-Umsetzung des Düsseldorfer Modells mit 9 500 € der Beifall sehr schnell nachlassen wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie entscheiden doch nicht nach dem Beifall, oder?)

Der Bund der Steuerzahler erklärte bereits definitiv, dass diese Höhe der Diäten nicht vertretbar sei, und Frau Vogt hat dies ja auch gestern in einem Interview deutlich gesagt.

Käme es dennoch dazu, wäre natürlich auch anschließend die Frage zu prüfen, ob wir ein Vollzeitparlament wollen und werden. Ebenso zu prüfen wären die wichtigen Fragen der Vereinbarkeit von Amt und Mandat. Es geht dabei nicht nur um Landräte und Oberbürgermeister, sondern um alle Berufsgruppen, die im öffentlichen Dienst tätig sind. Ganz zum Schluss, aber wirklich nur ganz zum Schluss, müsste man natürlich auch über die dann erforderlichen Baumaßnahmen reden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht um ein schlüssiges Gesamtpaket. Wie bereits erklärt, ist die Union bereit, diese Frage gemeinsam mit Ihnen zu lösen. Ich sage jetzt nicht „Attempto!“. Das ist gestern schon oft gesagt worden. Ich sage: Machen wir jetzt gemeinsam Tempo.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dann bringen wir auch im Konsens etwas Anständiges hin.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mehrheit der Mitglieder des Landtags, CDU und FDP/DVP, haben im Oktober des letzten Jahres nach durchaus kontroverser Diskussion hier im Hause gegen die Stimmen unserer Fraktion eine Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen, deren Wirkung sie heute de facto zu dem vorliegenden Antrag zwingt. Diesem können wir – das wird Sie sicherlich nicht verwundern – nicht zustimmen.

Unsere Zustimmung verweigern wir nicht etwa deshalb, weil wir eine Anpassung der Abgeordnetenentschädigung – dies will ich in aller Offenheit hier im Hause sagen – für falsch oder nicht gerechtfertigt halten würden. Deshalb war Ihre gestrige Bemerkung, Herr Mappus, in unsere Richtung diesbezüglich aus meiner Sicht nicht angebracht. Nein, Sie wissen: Wir stehen dem von Ihnen eingeführten Indexierungsmodell durchaus positiv gegenüber, wiewohl wir natürlich wissen, dass auch dieses Verfahren in den Medien und in der Öffentlichkeit zukünftig selbstverständlich auf

Kritik stoßen wird, schlicht und ergreifend deshalb, weil bei dieser Diskussion die dem Parlament vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Verpflichtung, über die Abgeordnetenentschädigung selbst zu beschließen, häufig außer Acht gelassen wird und demzufolge jegliche Anpassung, sei sie noch so bescheiden – wir haben dies ja in den zurückliegenden Jahren erlebt –, immer auf Kritik stoßen wird und selbst Nullrunden – das muss man doch auch sagen; die hat es in den zurückliegenden Perioden auch gegeben – nie auf Beifall stoßen werden.

Wir stimmen heute deshalb nicht zu, meine Damen und Herren, weil Sie von CDU und FDP/DVP die über Jahrzehnte hinweg gepflegte Gemeinsamkeit bei der Festlegung der Abgeordnetenentschädigung mit der von Ihnen erzwungenen Gesetzesänderung im zurückliegenden Jahr verlassen haben, weil Sie alle Bemühungen unsererseits und vieler anderer Gruppierungen hier im Hause, den Ansatz der Diäten, der Unkostenpauschalen und vor allem – Sie haben es auch angesprochen, Herr Kollege – der Abgeordnetenaltersversorgung nach vielen Zusagen Ihrerseits – auch im Wahlkampf wurden hierzu Aussagen gemacht; Fraktionsvorsitzendenrunden haben hierzu stattgefunden – neu zu regeln, ich will nicht sagen „torpediert haben“, aber weil Sie letztendlich auf der Zielgeraden bei dieser Diskussion vor einer Entscheidung ausgestiegen sind.

Sie haben mit dieser Gesetzesänderung neue Fakten geschaffen, und mit dem heute vorliegenden Antrag versuchen Sie wieder, neue Fakten zu schaffen, kurz bevor wir zu einer umfassenden Reform kommen könnten.

Von den neuen Gesprächen, die in den zurückliegenden Tagen und Wochen wiederholt angekündigt wurden, von den neuen Verhandlungsrunden, die zu einer umfassenden Reform geführt werden müssen, erwarten wir – das will ich an dieser Stelle schon unterstreichen –, dass wir zu einem schnellen und vor allem zu einem guten Ergebnis kommen. Denn – ich glaube, da sind wir uns wirklich einig – ein erneutes Scheitern können wir uns gemeinsam – obwohl Sie die Verantwortung dafür zu tragen haben, dass wir bislang zu keiner einvernehmlichen Regelung gekommen sind – im Interesse der Reputation dieses Hauses und in unserem eigenen Interesse gewiss nicht mehr leisten.

(Beifall bei der SPD)

Was wir jetzt aber auch nicht mehr machen sollten, meine Damen und Herren, auch nicht im Zusammenhang mit der heutigen Entscheidung, ist – ich will es wirklich so hart formulieren –, jedem dümmlichen Argument, das hierzu angeführt wird, Rechnung zu tragen, wie etwa dem Argument der Jugendorganisation der FDP, die zum Beispiel in den letzten Tagen die Sitzungshäufigkeit des Landtags als Argument verwendet hat und im Zusammenhang mit der geplanten Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung von „Unanständigkeit“ gesprochen hat. Denn zumindest für unsere Fraktion gilt, dass unsere Abgeordneten auch außerhalb der Plenartage etwas arbeiten, Sitzungstermine wahrnehmen, Aufgaben als Abgeordnete wahrnehmen und im Wahlkreis unterwegs sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

(Reinhold Gall)

Meine Damen und Herren, wenn wir dann gemeinsam eine grundsätzliche Parlamentsreform gemeistert haben werden – davon gehe ich einfach aus –, aus der sich dann auch eine Reform des Rechts der Abgeordneten ableitet – mitsamt ihrer materiellen Versorgung in der aktiven Zeit, aber auch für den Ruhestand –, wenn wir eine sachgerechte Inkompatibilitätsregelung im Gesetz stehen haben, dann – das sichere ich zu – sind auch wir wieder bereit, mit Ihnen gemeinsam die Verantwortung für Abgeordnetenentschädigungen zu tragen und meinetwegen auch Prügel einzustecken. Für die heute anstehende Entscheidung jedenfalls können Sie wegen der von mir genannten Gründe und Argumente nicht mit unserer Unterstützung rechnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr durchsichtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Kollegin Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Mappus hat gestern in seiner Rede angekündigt, dass die Parlamentsarbeit und die Arbeit an der Parlamentsreform künftig gemeinsam angegangen werden sollen. Heute liegt ein Antrag der beiden Regierungsfraktionen vor, mit dem sie im Alleingang die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigungen betreiben.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: „Mit Mehrheit“ heißt das, nicht „im Alleingang“!)

Es ist ja schon so: Uns ist ja im Vorfeld angeboten worden, auch als Antragsteller darunter zu stehen. Aber das lief eher nach der Methode „Friss, Vogel, oder stirb. Seid dabei oder halt nicht.“ Diesem Verfahren konnten wir nicht beitreten. Wir glauben auch, dass gemeinsame Arbeit und gemeinsames interfraktionelles Vorgehen etwas anderes ist. Deswegen liegt heute nur ein Antrag der Regierungsfractionen vor.

Bis zum letzten Jahr war es – das ist ja soeben schon einmal angesprochen worden – gute Tradition in diesem Haus, dass wir alle Fragen, die das Selbstverständnis dieses Parlaments betreffen, gemeinsam angehen, und darin eingeschlossen war natürlich auch die Frage der Abgeordnetenentschädigung, die auch von der Öffentlichkeit hoch emotional und sehr sensibel begleitet wird.

Wir als Fraktion GRÜNE stehen zu dieser Tradition. Wir wollen mit Ihnen im ganzen Haus zusammen daran weiterarbeiten, und wir wollen zu konstruktiven Lösungen kommen. Aber wir müssen schon einmal daran erinnern, dass nicht wir es waren, die aus dieser Tradition ausgestiegen sind, sondern dass Sie das im letzten Jahr waren, als Sie mit dem bayerischen Modell Fakten geschaffen haben –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ein bisschen durchsichtig, Frau Kollegin!)

zu einem Zeitpunkt, Kollege Mappus, als die Ergebnisse der eingesetzten Diätenkommission noch nicht einmal vorlagen. Zu einem Zeitpunkt, als die Debatte über die Bruttodiäten noch nicht einmal aufgenommen war, sind Sie mit dem Gesetzesvorhaben gekommen und haben das bayerische Modell hier eingeführt.

Sie haben immer wieder als Einwand gebracht: „Macht doch nichts; die Debatte um die Bruttodiäten ist das eine, und die Debatte um die Höhe der Diäten ist das andere.“ Ich glaube, das ist falsch. Das eine gehört zu dem anderen, und das eine macht ohne das andere auch keinen Sinn.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau das ist falsch!)

– Kollege Mappus, ich werde Ihnen das gleich noch erläutern. – Ich kann heute nicht auf die Details eingehen, die man für oder gegen dieses bayerische Modell vorbringen kann; das ist auch nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Es gibt gut begründete Einwände gegen einen solchen Scheinautomatismus, der da etabliert wird, aber eines ist sicher festzuhalten: Wenn man eine automatische Diätenerhöhung und Erhöhung der Pauschalen ohne eine Diätenreform, also ohne mehr Transparenz, ohne ein Abschmelzen der Altersversorgung, ohne eine Gleichstellung der Besteuerung unserer Einnahmen mit den Einnahmen des Restes der Öffentlichkeit und der Bürger installiert, dann untergräbt man die Akzeptanz eines solchen Modells. Wir halten das für völlig inakzeptabel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Kernfrage, um die es dabei geht – das ist vom Kollegen der CDU auch richtig angesprochen worden –, ist vom Bundesverfassungsgericht schon im Jahr 1975 aufgeworfen worden. Wir sind als Landtag und als Parlamentarier der Souverän. Wir müssen selber über unsere Abgeordnetenbezüge entscheiden und müssen dies – das sagt das Bundesverfassungsgericht explizit – vor den Augen der Öffentlichkeit tun,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

sei es auch noch so unangenehm. Das ist die Verpflichtung, die uns das Bundesverfassungsgericht auferlegt hat. Da nützt auch keine Regelung, die versucht, ein bisschen weniger Öffentlichkeit und weniger öffentliche Debatte darüber zu veranstalten. Das nützt alles nichts. Das ist unser Auftrag, und den müssen wir erfüllen.

Ich glaube auch nicht, dass das Argument stimmt, die Öffentlichkeit maule ja eh immer herum, egal, wie wir es machen, ob wir viel oder wenig oder gar nicht erhöhen, immer seien sie da am Stänkern. Es lohnt sich wirklich, nach Nordrhein-Westfalen zu schauen. Dort hat sich gezeigt, dass die Öffentlichkeit und auch die schärfsten Kritiker der Debatte – der Bund der Steuerzahler – daran mitgewirkt haben, die Bruttodiät durchzusetzen, auch mit der bekannten Höhe: 9 500 €. Das ist auch in Nordrhein-Westfalen kein Kinkerlitzchen. Das hat die Öffentlichkeit mitgetragen. Bis hin zur „Bild“-Zeitung haben sie dieses Modell mit unterstützt. Deswegen glaube ich nicht, dass die Öffentlichkeit bei uns empfindlich ist, weil es um zu viel Geld geht, sondern die Öffentlichkeit fordert völlig legitim ein, dass wir uns ernsthaft um mehr Transparenz kümmern,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

dass wir uns ernsthaft daranmachen, die zu hohe Altersversorgung abzuschmelzen, und dass wir ernsthaft für mehr Gleichbehandlung in steuerlicher Hinsicht sorgen. Das ist

(Theresia Bauer)

ein Anspruch, der zu Recht erhoben wird, und diesem müssen wir nachkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch einmal ein Argument zu Ihnen, Herr Kollege Mappus: Warum ist der Zeitpunkt so wichtig? Warum wollen wir heute nicht über die Anpassung der Diäten entscheiden? Es gibt eigentlich nichts Unpassenderes als den heutigen Tag: Heute wird im Bundestag in Berlin über die Reduzierung der Pendlerpauschale entschieden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Darauf habe ich gewartet!)

Das ist ein harter Einschnitt. Heute wird in Berlin die Pendlerpauschale für den normalen Bürger reduziert, und Sie gehen heute am gleichen Tag hier her

(Abg. Stefan Mappus CDU: Darauf habe ich gewartet!)

und sagen: Wir haben einen Anspruch auf eine Erhöhung von 3,9 % bei der Reisekostenpauschale. Das ist extrem instinktlos, und das muss geradezu den Ärger der Öffentlichkeit provozieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das sind ja zwei verschiedene Seiten! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie wissen doch ganz genau: Das ist Populismus zum Quadrat!)

– Ich sage Ihnen jetzt einmal etwas zum Thema Populismus, Herr Mappus: Populismus ist, wenn man dem Volk nach dem Maul redet und die Stammtische bedient.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau das machen Sie doch gerade! – Unruhe – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich sage Ihnen: Sie bedienen die Stammtische, wenn Sie geradezu das Klischee vom Politiker bedienen, der zu Beginn einer Legislaturperiode nichts Eiligeres zu tun hat, als sich die Diäten zu erhöhen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Mit dem Indexierungsmodell bediene ich die Stammtische?)

Das ist Populismus, und zwar ein schlecht gemachter. Es tut mir Leid.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was machen Sie mit dem Geld?)

Unsere Devise ist: Kein frisches Geld ins alte System! Wir machen es wie bei unseren anderen Reformbaustellen: Wir reformieren zuerst das Modell, dann kann auch frisches Geld dazukommen. Da sind wir dabei. Aber ohne Diätenreform

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Weil Sie wissen, dass wir für Sie abstimmen!)

gibt es auch bei uns keine Diätenerhöhung.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Reden wir einmal über Mitarbeiter! Vor allem auch bei den Grünen! – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Bauer, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Aber schnell! – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Frau Kollegin Bauer, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja, ich warte darauf.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Eine ganz einfache Frage: Werden die Mitglieder Ihrer Fraktion und Sie dann die erhöhten Diäten, falls Sie heute die Abstimmung nicht gewinnen, annehmen?

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir fahren sogar auf Autobahnen, die wir abgelehnt haben. Da kommen wir nicht drum herum.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das war aber ein Rohrkrepiere! – Unruhe)

Das entbindet uns nicht der Verpflichtung, hier für eine umgehende Befassung des Parlaments zu dem Thema Diätenreform zu sorgen. Wir haben doch bis heute nicht ein einziges Mal über den Bericht dieser Diätenkommission diskutiert.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Weil es für die CDU peinlich ist!)

Das fordern wir heute ein. Wir bitten Sie um den kleinen Schritt, die Anpassung auszusetzen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir uns über eine Reform verständigt haben. Das ist ein kleines Signal an die Öffentlichkeit, dass wir die Bedenken ernst nehmen. Ich meine, das ist nicht zu viel verlangt. Sie haben uns dann auch als konstruktive Partner an Ihrer Seite. Wenn wir uns auf eine Reform verständigen, sind wir auch bereit, das Indexierungsmodell angemessen in ein solches Verfahren zu integrieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen von der SPD und der Kollegin von den Grünen außerordentlich dankbar, dass sie jetzt öffentlich erklärt haben, dass es sich um eine Zeitungssente gehandelt habe, als da stand, SPD und Grüne seien gegen eine Diätenerhöhung.

(Heiderose Berroth)

(Zuruf von der SPD: Ja! – Abg. Claus Schmiedel
SPD: Das stimmt so!)

– Ja, das stand in der Zeitung. So habe ich das verstanden. – Aus dem Änderungsantrag der Grünen geht allerdings schon deutlich hervor, dass man solch eine Änderung später auch rückwirkend machen könne. Das heißt, Sie stehen schon deutlich auf dem Tritt Brett. Das will ich hier einmal deutlich kennzeichnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gut!)

Außerdem möchte ich, weil es gar nicht alle wissen, alle in diesem Haus noch einmal daran erinnern, dass wir ja erst im letzten Jahr eine Nullrunde hatten. Auch das ist in vielen Bereichen der Öffentlichkeit durchaus schon vergessen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Weiter möchte ich daran erinnern, dass ein Beschluss über eine Diätenanpassung – unabhängig davon, ob wir im Oktober letzten Jahres das Indexverfahren eingeführt hätten oder nicht – heute auf der Tagesordnung stünde. Denn laut der Geschäftsordnung und den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften hat der Präsident des Landtags die Pflicht, einen Bericht zu erstatten,

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es!)

und hat der Landtag die Pflicht, darüber zu entscheiden.

Das heißt, das, was Sie heute beklagen, kann eigentlich nur das Indexverfahren sein. Da wundere ich mich jetzt allerdings. Denn bei den Debatten im Juli und im Oktober letzten Jahres habe ich von Ihrer Seite keinerlei Einwendungen gegen das Indexverfahren gehört.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg.
Theresia Bauer GRÜNE: Lesen Sie das Protokoll!
– Abg. Reinhold Gall SPD: Lesen Sie doch die
Protokolle nach!)

– Ja, die habe ich ganz genau gelesen. Darin stand nur, dass Sie nicht jetzt darüber reden wollen. Sie haben immer deutlich gesagt – zum Teil auch heute, Herr Gall –, dass das Indexverfahren an sich durchaus diskutabel sei.

(Zurufe der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und
Reinhold Gall SPD)

Sie haben keine Argumente vorgebracht. Das ist einfach so. Lesen Sie es nach. Ich habe es getan. Ich habe mir das Protokoll gerade daraufhin noch einmal genau durchgelesen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist gut, ein
Blick in die Protokolle!)

Das ist die Gefechtslage. Die FDP/DVP-Fraktion steht ganz deutlich – weil wir zu den Ersten gehörten, die dies gefordert haben –

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

zu dem Vorhaben, dass wir eine grundsätzliche Neuregelung zu Abgeordnetenentgelt, Altersversorgung und Abge-

ordnetenstatus brauchen. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir dies im letzten Jahr erledigen können.

(Zurufe von den Grünen)

Aber es gab in reichlichem Maß andere Fraktionen, die dazu noch andere Meinungen hatten. Damit war die von Ihnen so beschworene Einigkeit in der damals zur Verfügung stehenden Zeit leider nicht einzuhalten.

(Beifall der Abg. Michael Theurer und Dietmar
Bachmann FDP/DVP)

Es hat überhaupt keinen Sinn, dass wir jetzt, nachdem so viele neue Abgeordnete im Saal sind, in einer der ersten Sitzungen, in der Sachthemen erörtert werden, holterdiepolter plötzlich etwas beschließen sollen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg.
Reinhold Gall SPD: Das machen wir gerade heute!)

Was hängt jetzt davon ab, ob Sie eine Diätenerhöhung in einem halben Jahr rückwirkend beschließen oder ob wir heute diese Anpassung vornehmen, die das Selbstverständlichste auf der Welt ist, und dann in Ruhe darangehen, die weiteren Fragen zu klären? Frau Kollegin Bauer und Herr Gall, Sie waren doch im Präsidium dabei, als die Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentspräsident ausgemacht haben, dass sie sich ganz zügig zu diesem Thema zusammensetzen und dem Parlament, uns allen, den Fraktionen möglichst bald ihre Vorschläge vorlegen wollen. Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass man da bald zu einer Lösung kommt. Ich bin sicher,

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

dass wir sie auch wieder einmütig hibekommen, wenn Sie endlich wieder Ihre Schützengräben verlassen haben.

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Boris Palmer
GRÜNE)

Allerdings will ich diesem Entscheidungsprozess heute auch nicht vorgreifen. Denn in der Sache bedarf es wirklich einer ausführlichen Befassung. Da ist längst noch nicht alles so klar, wie Sie es darstellen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Allein wenn ich die Position der Grünen der Position der SPD gegenüberstelle, muss ich feststellen, dass es sich auch nicht um ein einheitliches Konzept handelt. Daran darf ich Sie einfach einmal erinnern.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Heute geht es nur um den Beschluss, dem vom Statistischen Landesamt ermittelten Wert Gültigkeit für diese Legislaturperiode zu verleihen. Sobald wir einen einmütigen Beschluss haben, wird der heute zu fassende Beschluss dann von der Neuregelung abgelöst. Ich freue mich, wenn wir sie schließlich gefunden haben. Aber sie sollte so solide sein, dass sie auf viele Jahre hinaus wieder trägt.

(Heiderose Berroth)

Zu dieser Debatte stehen wir gern zur Verfügung. Heute stimmen wir dem vorgelegten Antrag zur Anpassung aufgrund der Indexregelung zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Mappus das Wort.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob es einem gefällt oder nicht: Man muss heute entscheiden. Meine Vorrednerin hat es gesagt: Erstens: Es gibt ein Gesetz, das übrigens alle beschlossen haben, auf dessen Basis der Landtagspräsident im Juni eines Jahres Bericht erstatten muss und wir entscheiden müssen, was wir tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Das heißt, wenn Sie keine Entscheidung treffen wollen – Ihr Antrag begehrt ja, die Entscheidung zu vertagen –, dann, kann ich nur sagen, müssten Sie eine Nullrunde fordern. Dann wären Sie konsequent.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wo ist der Bericht?)

Aber zu sagen: „Wir wollen heute gar nichts entscheiden“, ist auf der Basis dessen, was Sie selbst mit beschlossen haben, falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweiter Punkt: Es geht doch heute gar nicht um das System, es geht gar nicht um die Frage „Pensionen herunter oder hinauf, Aufwandsentschädigung weg oder wieder herein“ oder um die Höhe der Diäten, sondern es geht einzig und allein um die Frage, unabhängig von der Höhe der Diäten, wie die Diäten jedes Jahr steigen oder auch nicht steigen. Darum geht es.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wo ist der Bericht des Präsidenten? Es fehlen doch die Voraussetzungen!)

Deshalb ist Ihr Argument, dass man das mit einer Parlamentsreform koppeln muss, von der Sache her schlicht und ergreifend nachvollziehbar falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wo ist denn der Bericht?)

Dritter Punkt: Das Bundesverfassungsgericht sagt in der Tat in seinem Diätenurteil aus dem Jahr 1975, dass der Entscheidungsprozess transparent sein muss. In Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, was gibt es denn Transparenteres, als wenn das Statistische Landesamt exakt vorexerziert, wie sich Löhne und Gehälter innerhalb eines Jahres verändert haben, und wenn auf Basis dessen der Betrag X vom Parlament beschlossen bzw. vollzogen werden soll? Transparenter geht es beim besten Willen nicht mehr. Deshalb ist das Verfahren in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie wollen nur den Präsidenten entlasten, dass dieser den Bericht nicht vorlegen muss!)

Jetzt zum Thema Parlamentsreform, meine Damen und Herren. Ich habe gestern gesagt, ich möchte in diesem Jahr die Eckpunkte einer Parlamentsreform beschließen. Die Richtung ist klar. Aber eines ist auch klar, Herr Kretschmann: Was nicht laufen wird, ist, dass Grüne und SPD – in diesem Fall schwerpunktmäßig die Grünen – sagen, sie wollten exakt ein Modell, und wenn CDU und FDP/DVP das nicht 1 : 1 schluckten, seien diese daran schuld, wenn nachher nichts passiere. Dass die Minderheit auf diese Art die Mehrheit dominiert, so wird es mit Sicherheit in diesem Parlament nicht laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wieso unterstellen Sie uns das?)

Parlamentsreform heißt, dass sich alle ein Stück weit bewegen müssen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja, sicher!)

Es gibt Elemente im Düsseldorfer Modell, bei denen man mitmachen kann. Aber wenn Sie sich in Düsseldorf einmal richtig erkundigen, bekommen Sie von der dortigen Landtagsverwaltung die Auskunft, dass das Düsseldorfer Modell im Moment schon wieder reformiert wird, weil man dort nämlich festgestellt hat, dass das Düsseldorfer Modell in den ersten 25 Jahren deutlich mehr Geld kostet als zuvor. Es kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein, dass wir eine Reform machen, die den Steuerzahler für die nächsten 25 Jahre als Erstes einmal deutlich mehr Geld kostet. Deshalb sind Ihr Beharren und Ihre Begründung in Bezug auf das Düsseldorfer Modell – „Entweder machen wir das, oder wir machen nicht mit“ – schlicht und ergreifend falsch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat doch gar niemand gesagt! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das sagt doch kein Mensch!)

Ich sage Ihnen heute: Das Düsseldorfer Modell in seiner Reinkultur werden wir mit Sicherheit in Baden-Württemberg nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Düsseldorf plus!)

Wenn wir schon bei diesem Thema sind, meine Damen und Herren: Ich habe darauf hingewiesen, dass sich alle bewegen müssen. Aber das heißt dann auch, dass es durchaus Elemente des bisherigen Rechts gibt, die wir beibehalten wollen. Es gibt Argumente – Sie haben es angesprochen – für ein Vollzeitparlament. Aber es gibt auch verdammt gute Argumente für ein Teilzeitparlament.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Welche denn?)

Sie wollen das definitiv nicht. Das kann ich verstehen. Palmer braucht endlich einmal eine Legitimation für das, was

(Stefan Mappus)

er in der zweiten Hälfte des Tages für seine Diäten macht, die er bekommt.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist ja in Ordnung. Aber es gibt halt gute Gründe dafür, dass man weiterhin einen Fuß im Beruf hat und im anderen Teil im Parlament ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollen Sie nicht ein bisschen selber den Ball flach halten? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Den Ball flach halten!)

Deshalb bitte ich einfach darum, zu sehen, dass es gute Argumente dafür gibt, einen Kompromiss zu finden. Wenn man ins Parlament geht, wohl wissend, dass die Mehrheit schon dafür sorgt, dass die Diäten erhöht werden – das darf man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen –, dann soll- te man sich auch bewegen und Sachargumente anerkennen.

Deshalb nochmals: Das Indexierungsverfahren hat nichts – das wissen Sie auch – mit der zukünftigen Entwicklung der Höhe der Diäten zu tun, sondern völlig losgelöst von einer Parlamentsreform ausschließlich mit der Frage: Machen wir es wie bisher über den Daumen, indem wir jedes Jahr eine schöne Diskussion führen und einmal erhöhen, oder machen wir es transparent entlang der Entwicklung von Löhnen und Gehältern, wie sie der Rentner, der Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg haben? Ich halte das für das sauberste Verfahren.

Überlegen Sie es sich deshalb wirklich noch einmal in letzter Sekunde gut, ob Sie das ablehnen. Ich glaube, dass man den Menschen gut vermitteln kann, dass der Parlamentarier nicht an der Spitze der Gehaltsentwicklung steht, aber auch nicht ganz unten, sondern dass wir entlang des transparenten Verfahrens den richtigen Weg gehen.

Ich bitte nochmals um Ihre konstruktive Zustimmung, damit wir auch im Diskussionsprozess über die Parlamentsreform einen besseren Einstieg haben, als wenn Sie jetzt alles pauschal ablehnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt jetzt noch einige Wortmeldungen. Ich will Sie allerdings darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass den Fraktionen nur noch wenige Sekunden Redezeit zur Verfügung stehen. Eine Worterteilung hat deshalb keinen Sinn.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So viel zum Thema „offene Diskussion“!)

– Ja, das ist schon klar. Aber dann müsste ich allen Fraktionen zusätzliche Redezeit einräumen, Herr Kollege.

(Unruhe – Zurufe: Aufhören! – Mut, Herr Präsident!)

Ich sehe hierfür keine Möglichkeit. Auch die FDP/DVP zieht ihre Wortmeldung zurück. Falls dies wieder vorkommt, können wir uns auf eine andere Regelung verständigen. Aber ich kann jetzt nicht eine einzelne Gruppierung bevorzugen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/68. Wer für diesen Antrag votiert, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag Drucksache 14/68 ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/45. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit. Somit ist der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/45, angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 26. Juli 2006, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:56 Uhr